



# info110

ZEITUNG DER  
POLIZEI  
BRANDENBURG  
01 | 2020

## COVID-19 Koordinierungszentrum Krisenmanagement

**KKM**  
IM EINSATZ  
FÜR DEN  
ERNSTFALL

Außerdem im Heft:

### **Einsatz Spezial**

Spezialeinsatz-  
einheiten suchen  
Nachwuchs

### **Kripo Extra**

Masterstudiengang  
für Kriminalisten

### **Polizei Praxis**

Deutsch-polnisches  
Polizeiteam



**POLIZEI  
Brandenburg**

## Editorial



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Ein Plan, den man nicht ändern kann, ist schlecht“. Ein wahrer Satz in diesen Tagen. Urheber dieser weisen Worte war Sallust – und das vor bereits über 2.000 Jahren. Er war ein römischer Geschichtsschreiber und Politiker. Unser Plan für diese Ausgabe sah ein umfangreiches Interview mit Innenminister Michael Stübgen vor, in dem er sich den Fragen der Kolleginnen und Kollegen der Brandenburger Polizei

stellt. Der Plan sah auch Artikel zur Hospitation im Ausland und einiges anderes mehr vor. Kurzum, diese Ausgabe sollte ganz anders aussehen. Das war der Plan und dann brach der Sturm über uns herein. Ein Virus legt zurzeit fast alles lahm und es ist müßig, all die Einschränkungen und Veränderungen der jüngsten Zeit zu wiederholen. Ich bin mir sicher, jede und jeder von Ihnen ist in irgendeiner Form betroffen. Vom Home-Office inklusive unterforderter Kinder, Urlaubsausfall, Überstunden, soziale Isolation...bis hin zu leer(er)en Supermarktregalen. Kaum jemand kann gerade so weitermachen wie zuvor, auch wir nicht. Und doch wollen wir nicht in Schockstarre verharren und ändern eben den Plan.

Zu lesen gibt es nun einen Beitrag über die Arbeit des Koordinierungszentrums Krisenmanagement, kurz KKM. Aktuell koordiniert der interministerielle Krisenstab „Corona“ dort Belange der Ressorts oder erhebt und steuert Informationen. Geplant war ein solcher Beitrag schon länger, nun ist er aktueller denn je. Unter der Rubrik „Forschung“ gibt es einen Artikel über Kommunale Kriminalprävention. Dafür konnten wir Markus Kober vom Nationalen Zentrum Kriminalprävention (NZK) als Autor gewinnen.

Unsere Spezialeinheiten suchen Nachwuchs, das ist nicht ganz einfach. Spannend ist der Job für so Manchen, die Voraussetzungen erfüllen oft nur Wenige. Für diese Ausgabe gewähren die Kolleginnen und Kollegen des SEK und MEK einen Einblick in ihren dienstlichen Alltag. Vielleicht hat sich die Lage etwas beruhigt, wenn Sie diese Ausgabe der info110 in den Händen halten. Ich wünsche es uns sehr. Wir hoffen, sie haben trotz aller aktuellen Herausforderungen Freude an dieser neuen Ausgabe und sind gespannt auf die vielfältigen Themen. Ich wünsche Ihnen an dieser Stelle vor allem Gesundheit, denn – um diesen Text auch mit einem weisen Sinnspruch zu schießen: Ohne Gesundheit ist alles Nichts. (Arthur Schopenhauer)

Viel Spaß beim Lesen.

*Katrin Böhme*

Katrin Böhme  
info110-Chiefredakteurin

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

**Redaktion:** Martin Burmeister (verantwort.), Katrin Böhme

**Anschrift:** Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam  
E-Mail: info110@mik.brandenburg.de  
polizei.brandenburg.de/info110

**Redaktionsbeirat:** Ulrich Wiesicke, Tino Zitzmann, Anja Resmer, Dörte Röhrs, Ines Filohn, Ingo Heese, Heiko Schmidt, Christoph Koppe, Gabriele Krümmel, Robert Bechmann, Norbert Remus, Catrin Pan

ISSN 1430-7669

**Layout:** Rosenfeld.MRDesign  
**Druck:** LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)

**Fotos:** Maik Kettlitz, Ronny Wunderlich, Kristin Baumert, Katrin Böhme, Christoph Koppe, Polizei Brandenburg, Archiv, AdobeStock (Symbolbilder Seiten 1,7,8,12,13,62,64)

28. Jahrgang, Nr. 1/2020  
Auflage 5.000  
Redaktionsschluss: 30. April 2020

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor.



### CORONA-VIRUS Koordinierungszentrum Krisenmanagement 12



### PRAXIS Drohnen im Einsatz – ein Projekt wird Alltag 22



### VORGESTELLT MEK & SEK der Polizei Brandenburg 42

Aktuelle Informationen der Polizei Brandenburg finden Sie auch auf



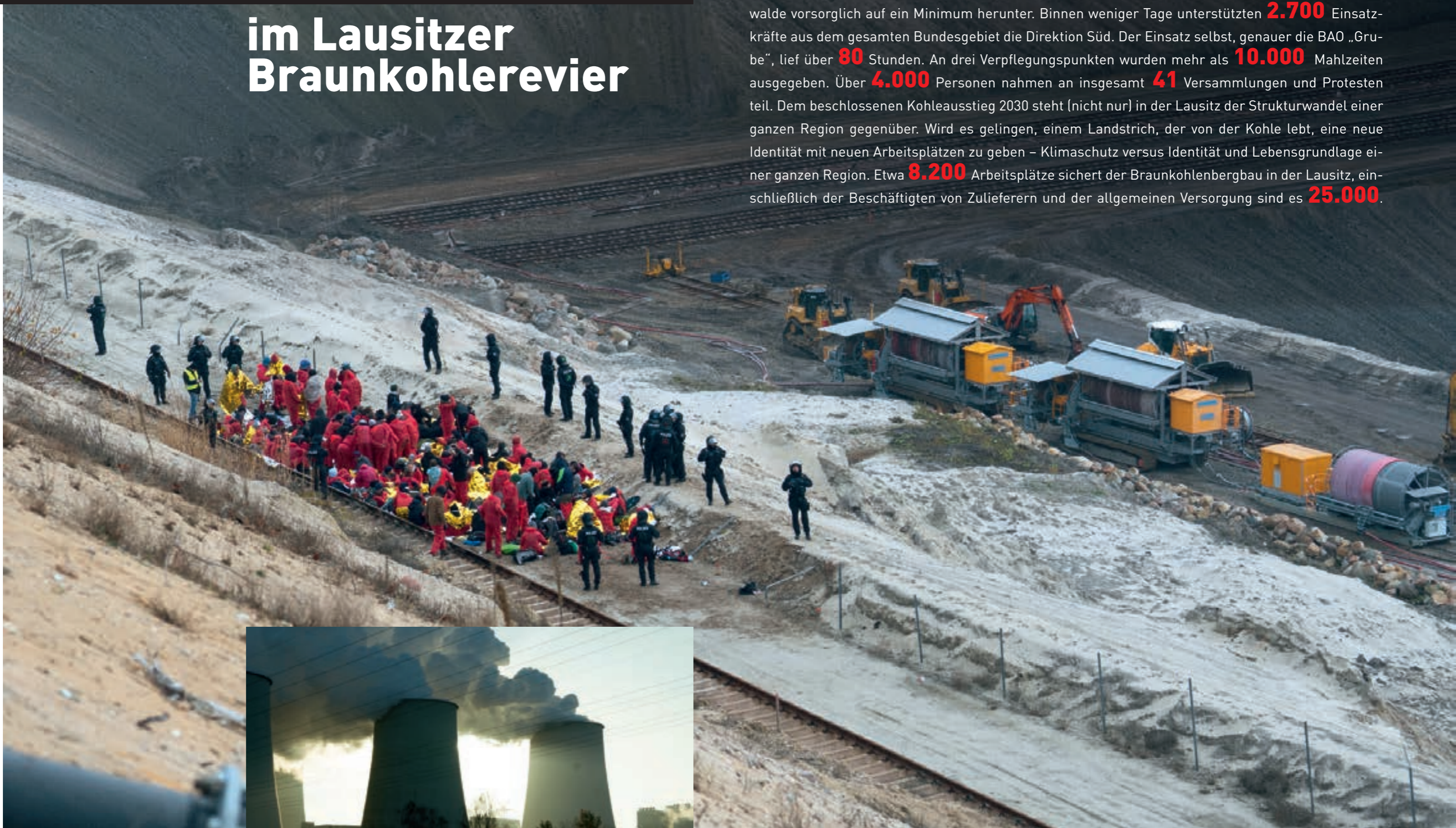
## Inhalt

<b>INTERVIEW</b>	
5 Fragen an Mike Jakowski	10
<b>TITELTHEMA</b>	
Koordinierungszentrum Krisenmanagement	12
Aufgaben KKM, KGS und KatS-Stab	20
Kräfte bündeln	20
<b>POLIZEIPRAXIS</b>	
Drohnen – Allheilmittel für die Polizei?	22
<b>RECHT &amp; WISSEN</b>	
In Zukunft Funkstille?	30
Polizei-Twitter zwischen Klickzahlen und Datenschutz	
<b>AUS DER HOCHSCHULE</b>	
Masterstudiengang Kriminalistik im Land Brandenburg	32
<b>PRÄVENTION</b>	
Von der Sturm- und Drang- zur Konsolidierungsphase	36
<b>REPORTAGE</b>	
Das Mobile Einsatzkommando der Polizei Brandenburg	42
Das Spezialeinsatzkommando der Polizei Brandenburg	48
<b>ZUSAMMENARBEIT</b>	
Gemeinsames deutsch-polnisches Polizeiteam in Guben/Gubin	56
<b>VERMISCHTES</b>	
Günstiger mit Bus und Bahn	62
<b>FEUILLETON</b>	
Filmtipp: Four Lions	64
„Allemaal besser als das Dschungel-Camp ...“	65
Buchtipp: Fake News	66
<b>KNOBELECKE</b>	67

# »» Ende Gelände ««

## im Lausitzer Braunkohlerevier

Versucht man den Polizeieinsatz rund um das Lausitzer Tagebaurevier Ende 2019 mit einem Wort zu beschreiben, wäre es wohl „gigantisch“. Allein die Fläche des Einsatzraumes, war mit über **1.000** Quadratkilometern, einschließlich **390** Kilometern Gleisanlagen, zwei Kraftwerken und zwei Tagebauen, riesig. Die Lausitz Energie Bergbau AG fuhr die Leistung des gesamten Kraftwerkes Jänschwalde vorsorglich auf ein Minimum herunter. Binnen weniger Tage unterstützten **2.700** Einsatzkräfte aus dem gesamten Bundesgebiet die Direktion Süd. Der Einsatz selbst, genauer die BAO „Grube“, lief über **80** Stunden. An drei Verpflegungspunkten wurden mehr als **10.000** Mahlzeiten ausgegeben. Über **4.000** Personen nahmen an insgesamt **41** Versammlungen und Protesten teil. Dem beschlossenen Kohleausstieg 2030 steht (nicht nur) in der Lausitz der Strukturwandel einer ganzen Region gegenüber. Wird es gelingen, einem Landstrich, der von der Kohle lebt, eine neue Identität mit neuen Arbeitsplätzen zu geben – Klimaschutz versus Identität und Lebensgrundlage einer ganzen Region. Etwa **8.200** Arbeitsplätze sichert der Braunkohlenbergbau in der Lausitz, einschließlich der Beschäftigten von Zulieferern und der allgemeinen Versorgung sind es **25.000**.



# infoMagazin

## »Carl & Carla« am Carl-Thiem-Klinikum

Die Bauarbeiten für die neue Kindertagesstätte am Cottbuser Carl-Thiem-Klinikum (CTK) stehen vor dem Abschluss. Gute Nachrichten also für das größte Krankenhaus Brandenburgs und gleichzeitig für den Polizeistandort Cottbus. In der Einrichtung können zukünftig neben Krankenhausmitarbeitern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei ihre Kinder betreuen lassen. Auf den durch Schichtdienst geprägten Arbeitsalltag der Eltern hat sich der Betreiber, die Kinderwelt gGmbH, mit bedarfsorientierten erweiterten Öffnungszeiten eingestellt. Die geplante Eröffnung der Kindertagesstätte musste auf Grund der Einschränkungen durch die aktuelle Corona-Pandemie verschoben werden.



  
Die Kita am  
Gesundheitscampus



## Wirtschaftsweise: Weibliche Verstärkung

Zwei Ökonominen hat die Bundesregierung als neue Mitglieder des fünfköpfigen „Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ vorgeschlagen. Veronika Grimm ist Expertin für Energiemärkte und Verhaltensökonomie, Monika Schnitzer für Innovationsförderung und Wettbewerbspolitik. Damit sind erstmals zwei der fünf Wirtschaftsweisen Frauen.

## Leinen Los!

Eine der beliebtesten Info-Broschüren der Polizei Brandenburg wurde neu aufgelegt. „Leinen los! – Informationen für Freizeitkapitäne“ heißt das handliche Nachschlagewerk für Wassersportler. Wichtige Verhaltensregeln auf dem Wasser, Schiffsfahrtszeichen oder Sicherungsmaßnahmen sind in der durch das MIK komplett überarbeiteten Ausgabe übersichtlich zusammengestellt. Jetzt neu: Wichtige Infos zum Wassersport im Spreewald oder Lausitzer Seenland und ein Bootspass zum Heraustrennen. Die Broschüre erscheint in Kürze in der 8. Auflage, 9.000 Stück sollen verteilt werden.



## 140.000 Waffen in Brandenburg



Die Zahl der in Brandenburg registrierten Waffen steigt weiter an. Von Mitte vergangenen Jahres bis zum Februar 2020 wuchs die Zahl der Waffen und Waffenteile um fast 4.000. Dem gegenüber blieb die Zahl der Waffenscheine konstant bei 103. Die Zahl des so genannten „kleinen Waffenscheins“, mit dem Reizgas- und Schreckschusswaffen geführt werden dürfen, lag bei 17.574.

## Entspannte Hauptstadt

Die aktuelle Pandemielage senke nach Aussage der Berliner Polizeipräsidentin Barbara Slowik die Belastung der Hauptstadtpolizei. „Wir haben keine Staatsbesuche, keine Versammlungen, keine Straßenfeste, keine Bundesligaspiele. Der Verkehr ist stark reduziert, es gibt viel weniger Menschen im Personennahverkehr“, begründete dies die Polizeipräsidentin gegenüber dem Tagesspiegel.



## AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL+++AKTUELL+++

### Aufmerksamkeit wirksamer als Verurteilung

Bielefelder und Münsteraner Wissenschaftler legen Ergebnisse der Langzeitstudie „Kriminalität in der modernen Stadt“ vor. Ergebnis u. a.: In der dritten Einwanderungsgeneration konnten die Forscher keine gravierenden Unterschiede zwischen männlichen Jugendlichen deutscher, türkischer oder osteuropäischer Herkunft mehr feststellen. Die Gewaltkriminalität ist seit Mitte der 2000er Jahre deutlich zurückgegangen, bei Jugendlichen und Heranwachsenden sogar um die

**polizei-newsletter.de**

Hälfte. Von Verurteilung auch bereits bei leichten Straftaten sei abzuraten. →Polizei-Newsletter Nr. 241, Mai 2020

### Zuwanderer oft mit Studienabschluss

Zuwanderer haben häufiger ein Studium absolviert als Menschen ohne ausländische Wurzeln. 34 Prozent der neu Zugewanderten haben nach einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung ein Studium absolviert, unter den Menschen ohne ausländische

Wurzeln liegt diese Quote bei 23 Prozent. → Polizei-Newsletter Nr. 241, Mai 2020

### Covid-19- Auswirkungen auf Polizeiarbeit

Eine ad-hoc-Studie in den USA (Stand 13.04.2020) zeigt, welche Auswirkungen Covid-19 auf die Polizeiarbeit dort hat: Deutlich reduzierte Notrufe, aber auch (so angeordnet) deutlich weniger Verhaftungen und Präsenz im öffentlichen Raum, um Kontakte zu vermeiden. Die Studie wird aktualisiert werden. →Polizei-Newsletter Nr. 241, Mai 2020

## Wechsel zur Heilfürsorge

Ein Jahr lang hatten Angehörige der Brandenburger Polizei der Chance, sich für einen Wechsel von der privaten Krankenversicherung zur Heilfürsorge zu entscheiden. Die wichtigsten Zahlen: 2129 Kolleginnen und Kollegen machten bis Ende 2019 Gebrauch von der Wechselmöglichkeit, das entspricht etwa 64 Prozent der Berechtigten. 12 Kolleginnen und Kollegen haben ihren Wechsel nach dem 31.12.2019 wieder rückgängig gemacht.



CARTOON VON THOMAS LEONHARDT

## Mit Humor und spitzem Stift

## Nur echt mit 96 Zähnen

Schon fast ein Jahr lang gibt es eine Sonderbriefmarke der „Polizeien des Bundes und der Länder“. Herausgegeben wurde das Sonderpostwertzeichen vom Bundesministerium der Finanzen. Die Sonderbriefmarke hat einen Wert von 155 Cent und ist in den Verkaufsstellen der Deutschen Post AG erhältlich.



Revierpolizei, Wach-und-Wechseldienst, Kripo, Verwaltung – es gibt fast 60 verschiedene „Berufe“ bei der Polizei. So vielfältig die Tätigkeiten sind, so verschieden sind auch die Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag aufs Neue ihren Job machen. Hier stellen wir sie vor, die Gesichter unserer Polizei.

5 FRAGEN AN ...

## MIKE JAKOWSKI



**Kriminalhauptkommissar Mike Jakowski ist seit über 25 Jahren Polizist. Seit wenigen Wochen ist der 47-Jährige nun Beauftragter „Tesla“ der Polizeidirektion Ost. Die Ansiedlung einer Gigafactory des Elektro-Auto-Pioniers TESLA in Grünheide (LK Oder-Spree) war die Nachricht der vergangenen Monate. Wirtschaftlich ein großer Erfolg, infrastrukturell ein Problem, ökologisch umstritten – eine Gemengelage. Noch bevor auch nur ein Kompakt-SUV mit Elektroantrieb in Grünheide vom Band gerollt ist, sorgen die Interessen vieler Beteiligter**

**für Konflikte. Auch für die Polizei entsteht eine neue Arbeitsrate. Um Fragen und Interessen mit Sicherheitsbezug in Zusammenhang mit der TESLA-Fabrik an einer Stelle zu bündeln, installierte die Direktion Ost die Funktion des Beauftragten „TESLA“. Mike Jakowski ist Vater von zwei Töchtern im Alter von 19 und 12 Jahren und lebt mit seiner Familie in Wiesenau. Vor der Beauftragung war er im Stabsbereich FÜSAL des ehemaligen PP Frankfurt (Oder), im Direktionsstabsbereich Einsatz der PD Ost und zuletzt in der Kriminalpolizei der Direktion tätig.**

### Warum braucht es einen gesonderten TESLA-Beauftragten der Brandenburger Polizei?

Bereits vor Abschluss des Kaufvertrages erfolgten erste bausichernde und vorbereitende Maßnahmen auf dem künftigen Tesla-Gelände. Dazu gehörten beispielsweise die Absuche nach bzw. Neutralisation von Weltkriegsmunition in Verantwortung des Landesbetriebes Forst oder das Roden eines Waldgebietes durch die von Tesla beauftrag-

te Firma. Das Bauvorhaben wurde mit Bekanntwerden in der Bevölkerung diskutiert und von örtlichen wie überörtlichen Medien fortlaufend begleitet. Im Ministerium wurde eine Task Force eingerichtet. Gleichzeitig waren mehrere Behörden und Ämter mit der Bearbeitung der erforderlichen Unterlagen und Anträge beauftragt. Die Polizei als Träger öffentlicher Belange wird sich in verschiedenen Antragsteilen einbringen müssen.

Gleichzeitig werden auch die Anforderungen an die Polizei hinsichtlich der Bewältigung ihrer gesetzlich zugewiesenen Aufgaben ansteigen. Um den vielfältigen Belangen an die Polizei gerecht zu werden und Informationsabläufe zu koordinieren, wurde mit Beginn der Bauvorbereitung bis zum geplanten Eröffnungstermin der ersten Ausbaustufe des Tesla-Werkes der Beauftragte „Tesla“ eingesetzt. Die polizeiliche Aufgabenerfüllung betrifft viele Bereiche der Direktion und wird als gemeinsame Aufgabe verstanden. So ist der Beauftragte beim Leiter der Polizeidirektion angesiedelt.

### Was sind denn aktuell die dringendsten Themen, zu denen Sie gefragt werden?

In den vergangenen Wochen waren Einsatzkräfte der Polizei insbesondere als neutraler Garant der Versammlungsfreiheit bei der Begleitung mehrerer Veranstaltungen und Versammlungen „pro“ wie „contra“ zur Ansiedlung von Tesla gefragt. Spezielle Herausforderungen ergaben sich aus zwei demonstrativen Baumbesetzungen auf dem Tesla-Gelände oder Verstößen gegen das Betretungsverbot der Amtsgemeinde Grünheide (Mark). Durch die Aktion an den Bäumen sollte deren Fällung verhindert oder zumindest verzögert werden. Diese Sachverhalte galt es durch die eingesetzten Kräfte mit der nötigen Sensibilität zu bewältigen und durch mich als Beauftragten mit den jeweiligen Partnern verlässlich zu kommunizieren. Besonders in der Anfangsphase, bei der sich Verfahrensweisen der Zusammenarbeit erst entwickeln, war dies aus meiner persönlichen Sicht spannend. Mittlerweile sind die ers-

ten Schritte erfolgreich gemeistert. Die Zusammenarbeit hat sich eingespielt. Ich freue mich auf die gemeinsame Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

### Gibt es aus polizeilicher Sicht weiteres Konfliktpotenzial?

Die Anfangsphase war geprägt von einem konsequent umgesetzten Baufortschritt, noch bevor die abschließende Genehmigung zur Errichtung der Gigafactory vorlag. Das daraus resultierende Konfliktpotenzial wird sich in Abhängigkeit der in Aussicht stehenden Genehmigung abschwächen. Mit Baufortschritt rechnen wir eher mit typischen Sachverhalten im Zusammenhang mit Großbaustellen. So sind zum Beispiel die Verkehrssituation durch eine hohe Frequentierung von Lastkraftwagen, Diebstahlshandlungen oder Sachbeschädigungen an Baumaschinen Gegenstand der vorausschauenden Beurteilung der Lage. Das hohe Interesse innerhalb der Bevölkerung und der Medien zieht auch fortlaufend so genannte „Spotter“ zum Baustellengelände. Dabei kommen nicht selten Drohnen zum Einsatz. Da sich das Baustellengelände in unmittelbarer Nähe zur Autobahn, zu Gleisanlagen und teilweise innerhalb der Kontrollzone für den Luftverkehr befindet, sind hier besondere Einschränkungen bis hin zu Einsatzräumen der Polizei zu beachten. Nicht alle Drohnenführer halten sich an geltende Bestimmungen.

Ab Oktober soll eine weitere Fläche von 60 Hektar Wald auf dem Gelände gerodet werden. Hier sind erneute demonstrative Aktionen nicht ausgeschlossen.

### Was hat Sie an dieser neuen Aufgabe bisher am meisten überrascht?

Besonders überrascht hat mich die Dynamik und Vielfalt der Belange. So waren auch aus polizeilicher Sicht am Wochenende getroffene verwaltungsgerichtliche Entscheidungen zum vorübergehenden Baustopp zu beachten. Die Geschwindigkeit der Veröffentlichung von Informationen über Printmedien, TV und sozialen Netzwerken ist schon sehr beeindruckend und stellt mich vor besondere Herausforderungen, was die zeitgerechte Einholung und Verifizierung von Informationen angeht.

### Hand auf's Herz, wie stehen Sie zur Ansiedlung der TESLA-Gigafabrik in Brandenburg?

Ich persönlich halte die Ansiedlung für einen großen Erfolg mit hoher Signalwirkung für das Land Brandenburg als Wirtschaftsstandort. Mit meiner Familie verbringe ich sehr viel Zeit in der Natur und insbesondere auf und an den Gewässern im Oder-Spree Seengebiet. So habe ich Verständnis für die Besorgnis von Bürgern, die sich bei einem Bauvorhaben dieser Größenordnung, nahe dem Naturschutzgebiet Löcknitztal, Sorgen um die Umweltverträglichkeit machen. Letztlich bestehen in Deutschland hohe Umweltstandards, deren Einhaltung im Genehmigungsverfahren des Landesamtes für Umwelt und in der Umsetzung durch Tesla zu berücksichtigen sind. Ich betrachte die Elektromobilität als wichtige Übergangstechnologie und erkenne an, dass das Land Brandenburg dafür die notwendigen Voraussetzungen als Industriestandort bereitstellt.

# info110

## IN EIGENER SACHE

Für diese Ausgabe galt ein wesentlicher Beitrag als gesetzt: Das Interview mit Innenminister Michael Stübgen. Darin wollte er sich Ihnen persönlich vorstellen und Ihre direkten Fragen beantworten. So war es geplant.

Doch dann brach eine Pandemie über uns herein, deren Ausmaße kaum jemand erahnen konnte. Fortan war alles in Bewegung. Wir sind sicher, jede und jeder von Ihnen ist davon in irgendeiner Form betroffen: vom Home-Office inklusive unterforderten Kinder, von Urlaubsausfall, Überstunden, sozialer Isolation ... bis hin zu leer(er)en Supermarktregalen ... Seither gab es kaum Zeit, um zur Ruhe zu kommen. Pläne wurden gemacht und wieder verworfen. Alltag – beruflich und privat – ist derzeit schwer planbar! Zurzeit und sehr wahrscheinlich noch eine ganze Weile, wird die Corona-Lage unser Leben bestimmen.

Unserem Aufruf im Landesportal des polizeilichen Intranets, dem Minister die Fragen zu stellen, die Sie wirklich interessieren, folgten viele Kolleginnen und Kollegen. Weit über 60 Fragen erreichten die info110-Redaktion. Für Ihre Initiative und Offenheit möchten wir ausdrücklich Danke sagen. Diese Mühe soll keinesfalls umsonst gewesen sein. Wir wissen, Sie warten auf Antworten. Wir werden dieses Interview nachholen, das ist der Plan. In der kommenden Ausgabe, wenn sich die Lage hoffentlich weiter beruhigt hat, wird sich der Innenminister Ihren Fragen stellen.

Idealerweise soll jede und jeder, die bzw. der eine Frage gestellt hat, auch eine Antwort bekommen. Dazu haben wir alle Fragen in Themenkomplexen zusammengefasst und hoffen so möglichst viele Themen im Interview unterbringen zu können. Das Gespräch und der Beitrag dazu in diesem Mitarbeitermagazin, ist also verschoben, nicht aufgehoben – das sei an dieser Stelle versprochen.

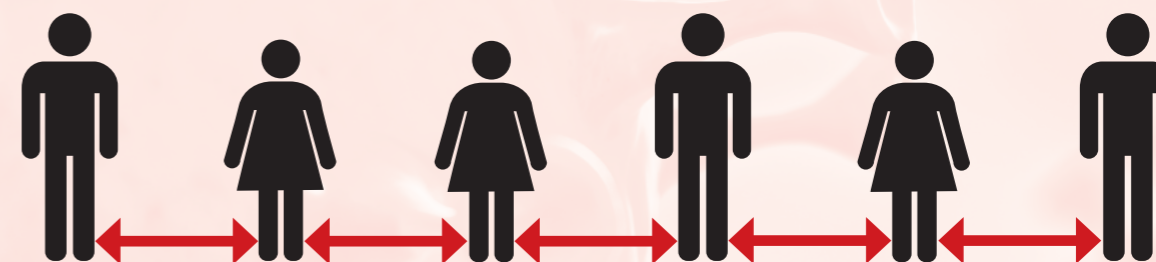
Katrin Böhme  
info110-Chefredakteurin

# COVID-19 Koordinierungszentrum Krisenmanagement

**KKM**

**IM EINSATZ  
FÜR DEN  
ERNSTFALL**

In den Räumen des Koordinierungszentrum Krisenmanagement der Landesregierung, kurz KKM, wird es bei einer Lageeinweisung üblicherweise richtig voll. Waldbrand- oder Hochwasserlagen wurden von hier aus bereits koordiniert. Die aktuelle Corona-Lage ist eine Krisensituation, die abgestimmtes Handeln und die Koordinierung vieler Mitstreiter nötig macht – Auszüge aus der Arbeit des Koordinierungsstabes.



## Physical Distancing

Ich begrüße Sie im Interministeriellen Koordinierungsstab“, sagte Staatssekretär Michael Ranft aus dem MSGIV (Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz) zu seinen teilweise neuen Mitarbeitern. In seiner Doppelfunktion als Stabsleiter ergänzte er sogleich mahndend: „Wir haben eine sich ausbreitende Infektionskrankheit und ich möchte, dass wir hier die Infektionsschutzregeln besonders strikt handhaben.“ Er spielte auf den Mindestabstand von 1,5 m an, der bei der Sitzverteilung am ersten Tag noch nicht komplett berücksichtigt wurde. Neben Michael Ranft saß mit korrektem Abstand Staatssekretär Uwe Schüler aus dem MIK als weiterer Stabsleiter. „Die klassische doppelte Armlän-

ge als Abstandsmesser ist ein gutes Maß, nicht nur bei der Polizeiarbeit, sondern auch hier“, sagte Uwe Schüler. Damit war der Ton gesetzt und jedem im Raum klar, Abstand halten ist das Gebot der Stunde.

**Im Land Brandenburg entschied man sich frühzeitig, das KKM mit seinen Fähigkeiten und seiner Expertise zu nutzen und den Einsatzstab des MSGIV zu vergrößern.**

Es war Mitte März 2020 und die Corona-Lage stand im Land Brandenburg noch am Anfang. Allerdings beobachtete das MSGIV mit seinem eigenen Einsatzstab schon im Februar mit Sorge die Problematik in China und wie die Verbreitung des Virus dort bekämpft wurde. Als dann



#### Stabsmitarbeiter zwischen den Lageberichten

Anfang März in Italien die Fallzahlen deutlich stiegen und auch Bayern immer mehr Infizierte meldete, entschied man sich im Land Brandenburg frühzeitig, das KKM mit seinen Fähigkeiten und seiner Expertise zu nutzen und den Einsatzstab des MSGIV zu vergrößern.

Streng abgeschottet und mit stark eingeschränktem Personenzugang saßen sich Bedienstete aus dem MSGIV, die mit Großlagen im Dienst nicht allzu häufig konfrontiert werden, und Beamte aus dem MIK, die wiederum solche aus ihrem Alltag kennen, am Tisch gegenüber. Jeder, der schon einmal in einer Einsatzlage gearbeitet hat, weiß um den Vorteil kurzer Wege und Absprachen. Und doch waren es zu Beginn zwei Welten, die im interministeriellen Koordinierungsstab (IMKS) „Corona“ aufeinandertrafen. Zwei Staatssekretäre als Leiter, mit dem Ziel, die diskursive Welt des MSGIV, die hierarchisch strengere Welt des MIK und die politische Situation im Land zusammenzubringen und die Lage schnell in den Griff zu bekommen.

#### Der Versuch, vor die Lage zu kommen

Die Einsatz- und Staberfahrung der Mitarbeiter des Brand- und Katastrophenschutzreferates des MIK gepaart mit den gesundheitlichen Fachkenntnissen der Kolleg\*Innen des MSGIV war ein wesentlicher Grund, warum der IMKS zügig ins Arbeiten kam. Normalerweise sind in einer Landeslage Fachberater aus allen anderen Ressorts Teil des Stabes. Aber mehr Leute im Raum heißt auch mehr Ansteckungsmöglichkeiten. Eine weitere Problematik war, dass viele Ressorts ihre Mitarbeiter in die Heimarbeit schickten, um selbst das Ansteckungsrisiko so gering wie möglich zu halten. Doch egal ob im Büro oder Home-Office, jeder stellte sich die Frage, wie schafft man es bei einem sich exponentiell verbreitenden Virus vor die Lage zu kommen?

Wenn ein Problem gelöst war, taten sich immer zwei neue auf. Beispielsweise schloss Polen ohne große Vorankündigung seine Grenzen,

was zu erheblichen Problemen bei den berufstätigen Grenzpendlern und Rückstaus auf den Autobahnen in Richtung Osten führte. Eine kurzfristige Lösung für die Grenzpendlersituation und LKW-Schlangen war nicht in Aussicht. Die teilweise seit mehr als 12 Stunden im Stau Stehenden mussten dennoch versorgt werden, sonst hätte sich das nächste Problem mit Notrufen für den Rettungsdienst eröffnet. Um hier zumindest eine kurzfristige Entlastung zu schaffen, bat der Inter-

**Wenn ein Problem gelöst war, taten sich immer zwei neue auf.**

ministerielle Koordinierungsstab (IMKS) die Hilfsorganisationen um Unterstützung bei der Betreuung der Wartenden und Verteilung von Essen, Getränke und Hygieneartikeln. Gemeinsam mit der Autobahnpolizei der Polizeidirektionen Ost und Süd konnten die Helfer die größte Not lindern. Parallel dazu arbeitete das Finanzministerium, gleichzeitig für europäische

Belange zuständig, mit dem Wirtschaftsressort und dem Auswärtigen Amt an einer Lösung in der gesamten Grenzfrage. Eine schnelle Lösung schien nicht in Sicht, da Polen Einreisen für eine lange Zeit komplett untersagen wollte und wenig Kompromissbereitschaft zeigte.

#### Schutzmaterialien wurden Mangelware

Ein anderes Problem schien auch nicht schnell lösbar zu sein – die Materialsituation. Die schnell kleiner werdenden Vorräte an Schutzmaterialien im Land Brandenburg und die äußerst angespannte Materiallage auf dem Weltmarkt stellten den Stab von Beginn an vor massive Herausforderungen. Schutzkleidung wurde zu Goldstaub. In

**Die schnell kleiner werdenden Vorräte an Schutzmaterialien im Land Brandenburg und die äußerst angespannte Materiallage auf dem Weltmarkt stellten den Stab von Beginn an vor massive Herausforderungen.**

Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen stiegen Zahlen der Corona-Infizierten und Materialbedarfe teilweise in solch einer Geschwindigkeit an, dass für Brandenburg und Berlin Ähnliches zu erwarten war. Alte Lieferketten der Krankenhäuser und Rettungsdienste in den Landkreisen/kreisfreien Städten funktionierten nicht mehr im gewohnten Umfang und vor allem zu den bisherigen Konditionen. Zwar waren die Bestände noch nicht aufgebraucht, aber ohne Nachschub sollte es nur ei-

ne Frage der Zeit sein, bis die Patientenversorgung nicht mehr sachgerecht auf bisherigem Niveau gewährleistet worden wäre. Reserven schaffen war nicht möglich. Reserven aufbrauchen stand eher auf der Tagesordnung.

Davon war nun jeder unmittelbar betroffen, der im Gesundheits- oder Gefahrenabwehrsektor arbeitet. Jeder hatte Bedarfe. Angefangen von Krankenhäusern, ambulant arbeitenden Ärzten und Rettungsdiensten bis hin zu Pflegeheimen, Justiz und Polizei. Es waren aber noch weit mehr, die Schutzmaterialien benötigten. Bei vielen anderen Bedarfsträgern stellte sich die Frage, ob sie das wirklich brauchten oder nicht. Teilweise kamen Anfragen von Berufsgruppen, die plötzlich und unerwartet auch Masken, Schutzbrillen oder Schutzanzüge brauchten, seien es Essensausgabestellen oder Pflanzen- und Handwerksbetriebe mit Kundenkontakt. Hier die tatsächliche Notwendigkeit zu bewerten, war nicht leicht. Abfragen in den für die Berufsgruppen zuständigen Ministerien schafften aber dann zügig Klarheit. Die Schutzmaterialien aus dem Katastrophenschutzbeständen des Landes, wie z. B. Einweghandschuhe, wurden verteilt und sollten die größte Not bis zu den angekündigten Lieferungen des Bundes und Eintreffen der Landesbeschaffungen aus „Vor-Corona-Zeiten“ lindern. Und dennoch: Es gab schlicht nicht genug Material. Es war die Verteilung des Mangels.

Der Bund sagte zwar schon sehr früh Schutzmateriallieferungen zu, aber keiner konnte sagen, wann wieviel ankommen sollte. Um nicht vom Bund und ungewissen Lieferterminen abhängig zu sein,

beschloss der IMKS, selbst massiv Schutzmaterialien zu beschaffen. Schon einen Tag nach dem Beschluss hatte sich der Plan weit herumgesprochen und entsprechende Angebote erreichten den Stab ungefiltert von allen Seiten. Viele kannten plötzlich jemanden mit Kontakten in Asien, die wiederum sofort Masken liefern könnten. Natürlich gegen Vorkasse und zu Preisen, die jenseits von Gut und Böse lagen. Da horchten nicht nur die Polizeibeamten im IMKS auf, selbst dem Laien kam der Verdacht auf neue Betrugsaschen. Die Leiterin des Inneren Dienstes, sonst Abteilungsleiterin im MSGIV, sichtet Angebot um Angebot. Das konnte dann auch mal einige Minuten länger dauern, als es Manchem lieb war. Aber keiner im IMKS wollte auf Betrüger hereinfallen und Geld zum Fenster hinauswerfen. Von seriösen, aber stark überbewerteten Angeboten einmal abgesehen. Selbstverständlich waren die Landkreise, kreisfreien Städte oder Privatunternehmen selbst nicht tatenlos. Problematisch war nur, alle versuchten auf demselben Markt einzukaufen und konkurrierten mit anderen deutschen Landkreisen/Städten und Bundesländern. Als wenn das nicht genug gewesen wäre, auch der Bund und im Grunde die ganze Welt versuchten sich zu überbieten und Schutzmaterialien zu bestellen.

Auf Dauer konnte das kein Zustand sein. Darum wurde ein Beschaffungs- und Verteilungskonzept für Brandenburg erarbeitet. Der IMKS beauftragte den ZDPol als zentralen Logistiker und Ansprechpartner des Landes für die Lieferungen, die vom Bund und aus Eigenbeschaffungen ankommen sollten. Die Idee, nur einen Ansprechpart-

**KKM**



ner pro Bundesland zu beauftragen, griffen später auch andere Länder auf. Nach einem vom MSGIV erarbeiteten Verteilerschlüssel wurden 85% aller eingehenden Lieferungen an die Landkreise/kreisfreien Städte ausgegeben. Die wiederum sammelten alle Bedarfe aus ihren Kommunen und verteilten die Schutzmaterialien in ihrem Gebiet. Das war der einzig logische Schritt, denn vor Ort sind die Bedarfe besser be-

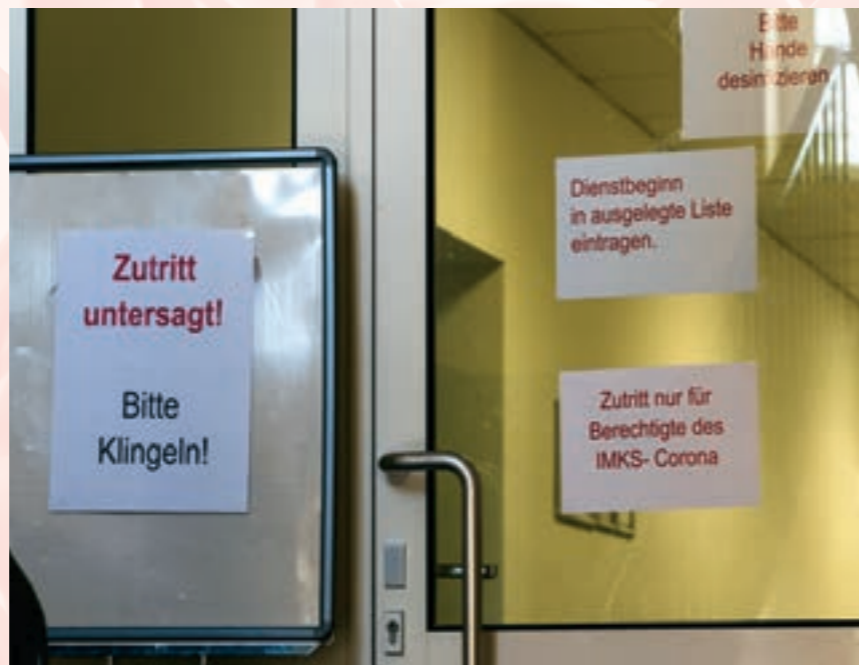
**Materialien horten, während im Land Not herrscht, stand nicht zur Debatte.**

kannt als im IMKS. Die restlichen 15% der Lieferungen wurden auch noch einmal geteilt. Dabei gingen 4% an die Polizei, 0,5% jeweils an die Justiz und die Rechtsmedizin. 10% sollten als Reserve des Landes einbehalten werden, damit ad hoc Bedarfe an einem Hotspot abgedeckt werden konnten. Es stellte sich aber schnell heraus, eine Landesreserve wird es zunächst so nicht geben. Materialien horten, während im Land Not herrscht, stand nicht zur Debatte. So wurden die Materialien unmittelbar auf die Landkreise mit den akutesten Problemen aufgeteilt.

Neue Lieferketten aufzubauen, trotz viel Erfahrung beim ZDPol, war nicht einfach. Seriöse, auch liefernde Kontakte aus Asien oder dem europäischen Ausland für die Schutzmaterialien waren nur minimal vorhanden. Die Leitung des Stabes entschied zeitnah, dass auf weitere Ressourcen des Landes zurückgegriffen werden musste. Mit der „Task Force Beschaffung“ bündelte man Mitarbeiter vom ZDPol, dem Innen-, Gesundheits-,



Handdesinfektion schon am Eingang



Streng abgeschottet

Finanz- und Wirtschaftsministerium, dem Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) sowie der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB). Der ZDPol übernahm die Leitung der Task Force. Rasch schlossen sie erste Lieferauf-

**Mit der „Task Force Beschaffung“ bündelte man Mitarbeiter vom ZDPol, dem Innen-, Gesundheits-, Finanz- und Wirtschaftsministerium, dem Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) sowie der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB)**

träge ab. Als dann die ersten eigenbeschafften 500.000 OP-Masken eine Woche später ankamen, waren das zusammengenommen so viele, wie in den vier Wochen vorher das Land Brandenburg erreichten.

## Geordnete Bahnen bringen Effizienz

Nicht nur die „Beschaffer“ hatten alle Hände voll zu tun. Bei den Kollegen und Kolleginnen der Lage und Ressortkoordinierung lief nicht weniger Arbeit auf. Die Abläufe mit den Landkreisen/kreisfreien Städten, anderen Ministerien, Hilfsorganisationen, THW, Bundeswehr und Polizei in geordnete Bahnen zu bringen und ein funktionierendes Berichts- und Meldewesen aufzubauen, kostete viele Nerven und Telefonate. Diese Dinge brauchen üblicherweise Zeit. Zeit, die hier nicht gegeben war. Zudem richtete das gesamte Land Anfragen an den IMKS. Das reichte von fachlichen Problemen der Unternehmen über Anwalts- bis hin zu Politikeranfragen. Inhaltlich waren die Eingaben zwar ähnlich, die schiere Masse von bis zu 300 Emails am Tag

war jedoch eine große Herausforderung. Hinzu kamen viele Unterstützungsanfragen der Landkreise und kreisfreien Städte für die Polizei, gerade in der Anfangszeit des IMKS. Sie wollten sich auf alle Eskalationsstufen vorbereiten und baten frühzeitig um Hilfe. Allerdings war die polizeiliche Lage im Land überschaubar. Kräfteanforderungen Einzelner mit ganzen Hundertschaften schienen insoweit der Lage nicht angemessen. Um die Landkreise und kreisfreien Städten nicht alleine mit ihren Problemen zu lassen, beauftragte der IMKS die Polizeiabteilung des MIK, mit dem Polizeipräsidenten eine Strategie zu erarbeiten, die gefühlte und faktische Lage in Einklang brachte.

## Neue Rechtsbegriffe wurden geschaffen

Wie im Grunde alle im IMKS, hatte auch der Rechtsbereich Mühe, Schritt zu halten. Die neuen Geset-

**Die neuen Gesetze und Verordnungen sowie permanenten Anpassungen des Bundes und anderer Bundesländer, teilweise halbtätig, machte es für die Juristen nicht einfacher, eine Eindämmungsverordnung für Brandenburg zu formulieren und dabei Augenmaß und Schutznotwendigkeit zu vereinen.**

ze und Verordnungen sowie permanenten Anpassungen des Bundes und anderer Bundesländer, teilweise halbtätig, machte es für die Juristen nicht einfacher, eine Eindämmungsverordnung für Brandenburg zu formulieren und dabei Augen-

maß und Schutznotwendigkeit zu vereinen. Gerade mit Berlin vor der Haustür war es wichtig, abgesprochene oder zumindest ähnliche Verordnungen zu erarbeiten. Trotzdem sollten die ländlichen Besonderheiten Brandenburgs Berücksichtigung finden, die Verordnung verständlich geschrieben und alle Bereiche des Lebens abgedeckt sein. Kreativität war gefragt, denn nicht alle Berufsgruppen konnten einzeln aufgezählt werden. Neue Begriffe wie „Körpernahe Dienstleistungen“ wurden geprägt. Damit war eine einfache Bezeichnung für alle Berufe gefunden, „bei denen dienstleistungsbedingt ein Mindestabstand von 1,5 Metern zwischen Leistungserbringer und Empfänger nicht eingehalten werden kann.“ Zudem war es für die Landkreise und kreisfreien Städte entscheidend und wichtig, sich an einer Norm orientieren zu können, die sie bei Bedarf selbst verschärfen konnten.

Was das genau bedeutete, zeigte sich, als die erste Eindämmungsverordnung in Kraft trat. Sie war so formuliert, dass die Landkreise/kreisfreien Städte bei eigenem Bedarf Allgemeinverfügungen erlassen konnten, die die Lage in ihren Regionen berücksichtigte. Als dann der Landkreis Ostprignitz-Ruppin (OPR) per Allgemeinverfügung Einreisebeschränkungen (u. a. für Bewohner mit Zweitwohnsitz) erließ, die später vom OVG Berlin-Brandenburg gekippt wurden, stellte sich schnell die Frage, wie die rechtlichen Regelungen durchzusetzen seien. Für den Stab und das MIK war klar, die Polizei wird hier nicht im Rahmen der Amtshilfe für politische Zwecke „vor den Karren gespannt“. Zumal der Kräfteinsatz nur für einen Landkreis mehr als enorm gewesen wäre.

Es zeigte das Grundproblem: nicht abgesprochene Alleingänge, wie in OPR, halfen niemandem weiter. Das gilt nicht nur für die Polizei, sondern auch für das komplette Gesundheits- und Gesundheitssystem im Land Brandenburg. Mit acht Schwerpunktkliniken und drei weiteren großen Krankenhäu-

sern hat nicht jeder Landkreis eigene Kapazitäten, um die Bevölkerung maximal vor Ort versorgen zu können. Das ist in normalen Zeiten kein Problem. In Krisenzeiten könnte es aber zu einem werden, wenn jeder nur an sich denkt. Übergreifend, wie im Landeskrankenhausplan vorgesehen, ist die Versorgung im Land Brandenburg problemlos möglich. Eine Ebene höher gedacht, wären auch Berliner Krankenhäuser im Falle einer Pandemie in die Versorgung Brandenburgs einzuplanen. Mit den großen Kliniken in Berlin könnten dort sehr viel mehr Menschen intensiv medizinisch versorgt werden. Im Gegenzug könnte Brandenburg mit seinen vielen Reha-Kliniken die „leichten Fälle“ übernehmen. Solche Maßnahmen waren zwar bislang nicht notwendig, weil die Fallzahlen der Region moderat blieben, zeigen aber die Komplexität der Zusammenhänge im Gesundheitswesen.

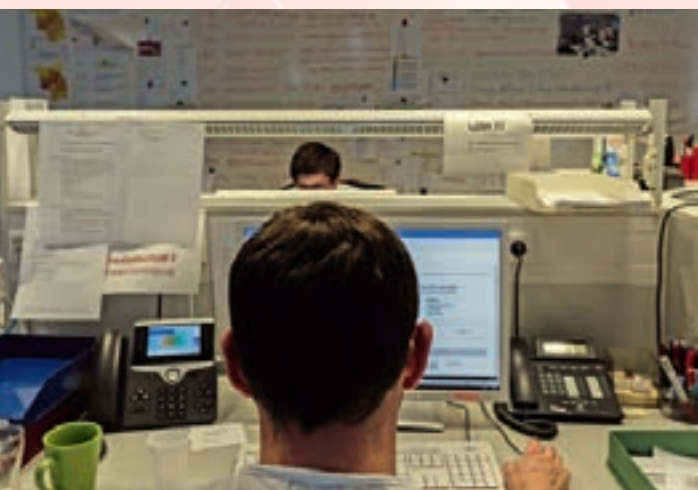
## Cluster-Bildungen

Unabhängig von zu dem Zeitpunkt beherrschbaren Inzidenzen, wurden in den brandenburgischen Krankenhäusern die intensivmedizinischen Kapazitäten erhöht. Allein schon, weil bei einem starken, räumlich begrenzten Ausbruch, einem so genannten Cluster, Kapazitätsgrenzen in einem Krankenhaus schnell erreicht sein könnten. Exponentielles Wachstum der Infizierung- und Erkrankungszahlen war genau das, was man vermeiden wollte. Im Potsdamer Ernst-von-Bergmann Klinikum und einigen Pflegeheimen in der Umgebung klappte das nicht wie erhofft. Die Zahlen stiegen aus verschiedenen Gründen erheblich an. Die betroffenen Einrichtungen





Sts Ranft (l.) und Sts Schüler im Gespräch



Abgetrennter Lagearbeitsplatz

Lagebereich bei der Arbeit



wurden gesperrt und im Containment (eindämmen und isolieren von Betroffenen) betrieben. Unter allen Umständen sollte ein Übergreifen in andere Regionen verhindert werden. Entsprechend musste Personal konzentriert, noch gesundes von schon erkranktem Personal (in

**In zahlreichen Landkreisen und kreisfreien Städten stießen die Gesundheitsämter trotz Aufstockung aus anderen Kreisbehörden an personelle Grenzen, um die Kontaktnachverfolgung auf dem geforderten Niveau sicherstellen zu können.**

den meisten Fällen noch unwissend über die eigene Erkrankung) separiert werden. Auch die Frage, aus dem Ernst-von-Bergmann-Klinikum das erste reine „Corona-Krankenhaus“ im Land zu machen, stand im Raum. Eine weitreichende Entscheidung, die Auswirkungen auf

die gesamte Krankenhauslandschaft in der Umgebung gehabt hätte. Der IMKS, das Gesundheitsministerium und die Stadt Potsdam mit seinem Gesundheitsamt standen im stetigen Austausch, wann und wie weiter verfahren werden kann, ohne Menschenleben zu gefährden. Die Entscheidung gegen ein „Corona-Krankenhaus“ wurde schließlich unter dem Aspekt der Zusammenhänge der Krankenhauslandschaft in Brandenburg und der Gefährdungslage gefällt.

Ein wichtiger Baustein dabei waren die Kontaktnachverfolgungsteams der Gesundheitsämter. Mit Telefoninterviews sollten die Infektionsketten aufgeklärt werden. Ein äußerst schwieriges Unterfangen, wenn man im Schnitt erst zweieinhalb Tage nach der Infektion die Krankheitssymptome zeigt. Zweieinhalb Tage, in denen theoretisch sehr viele Menschen angesteckt werden können. Umso wichtiger war

es, dass sich die Erkrankten an die Eindämmungsverordnung hielten und ihre sozialen Kontakte auf ein Minimum bzw. ganz reduzierten. Doch selbst bei vorbildlichem Verhalten ist es für ein Kontaktnachverfolgungsteam extrem schwer, alle Kontakte einer Person aufzuspüren und diese Kontakte dann auch zu befragen. Das RKI empfahl fünf Teammitglieder auf 20.000 Einwohner. Eine gewaltige Aufgabe, die ohne Hilfe von außen nur sehr schwer handhabbar gewesen wäre. In zahlreichen Landkreisen und kreisfreien Städten stießen die Gesundheitsämter trotz Aufstockung aus anderen Kreisbehörden an personelle Grenzen, um die Kontaktnachverfolgung auf dem geforderten Niveau sicherstellen zu können. Darum fragte der IMKS die Bundeswehr in einer Vorprüfung an, ob Soldaten für diese extrem aufwendige Aufgabe herangezogen werden können. Der Rechtsauffas-

sung folgend, dass dies nur geschehen kann, wenn die Soldaten keine hoheitlichen Befugnisse übernehmen, bat die Bundeswehr um konkrete Anträge, in welchem Umfang tatsächlich Unterstützung benötigt würde. Nach Konsultationen zu den Bedarfen mit den Landkreisen/kreisfreien Städten stellte der IMKS gebündelt für das Land den Antrag und forderte 95 Soldat\*innen an. Wie zuvor bereits mit der Idee, Beschaffung zu bündeln und damit die Strukturen vor Ort zu entlasten, nahm Brandenburg auch mit der Idee, die Bundeswehr für die Kontaktnachverfolgung einzusetzen, eine Vorreiterrolle ein.

## Politische Entscheidungen und Lagebewertungen müssen zusammengeführt werden

Wie sehr sich der IMKS von einer regulären polizeilichen BAO abhebt, sieht man in den Stabsentscheidungen. In der Polizei und Wissenschaft wird rein evidenzbasiert entschieden. Aus Fakten wird eine Lagebeurteilung erstellt, die die Grundlage jeder Entscheidung bildet. Diese Grundlage gibt es im IMKS zwar auch, wird allerdings um den Faktor Politik erweitert. Seien es Zwänge anderer Ministerien, die für ihre fachlichen Interessen eintraten, Beschlüsse von Kommunen, Gesetze und Vorgaben anderer Bundesländer, Regelungen des Bundes oder die Stimmung in der Bevölkerung. Die Staatssekretäre Ranft und Schüler mussten alles in Einklang bringen, um für das Land Brandenburg die

passende Strategie zum Schutz der Bevölkerung zu entwickeln.

Besonders herausfordernd war die Stimmungslage bei den Brandenburgern, eine nur schwer zu greifende Komponente. Die Polizei kennt das Problem in Ansätzen vom subjektiven Sicherheitsgefühl der Menschen her. Mit Rationalität lässt sich nicht jeder überzeugen, was besonders schwierig ist, wenn es darum geht, dass die Bevölkerung von sich aus die Notwendigkeit von Schutz- und Präventionsmaßnahmen einsehen und sich daran halten muss. Darum nahm dabei die

**Maßnahmen wurden mit Augenmaß durchgesetzt. „Erst reden und auf die Einsicht der Menschen setzen, wenn das nicht funktioniert durchgreifen“, bewährte sich als Strategie.**

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einen großen Anteil ein, die Bevölkerung „mitzunehmen“. Angefangen bei klassischen Pressemitteilungen über Gespräche am Bürgertelefon oder Statements der Gesundheitsministerin, des Innenministers und Ministerpräsidenten, jeder versuchte, so viele Brandenburger wie möglich zu überzeugen, meist mit Erfolg. Bilder aus anderen Staaten mit weit höheren Infektions- und Todeszahlen halfen dabei nicht nur dem Stab, sondern auch der Landesregierung, das Verständnis bei den Menschen für notwendige Einschränkungen zu schärfen. Nicht als Teil des Stabes, aber in der „Bürgerbetreuung“ vor Ort genauso wichtig war die Polizei. Dass sich die Bevölkerung in sehr großen Teilen an die Eindämmungsverordnung hielt, lag an der Kommunikation. Maßnahmen wurden mit Augenmaß durchgesetzt. „Erst reden und auf die Einsicht der Menschen setzen, wenn das nicht funktioniert durchgreifen“, bewährte sich als Strategie.

Trotzdem gab es immer wieder Kritiker, die mit den verhältnismäßig geringen Fallzahlen argumentierten und versuchten, so schnell wie möglich zum gewohnten Alltag zurückzukehren. Das wollte und

konnte der IMKS nicht verantworten. Zumal alle bisherigen Erfolge damit hinfällig und die Einschränkungen in der Bevölkerung umsonst gewesen wären.

Durch die offene und konstruktive Kommunikation mit den hochmotivierten Kollegen in den Krisenstäben der Landkreise/kreisfreien Städte musste dort glücklicherweise in dem Punkt keine Überzeugungsarbeit geleistet werden, alle Beteiligten hatten immer den Schutz der Bürger im Blick. Lange debattieren konnte und wollte niemand. In den täglichen Telefonkonferenzen des IMKS mit den Landrät\*innen und Oberbürgermeistern ließen sich viele Schwierigkeiten auf schnellem Weg ausräumen, sie stärkten den Zusammenhalt und ließen das Verständnis füreinander wachsen, so wie es in der Krise notwendig ist.

## Gut gewappnet in die weitere Lage

Trotz enormen Stresses, langen Arbeitszeiten und komplett unterschiedlicher beruflicher Herkunft der Mitarbeiter, war die Stimmung im IMKS immer gut. Die ausgezeichnete Versorgung mit Essen und vor allem Kaffee trug sicherlich erheblich dazu bei.

Wie sich die Lage in den kommenden Wochen und Monaten entwickelt weiß niemand. Eins ist jedoch ziemlich sicher: Zusammengesetzt aus Mitarbeitern des Gesundheits- und Innenministeriums, der LSTE, der HPol, dem PP, dem ZD Pol und der LGB entstand mit dem IMKS ein Team aus Fachleuten, das für die Aufgaben gewappnet ist. (Stand 16.04.2020)

**Christoph Koppe**



## Aufgaben KKM, KGS und KatS-Stab

Vor gut 10 Jahren richtete der damalige Innenminister Dietmar Woidke im November 2010 die neuen Strukturen des Koordinierungszentrums Krisenmanagement (KKM) ein und ersetzte das Lagezentrum für Brand- und Katastrophenschutz des Innenressorts. Oberstes Ziel sollte die Koordinierung der Schadensbewältigung nichtpolizeilicher Lagen unterhalb der Schwelle einer Katastrophe sein. Außerdem sollte es bei Bedarf die Landkreise/kreisfreien Städte bei ihren Einsatzlagen unterstützen. Damals im Referat 42 (u. a. zuständig für Brand- und Katastrophenschutz) der Polizeiabteilung angesiedelt, konnten die Erfahrungen aus der Feuerwehr und der Polizei verknüpft und gebündelt werden. Mit Feuerwehrleuten, Polizisten und Verwaltungsbeamten war nicht nur das Referat, sondern auch das KKM von Anfang an breit aufgestellt. Heute ist es Teil des Referates 34 unter der Leitung von PD Dr. Sascha Dietel und der Arbeitsgruppe 3 angegliedert. Ohne Einsatzlage arbeitet das KKM, unter der Führung von POR Harald Klauth, eng mit den fünf Integrierten Regionalleitstellen (IRLS), dem ELZ und dem Gemeinsamen Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) zusammen. Über deren Berichte und Meldungen wird die nationale und internationale Lage erhoben und für das Land Brandenburg bewertet. Mit den aus allen Quellen zusammengeführten Informationen werden Lagebilder für die Referats- und Hausleitung erstellt. Einsatzunterlagen, früher bspw. noch klassisch ausgedruckte Karten, müssen immer auf dem neuesten Stand sein und bestmöglich elektronisch vorliegen. Dazu werden Informationen u. a. des Forstes, der Umweltbehörden, der Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg (LGB) oder der Polizei genutzt.

Im Einsatzfall erwächst aus dem Personal des KKM und Referats 34 die Koordinierungsgruppe des Katastrophenschutzstabes (KGS). Mit der Aufgabe, u. a. die Informationserhebung, -steuerung und Bearbeitungszeiten der Lageerhebung zu verkürzen und verbessern, bildet die KGS die erste Stufe zur Unterstützung für die Landkreise und kreisfreien Städten bei besonderen Gefahrenlagen. Fachberater und Verbindungspersonal können bei Bedarf jederzeit den Stab ergänzen. Die Führung übernimmt der Leiter des KKM. Schon in dieser Phase findet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit statt, um die Bürger adäquat zu informieren. Über ein Rufbereitschaftssystem außerhalb der Bürozeiten ist es immer gewährleistet, dass im Fall des Falles die KGS schnell reagieren, ihre Arbeit beginnen und über weitere Maßnahmen entscheiden kann.

Sollte die Einsatzlage so groß werden, dass die KGS ihre Aufgaben nicht mehr wahrnehmen kann, der zentrale Katastrophenschutz erforderlich ist oder die Gesamtführung vom Innenminister bzw. einer von ihm beauftragten Person wahrgenommen wird, übernimmt die Katastrophenschutzleitung mit dem Katastrophenschutzstab. Den Stab führt der Referatsleiter 34 oder ein von ihm Beauftragter.

**Seit Ende März unterstützen dabei die Beschaffungsexperten des Zentraldienstes der Polizei Brandenburg (ZDPol). Als wichtiger Teil der Task Force „Beschaffung“ der Landesregierung sondiert der ZDPol seither die Angebotslage auf dem Weltmarkt, organisiert Schutzmasken oder Desinfektionsmittel und verteilt die Mengen dann im Land. Anja Germer, Direktorin des ZDPol, über die ungewohnt neue Aufgabe Ihres Teams.**

**Sie leiten die „Task-Force Beschaffung“. Der ZDPol als Zentraler Beschaffer für Schutzausrüstung im Land hat jetzt also noch mehr Beschaffungs- und Logistikaufgaben, als es schon vorher der Fall war. Wie gehen Sie und Ihr Team mit dieser neuen Aufgabe und Verantwortung um?**

Der Bedarf an Schutzausrüstung ist natürlich enorm. Und Mengen, die sich erstmal groß anhören, wie etwa eine Million Atemschutzmasken, werden recht klein, wenn wir sie zur Auslieferung auf 14 Landkreise und vier kreisfreie Städte verteilen. Deshalb versuchen wir als Task Force Beschaffung einschließlich der Produktmanager alles über die kommunale Ebene, z. B. um Krankenhäuser, Pflegekräfte und andere möglichst schnell und in ausreichenden Mengen mit der erforderlichen Ausrüstung auszustatten. Auch die Kollegen in der Logistik sind zu jeder Zeit bereit, Lieferungen entgegenzunehmen, zu verteilen und an die Landkreise auszugeben, damit alles so schnell wie möglich ans Ziel kommt. Da ist es auch egal, ob die

Versorgung mit Corona-Schutzausrüstung

## KRÄFTE BÜNDELN



**KKM**

Anja Germer (r.) bei der Materialübergabe

Lieferungen am Wochenende oder an Feiertagen kommen. Hier bleibt kein LKW stehen. Alle Kollegen – und das geht über die Beschaffung und Logistik hinaus – sind hochmotiviert. Da müssen Sie niemand zu irgendetwas antreiben.

**Die Leitung der Task Force bringt zunächst mal deutlich mehr Arbeit mit sich. Welche Vorteile sind denn damit verbunden?**

Es macht sehr viel Freude, mit so engagierten und hochqualifizierten Kolleginnen und Kollegen zusammen zu arbeiten.

Meiner Meinung nach bringen wir hier „das Beste aus beiden Welten“ zusammen. Wir als ZDPol können Beschaffung. Die in der Task Force tätigen Kollegen der anderen Ressorts, also des Ministeriums

für Wirtschaft, Arbeit und Energie, des Finanzministeriums, der Wirtschaftsförderung Brandenburg und des Landesamtes für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG) sind Spezialisten auf ihren Gebieten. Sogar eine chinesisch sprechende Kollegin verstärkt die Task Force. Alle sind direkt, auf kurzem Wege und jederzeit erreichbar. Die Abstimmungswege sind also deutlich kürzer. Damit können wir zeitnah reagieren – und das funktioniert richtig gut!

**Was sind die besonderen Herausforderungen bei der Beschaffung angesichts der angespannten Lage auf dem Weltmarkt?**

Wenn man die Angebotsflut über unsere Mailadresse, die Angebotsplattform oder sonstige Kanäle sieht, könnte man glauben, es gäbe gar

keine angespannte Lage. Es werden sehr viele Masken in sehr unterschiedlichen Qualitäten und mit sehr unterschiedlichen Zertifikaten angeboten. Die größte Herausforderung liegt darin, die „richtigen“ Angebote herauszufiltern, also die Masken, die dann auch wirklich den Anforderungen entsprechen und in der Anwendung ihre Schutzfunktion erfüllen. Dazu gehört ganz viel akribische Recherche. Die Produktmanager haben aber mittlerweile eine gewisse Expertise aufgebaut. Wir können also selbst schon eine Menge Angebote aussortieren und nur vermeintlich stimmige Angebote den sachkundigen Kollegen des LAVG vorlegen.

Unfallvermessung BAB 10



# DROHNEN

## Allheilmittel für die Polizei?

Bis vor einigen Jahren verband man mit dem Begriff „Drohnen“ Angriffe von unbemannten Fluggeräten oder Luftbilder aus Krisengebieten zur Feindesaufklärung. Inzwischen hat sich dies enorm gewandelt. Drohnen sind nicht mehr nur etwas für das Militär.

Helene Beach



Kaiserbahnhof Potsdam



Brand Luckenwalde



Fußballstadion Babelsberg

**S**ucht man bei Amazon nach Drohnen finden sich zahlreiche Varianten zu bezahlbaren Preisen. Das trug auch zur wachsenden Fangemeinde für die zivile Nutzung. Von aufwändigen Filmproduktionen, Unternehmen (u. a. Deutsche Bahn) über Hilfsorganisationen (u. a. DLRG) bis hin zur privaten Nutzung im Urlaub sind Flugdrohnen verbreiteter denn je. Der enorme Preisverfall und die mittlerweile extrem einfache Bedienung taten ihr Übriges. Der Vergleich, dass sich zivile Drohnen inzwischen steuern lassen wie ein Computerspiel, ist nicht abwegig. Der erheb-

liche Anstieg bei Privatnutzern ist zwar gut für die Drohnen-Industrie, führt jedoch zu Schwierigkeiten. Weil immer mehr Nutzer, teilweise unkontrolliert Drohnen steuern, musste der Gesetzgeber eingreifen und Regeln erlassen. Vor diesen Herausforderungen stand Deutschland nicht allein. Eingriffe in die Privatsphäre – wenn zum Beispiel jemand seinen Nachbarn aus der Luft ausspionierte – oder mögliche Beeinträchtigungen im Luftfahrtverkehr – auch Drohnen kamen vor – bis hin zu möglichen Bruchlandungen der Geräte, weil ein Pilot seine Drohne nicht komplett beherrscht. All dies machte eu-

ropa- und gar weltweit die gesetzliche Regulation für den Gebrauch von Drohnen nötig.

Für die Polizei Brandenburg stehen jedoch nicht nur die strafrechtlichen und gefahrenabwehrenden Maßnahmen im Mittelpunkt. Man erkannte schon sehr früh den Mehrwert von Drohnen. Oder wie es im Behördendeutsch heißt: unbemannte Luftfahrtsysteme (ULS). Im Jahr 2018 startete das Polizeipräsidium ein Projekt zur Erprobung des Einsatzwertes von ULS im Polizeialltag. Grundlegende Fragen mussten zunächst geklärt werden. Welche Gesetze sind betroffen, welche Technik gibt es am Markt, welche Erfahrungen gab es in anderen Bun-

desländern und Staaten? Auch der Datenschutz war für die Projektverantwortlichen eine wichtige Frage und musste abschließend geklärt werden. Schließlich sind die deutschen Datenschutz-Standards besonders hoch.

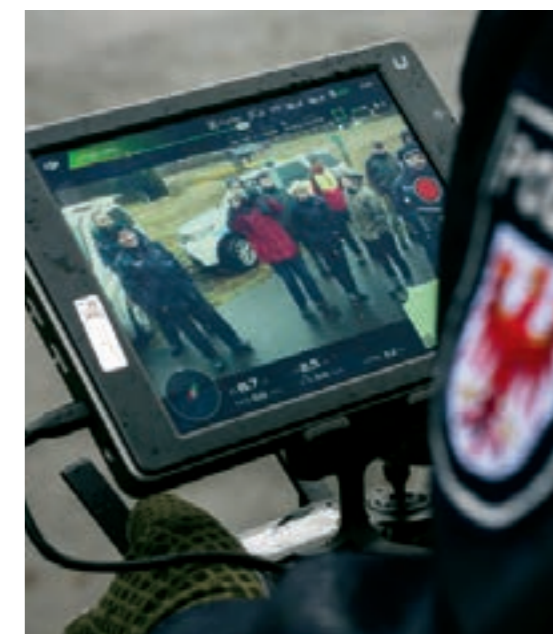
Nachdem all diese Fragen geklärt waren, suchte das Polizeipräsidium nach geeigneten Beamten und fand sie. Das ganze Projekt wurde in die Verantwortung der Technischen Einsatzinheit (TEE) gegeben. Zunächst hieß es für die neuen ULS-Piloten Erfahrungen mit der Technik sammeln. Es wurden verschiedene Modelle beschafft, von handelsüblichen Systemen für den Privateinsatz bis hin zu Industrie-

drohnen. „Am Anfang wunderten sich die Kollegen im Präsidium noch über die Drohnen, als sie aus ihren Büros schauten“, so Matthias Leyer, Leiter der Technischen Einsatzinheit. „Doch irgendwann war es normal, dass Polizisten mit gesenktem Kopf auf das Bediendisplay schauten und Drohnen über dem Gelände kreisten.“

### Erfahrungen zeigen Mehrwert

Erste Einsätze zur Luftaufklärung bei Großlagen zeigten rasch, dass es die richtige Entscheidung war, die neue Technik zu testen. Sehr positive Erfahrungen sammelte bspw. die Polizeidirektion Ost, die beim Helene Beach Festival mit Hilfe der ULS ein effektiveres Crowdmanagement betreiben und dadurch die Verkehrs- und Besucherströme gut erfassen konnte. Ähnliche Vorteile zeigte die Technik bei der Unterstützung von Bombenentschärfungen, bei denen aus der Luft die gesperrten Bereiche nach Personen abgesucht und Sperrkreisverletzungen geahndet wurden.

Doch es blieb nicht lange nur bei derartigen Aufträgen. Immer mehr Kriminalpolizeidienststellen im ganzen Land Brandenburg forderten die Kollegen der TEE an. Brandtorte, die früher aufgrund des entstandenen Schadens nicht mehr sicher betreten und begutachtet werden konnten, sind heute kein Problem mehr. Oft reichte der geschulte Blick des Brandermittlers auf das Drohnen-Display um zu sagen, wo und wie sich ein Brand entwickelte. Luftaufklärungen von Durchsuchungsobjekten wurden leichter. Veraltete Luftbilder



Live-Bilder vom ULS (oben)

Fernsteuerung der ULS

Tesla 02.2020



Brand Fressnapf Neuruppin



Wassermotorräder



Helene Beach Parkplatz

wurden durch Live-Bilder ersetzt und ließen eventuell fliehenden Tätern keine Chance mehr, denn die Einsatzkräfte konnte sich im Vorfeld günstig positionieren. Doch bei solchen Einsätzen blieb es nicht. Die ULS wurden an Autobahnen zur Abstandsüberwachung eingesetzt. Was früher bereits mit Hubschraubern erfolgreich war, ließ sich mit den ULS wiederholen. Die ULS konnten aus der Luft die Beweise liefern, die sonst nur die „Blitzer“ am Fahrbahnrand oder in Ausnahmefällen die Polizeihubschrauber brachten. Teilweise halfen Drohnen, Sachbearbeitern der Kripo mit Bildern aus der Luft, um Unfallhergänge zu rekonstruieren.

### Ein taugliches Einsatzmittel

So viele positive Einsätze weckten das Interesse bei anderen Behörden im Land. Bei einem Test in Pusack, im Süden Brandenburgs, fragte das Veterinäramt des Landkreises Spree-Neiße, ob es möglich sei, mit der Afrikanischen Schweinepest infizierte Wildschweine, die aus Polen über die Grenze kommen, ausfindig zu machen und bat die Polizei um Unterstützung. Solch ein Szenario war zu dem Zeitpunkt nicht abwegig und stellte auch für die TEE eine Herausforderung dar. Das Veterinäramt präparierte eine Hitze-

quelle und ein totes Wildschwein im Wald. Beides sollte von den ULS-Piloten gefunden werden. Die TEE nutzte den Test gleich aus, um den Einsatzwert der ULS und des Polizeihubschraubers zu vergleichen. Hier zeigten sich Vorteile von beiden Techniken, aber auch die Grenzen. Der Starkregen gleich zu Beginn des Tests verhinderte zunächst den ULS-Einsatz. Hier konnte der Hubschrauber punkten, der auch bei Regen fliegen kann. Zwar fanden weder die Hubschrauberbesatzung noch die ULS-Piloten das tote Tier, doch mit ihren Wärmebildkameras entdeckten sie unabhängig voneinander eine lebende Wildschweinrotte. „Zwischen den

Baumwipfeln ein totes Tier aus der Luft zu finden ist ziemlich schwierig, egal wie gut die Technik ist. Allerdings wenn wir lebende Tiere oder gar Menschen finden wollen, dann klappt das gut, wie der Test zeigte“, meint der Chef der TEE.

Im Walddickicht zeigten sich dann die Preis- und Größenunterschiede der Wärmebild- und Zoomkamera von ULS und Hubschrauber. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Kameratechnik des Hubschraubers größer als das gesamte ULS ist. Spannend und lehrreich war der direkte Vergleich der Techniken für die Hubschrauberbesatzung und die ULS-Piloten bei der Suche allemal. Die Gren-

zen beider Systeme zu kennen erhöht den Einsatzwert, weil klar wird, wo und wie man sich den Umständen anpassen muss.

### Die Mischungsmacht's

Es gibt auch Stimmen in der Brandenburger Polizei die meinen, mit Drohnen die deutlich teureren Hubschrauber ersetzen können. Live-Erprobungen wie in Pusack zeigen jedoch, ein Allheilmittel sind sie nicht, auch wenn Drohnen vieles leisten. Auf den Hubschrauber, als taktisch bewährtes Einsatzmittel zu verzichten, wäre also eine schlechte Entscheidung. „Während ein ULS nur relativ kurzzeitig bei gutem Wetter ein begrenztes Gebiet abfliegen kann, ist der Hubschrauber auch bei schlechtem Wetter in der Lage, über einen langen Zeitraum einen Einsatz aus der Luft zu unterstützen. Kombiniert man jedoch die Vorteile von beiden Systemen, ULS und Hubschrauber, können die Kollegen am Boden schnell, flexibel und effektiv unterstützt werden. So viel lässt sich definitiv sagen“, sagt Matthias Leyer. „Suche nach vermissten Personen, Einsatzkoordinierung oder Hilfe bei Ermittlungen aus der Luft sind dabei einige von unseren Einsatzmöglichkeiten.“

Aus der Sicht der Verantwortlichen in der Bereitschaftspolizei war es eine gute Entscheidung, eine zentrale Stelle mit sehr gut geschultem Personal für die ULS verantwortlich zu machen. Die Piloten müssen ständig trainieren und auf dem aktuellen Stand der Technik bleiben. „Der Fortschritt bei den Systemen ist so schnelllebig, das kann man nicht mal so nebenher machen“, meint Matthias Leyer und ergänzt, „wir können aktuell schon einiges, aber da geht noch mehr.“ Denkt man das Thema Drohnen weiter, stellt sich zwangsläufig die Frage: Wie kann man effizient Drohnen abwehren und eventuellen Missbrauch verhindern. Lächelnd ergänzt Matthias Leyer: „Wir sind bereits dran.“

**Christoph Koppe**



Mit Schweinepest infizierte Wildschweine, die aus Polen über die Grenze kommen, werden ausfindig gemacht

Rathaus Potsdam



Polizei-Twitter zwischen Klickzahlen und Datenschutz



Nicht nur Influencer twittern und posten fleißig auf den beliebtesten Social-Media-Kanälen vor sich hin, auch die Polizei ist auf Facebook, Instagram und Co. mit eigenen Auftritten vertreten. Ganze Social-Media-Teams bespielen diese Kanäle mit Content, der die beachtliche Zahl von Followern mit herzerwärmenden Fotos von getretenen Entenfamilien sowie mit Stellenausschreibungen, Fahndungsbildern und, wie während der Corona-Maßnahmen, mit Informationen zur Gefahrenabwehr versorgt. Dass Twitter und weitere Plattformen der Polizei wie auch anderen öffentlichen Einrichtungen die Möglichkeit geben, vor allem den jüngeren Teil der Bevölkerung zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit sowie für ihre eigentliche Aufgabenerfüllung zu erreichen, stellt niemand mehr ernsthaft in Zweifel. Die Social-Media-Arbeit ist zu einem festen Bestandteil in der Kommunikationsstrategie geworden, insbesondere der Polizeibehörden.

Datenschutzrechtliche Zweifel

Ob das in Zukunft so bleiben kann, ist nicht sicher, weil am Geschäftsmodell der Plattformen (neben anderen rechtlichen Bedenken) erhebliche datenschutzrechtliche Zweifel bestehen. Die US-amerikanischen Social-Media-Riesen sind schon lange im Visier der europäischen Datenschutzbehörden, weil sie umfangreich Daten von Nutzern und anderen Personen zu allerlei Werbezwecken verarbeiten. Wirklich

# IN ZUKUNFT FUNKSTILLE?

schlau wird man aus den meist seitenlangen Datenschutzerklärungen nicht, denen man zustimmen soll, bevor man einen eigenen Account anlegen kann.

Wer sich Herrn Zuckerberg und Konkurrenten hier nicht kurzerhand durch einen beherzten Klick auf „Ich stimme zu“ ergeben will und den Plattformen lieber ganz fernbleibt, ist vor deren Datensammelwut auch dann nicht unbedingt geschützt. U.a. über Social-Media-Plugins, z.B. Like-Buttons in Webshops, Kochblogs und anderen Webseiten, die mit den jeweiligen Social-Media-Profilen verbunden sind, können Facebook, Twitter etc. ihre Cookies auch bei solchen Websitebesuchern platzieren, die gar keine Plattformmitglieder sind. Wer nicht auch beim Besuch anderer Webseiten auf der Hut ist und auch dort fleißig die Cookie-Banner und Datenschutzerklärungen liest, landet also früher oder später doch im Datensilo.

Das Problem der Fanpages von Behörden

Der Baden-Württembergische Landesbeauftragte für den Datenschutz hat deshalb kurzerhand zum Jahreswechsel seinen Twitter-Auftritt eingestellt und alle anderen Landesbehörden aufgefordert, es ihm gleichzutun. Das sei traurig und schade, aber unumgänglich gewesen, um sich rechtskonform zu verhalten.<sup>1</sup> Denn der Gerichtshof der Europäischen Union hatte schon 2018 entschieden, dass nicht nur Facebook sich bei den dargestellten Datenverarbeitungen rechts-

widrig verhalte, sondern dass auch diejenigen, die Facebook-Fanpages (also eine Art Unternehmensprofil) betreiben, für diese Datenverarbeitungen gemeinsam mit Facebook verantwortlich sind im Sinne der DSGVO.<sup>2</sup> Das heißt, dass auch die Polizei beim Betrieb von Facebook-Seiten (gewissermaßen wie ein Anlass-Störer) dafür verantwortlich ist, dass die Daten von Nutzern und Nichtnutzern rechtmäßig verarbeitet werden, die Polizeibeiträge direkt oder von außerhalb Facebooks anschauen.

Und genau da liegt das Problem: Ebenso wenig, wie die europäischen Datenschutzbehörden eine wirksame Handhabe gegen die US-Riesen haben, können Behörden und Unternehmen, die sich auf den Plattformen präsentieren, Facebook dazu zwingen, die Datenverarbeitungen und -erklärungen anzupassen und so wirksame Einwilligungen der Nutzer einzuholen. Ihnen und den Facebook-Nutzern bleibt nur, die Kröte zu schlucken oder zu gehen.

Baden-Württemberg will Behördenauftritte auf Twitter, Instagram und Co. beenden

Im Anschluss an die EuGH-Entscheidung aus 2018 hatte die gemeinsame Konferenz der deutschen Datenschutzbehörden (DSK) schon klargestellt, dass ein weiterer Betrieb der Facebook-Fanpages durch öffentliche Stellen nicht rechtmäßig sei und deshalb dringender Handlungsbedarf bestehe.<sup>3</sup> Baden-Württemberg macht jetzt als erstes Bun-

desland Ernst und belässt es nicht nur bei Facebook-Fanpages, sondern will auch Behördenauftritte auf Twitter, Instagram und Co. beenden. Der Landesbeauftragte hat angekündigt, zunächst entsprechende Warnungen gegenüber Landesbehörden auszusprechen, aber wenn erforderlich den Betrieb auch zu untersagen.

Er empfiehlt, auf alternative Angebote, wie etwa die Plattform Mastodon, auszuweichen.<sup>4</sup> Diese Forderungen stoßen bei der Baden-Württembergischen Landespolizei offenbar nicht auf allzu viel Gegenliebe. Die Polizeipräsidentin stimmt dem Landesbeauftragten zwar zu, dass die Nutzung von Social Media rechtlich nicht unproblematisch sei, sieht aber offenbar in anderen Lösungen keine ernsthafte Alternative, insbesondere zum Twitterauftritt.<sup>5</sup>

Polizei und Social Media: Pro, Contra & Ausblick

Die Gründe für einen Weiterbetrieb der Social-Media-Auftritte auf Facebook etc. liegen aus polizeilicher Sicht auf der Hand. Es gibt bisher keine datenschutzgerechte Plattform, die auch nur ähnliche Reichweiten aufweist. Die Kommunikation über Twitter und Facebook ist schnell und effizient, vor allem im Gefahrenfall, wie nicht nur der Amoklauf in München, sondern auch andere Notfälle und Ausnahmestände – von Waldbränden bis Corona – zeigen. Die Polizeipräsenz auf den Plattformen ist dabei auch erforderlich, um gerade in solchen Situationen Spekulationen und Falschmeldungen zu begegnen und objektive Informationen bereitzustellen. Fahndungsbilder und andere Informationen, die der Strafverfolgung dienen, gehören ebenfalls zu vielgesehenen Beiträgen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass eine erfolgreiche Kommunikation über Facebook erfordert, dass die Polizei-Kanäle auch außerhalb von Gefahrenlagen und Fahndun-

gen permanent mit Content gefüttert werden müssen, um für eine hohe Anzahl von Nutzern attraktiv zu bleiben. Das hat schon die ein oder andere Stilblüte hervorgebracht, die zwar für etliche Nutzerklicks und Gelächter gesorgt hat, aber wenig für einen datenschutz- und sachgerechten Umgang der Polizei mit sozialen Medien sprach. Dem Argument, dass die polizeiliche Aufgabenerfüllung ohne Twitter und Co. gefährdet wäre, tritt der Baden-Württembergische Datenschutzbeauftragte wohl zurecht entgegen, wenn er es für rechtsstaatlich bedenklich hält, wenn die Behördenarbeit tatsächlich vom Geschäftsmodell US-amerikanischer Social-Media-Konzerne abhinge.<sup>6</sup>

Dennoch darf in der Diskussion nicht unberücksichtigt bleiben, dass für die Polizei, jedenfalls soweit sie Strafverfolgung und die vorbeugende Bekämpfung von Straftaten betreibt, nicht dasselbe datenschutzrechtliche Regime Anwendung findet wie für andere Behörden, die bei ihrer Aufgabenerfüllung „nur“ an die DSGVO gebunden sind. Dies befreit die Polizei nicht davon, Daten bei ihrer Aufgabenerfüllung rechtmäßig, das heißt insbesondere nur im erforderlichen Umfang zu verarbeiten. Im Lichte der effektiven Gefahrenabwehr und Strafverfolgung könnte aber der „Haftungsverbund“, der laut EuGH nach DSGVO zwischen Behörde und Plattformbetreiber besteht, möglicherweise anders beurteilt werden (nämlich in dem Sinne, dass keine gemeinsame Verantwortlichkeit besteht, weil Social-Media-Anbieter und Polizeibehörde keine vergleichbaren Zwecke verfolgen).

Auch dann blieben bei der Handhabung der Social-Media-Aktivität der Polizei aber praktische Fragen offen, wie mit Beiträgen zu anderen, nicht nur streng-polizeilichen Zwecken umgegangen werden muss. Denn wenn wir ganz ehrlich sind, freut sich wohl jeder am meisten über das Foto der beiden Polizisten mit den vorm Verkehrstod getretenen Entenküken.

Luca Thieme



Luca Thieme arbeitet bei Gleiss Lutz, einer international tätigen deutschen Wirtschaftskanzlei. Sie berät nationale und internationale Mandanten im deutschen und europäischen Datenschutzrecht. Zuvor war sie als Referentin in der Stabsstelle für Datenschutzangelegenheiten im ZDPol tätig und zudem mit der Umsetzung der JI-Richtlinie (EU) 2016/680 für das Land Brandenburg befasst. Sie hat an der Europa-Universität in Frankfurt (Oder) studiert und war Trägerin des Brandenburgischen Absolventenpreises 2013.

<sup>1</sup> Siehe einen ausführlichen Beitrag zur Stellungnahme von Stefan Brink, einschließlich Podcast: <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/brink-will-behoerden-notfalls-twitter-verbieten-100.html>, letzter Abruf am 27.04.2020.  
<sup>2</sup> EuGH, Urt. V. 5. Juni 2018, Rechtssache C-210/16, „Facebook Fanpage“; weitgehend bestätigt in Urt. V. 29. Juli 2019, Rechtssache C-40/17, „Fashion ID“.  
<sup>3</sup> Vgl. Entschließung der DSK vom 6. Juni 2018: Die Zeit der Verantwortungslosigkeit ist vorbei: EuGH bestätigt gemeinsame Verantwortung von Facebook und Fanpage-Betreibern.  
<sup>4</sup> Stefan Brink im Interview mit Juve, Juve 02/20, S.25 und 27.  
<sup>5</sup> S.o., Fn.1 (Podcast).  
<sup>6</sup> Zitat auf <https://www.zdf.de/nachrichten/digitales/datenschutz-behoerden-twitter-stefan-brink-100.html>, letzter Abruf 27.04.2020.



Bereits in der letzten Ausgabe berichteten wir über die Einführung des bundesweit ersten weiterbildenden Master-Studiengangs „Kriminalistik“ an einer polizeilichen Bildungseinrichtung, der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg (HPol).



**Master**  
Kriminalistik

# MASTERSTUDIENGANG KRIMINALISTIK IM LAND BRANDENBURG

**UPDATE**

Die Absolventinnen und Absolventen des zweijährigen Studiengangs sollen zukünftig im Rahmen kriminalfachlich besonders qualifizierter Sachbearbeitung als Ermittler in speziellen Phänomenbereichen wie Cybercrime, Politisch motivierte Kriminalität, Organisierte Kriminalität und anderen Feldern der Schwerstkriminalität professionell arbeiten können und dazu beitragen, die kriminalistische Wissenschaft anwendungsbezogen weiterzuentwickeln.

In mehreren sog. „Werkstätten der Modulkoordinatoren“ wurde inzwischen die finale Modulstruktur des Studiengangs entwickelt.

Die Inhalte wurden so aufeinander abgestimmt, dass eine optimale Verzahnung der einzelnen Module gewährleistet ist.



Werkstatt der  
Modulkoordinatoren

Das Ergebnis mit den insgesamt 14 Modulen verteilt auf eine Studienzeit von vier Semestern kann sich sehen lassen:



# Modulstruktur

Im Folgenden stellen einige der Modulverantwortlichen ihre Module kurz vor und äußern sich zu ihren Erwartungen hinsichtlich des neuen Masterstudiengangs:



## MODUL 1

### Propädeutikum Cindy Ehlert, M.A. Kriminologie

„Das Propädeutikum, Modul 1, bildet den wissenschaftlichen wie fachpraktischen Einstieg für die zukünftigen Studierenden des Masterstudiengangs Kriminalistik. Hier sollen sie aus der Praxis abgeholt, mit Studienmethoden vertraut gemacht und auf das umfangreiche Kriminalwissenschaftliche Studium vorbereitet werden. Dabei erwarte ich von den zukünftigen Studierenden maximale Offenheit und ein gewisses Maß an Neugier, um im Prozess des Umdenkens auch neueste, zukünftige kriminologische und kriminalistische Phänomene zu erkennen. Um diese Aufgabe zu bewerkstelligen, stehen ihnen bereits in Modul 1 sowohl theoretisch als auch fachlich versierte DozentInnen zur Verfügung, die sich aktuell beginnen auf ihren Einsatz in diesem neuartigen Studiengang vorzubereiten.“



## MODUL 4

### Kriminaltechnik und forensische Wissenschaften Prof. Dr. Imme Krüger

„Ich freue mich sehr auf den Beginn des Masterstudiengangs, denn er bedeutet einen Meilenstein für die kriminalpolizeiliche Ausbildung. Der Studiengang hat in meinen Augen nicht vornehmlich das Ziel, das theoretische Wissen zu bestimmten Fachgebieten zu vermitteln, sondern vielmehr den Anspruch, fachspezifi-

sche Anforderungen aufzuzeigen und zu diskutieren, um für die spätere Ermittlungstätigkeit selbständig Lösungswege daraus ableiten zu können. Von den Studierenden wird dafür eine große Portion Eigeninitiative gefordert und die Bereitschaft erwartet, immer noch ein Stück weiter über den Tellerrand zu schauen. Ich bin gespannt darauf, gemeinsam mit den Studierenden an aktuellen Themen – natürlich insbesondere aus dem Bereich der Kriminaltechnik – zu arbeiten



## MODUL 6

### Gefährdungseinschätzungen und gefahrenabwehrende Maßnahmen im kriminalpolizeilichen Kontext Prof. Dr. Jürgen Biedermann

„Gefahren im Vorfeld zu erkennen und zu bewerten, angemessen darauf zu reagieren und hierbei die richtige Balance zwischen dem Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft, Freiheitsrechten und der Rechtsstaatlichkeit zu wahren, ist kein einfaches Unterfangen. Dies zeigt sich aktuell sehr eindrucksvoll am Beispiel der Corona-Krise. Derartige Problematiken stellen sich allerdings auch in polizeilichen Anwendungsfeldern wie der Verhinderung von politisch motivierten Anschlägen, Rückfalltaten bei Sexualstraftätern oder anderweitigen Delikten der schweren Kriminalität. Ich freue mich darauf, den Studierenden bald gemeinsam mit interessanten Akteuren aus der polizeilichen Praxis methodische Grundlagen für prognostische Gefährdungseinschätzungen sowie rechtliche und praktische Aspekte bei der Umsetzung gefahrenabwehrender Maßnahmen im kriminalpolizeilichen Kontext vermitteln zu können.“



## MODUL 8

### Cybercrime Dr. Thomas Gabriel Rüdiger

„Obwohl die Nutzung digitaler Medien mittlerweile selbstverständlicher Bestandteil unseres Alltags ist, werden viele Studierenden unsicher sein was im Modul 8 „Cybercrime“ von ihnen erwartet wird. Eines gleich vorweg, Programmierfähigkeiten, werden in diesem Modul keine zentrale Rolle einnehmen. Der Grundgedanke ist es vielmehr, dass man nicht einfach davon ausgehen kann, dass jeder Studierende von vornherein polizeiliche oder kriminalistische Medienkompetenz besitzt oder gar an der Ermittlungen digitaler Delikte beteiligt war. Vielmehr müssen wir in diesem Modul einen Zwischenweg finden aus der digitalen Polizeiarbeit, der Cyberkriminologie und den kriminalistischen und strafprozessualen Ermittlungsmöglichkeiten in diesem Bereich. Hierzu werden wir auf nationale wie internationale Referenten aus den unterschiedlichsten Fachdisziplinen setzen, um eine bestmögliche Bandbreite an Themen mit einem hohen fachlichen Input zu gewährleisten. Als Abschlussprüfung ist dabei die Anfertigung und prinzipielle Veröffentlichung eines wissenschaftlichen Artikels vorgesehen und ich hoffe, dass die Studierenden dies auch als eine Chance begreifen, ein relativ unbearbeitetes kriminalwissenschaftliches Fachgebiet mit prägen zu können. Diese generelle Offenheit und Neugier für digitale Themen wäre auch meine grundsätzliche Erwartungshaltung an die Studierenden.“

Weitere Informationen zum Entwicklungsstand gibt es – stets aktuell – unter: [www.master-kriminalistik.de](http://www.master-kriminalistik.de)



Momentan arbeiten die Modulverantwortlichen gemeinsam mit den Dozentinnen und Dozenten der jeweiligen Module an der Feinplanung der Modulinhalt. Hierzu finden sukzessive Dozententreffen statt.

Eine weitere entscheidende Aufgabe im Rahmen der Vorbereitung des Studiengangs besteht in der Akquisition geeigneter, hochqualifizierter Dozentinnen und Dozenten.

So wurden zunächst drei Professuren im Bereich Kriminalistik mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten an der HPol ausgeschrieben. Das erste Berufungsverfahren ist bereits abgeschlossen, das zweite in vollem Gange und ein drittes wird aktuell vorbereitet.

Daneben werden auch erfahrene Experten aus der kriminalpolizeilichen Praxis und aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft im neuen Studiengang zum Einsatz kommen.

Natürlich wird auch – insbesondere im Hinblick auf die Modulkonkordinierung – auf das erfahrene Stammpersonal der HPol zurückgegriffen.

Im neuen Studiengang spielen auch die Einführung und Ausweitung mediengestützter Lehr- und Lernformen eine große Rolle. Als Beispiel sei hier das sog. „Blended-Learning“ genannt. Hierbei handelt es sich um eine Lernform, die die Vorteile von Präsenzveranstaltungen mit denen des „E-Learnings“ kombiniert.

Die notwendige Aufrüstung im Bereich IT-Infrastruktur wurde durch Freigabe entsprechender Mittel im Landeshaushalt ermöglicht.

IT-Experten des Zentraldienstes sowie des Zentralen IT-Dienstleiters arbeiten nun mit Hochdruck an der Umsetzung.

Zum Stand des Auswahlverfahrens lässt sich sagen, dass momentan die eingegangenen Bewerbungen für den Studiengang gesichtet werden. Bewerberinnen und Bewerber, die alle Zugangsvoraussetzungen erfüllen, müssen sich zunächst einer computerbasierten Studienerfolgseinschätzung stellen. Hierbei handelt es sich um ein von erfahre-

nen Psychologinnen und Psychologen entwickeltes Testverfahren, welches einerseits die kognitiven Fähigkeiten überprüft und andererseits Rückschlüsse auf die Persönlichkeit zulässt. Die Auswahlkommission berücksichtigt das Testergebnis im anschließenden Auswahlverfahren bei ihrer Auswahlentscheidung.

Die im ersten Studienjahrgang zu vergebenden Studienplätze werden sich letztlich auf Bewerberinnen und Bewerber des Polizeipräsidiums, der Hochschule der Polizei und der Bundespolizei verteilen.

Ein großer Schritt in Richtung einer erfolgreichen Akkreditierung des Masterstudiengangs wurde am 2. und 3. März 2020 mit einem Besuch der Gutachtergruppe auf dem Campus der Hochschule der Polizei gemacht.

An beiden Tagen fand eine Prüfung auf Herz und Nieren u.a. zu den Zugangsvoraussetzungen, zum Modulhandbuch und Prüfungsrecht, Internationalität, Forschungsvorhaben, Hochschulentwicklung oder ganz praktischen Fragen wie Unterrichtsausfall, Campusleben und personellen Ressourcen statt.

Die fünfköpfige Gutachtergruppe der Akkreditierungsagentur erstellt nun auf Basis des Selbstberichtes der Hochschule und der geführten Gespräche ein Gutachten, in welchem u.a. geprüft wird, ob die formalen und fachlichen Voraussetzungen für die Durchführung des Studiengangs und die Verleihung des Mastergrades erfüllt sind.

Nach einem ersten positiven Feedback der Gutachtergruppe fand Präsident Rainer Grieger abschließend die passenden Worte: „Die Gutachterinnen und Gutachter haben uns wertvolle Hinweise gegeben, die wir in die weitere Planung des Studiengangs aufnehmen werden. Es gilt jetzt, die Zeit bis zum Studienbeginn zu nutzen, um die Voraussetzungen für einen optimalen Start zu schaffen.“

**Timm Schindler, HPol BB**

Kommunale Kriminalprävention

# Von der Sturm- und Drang- zur Konsolidierungsphase



Die kommunale Kriminalprävention ist die Basis der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention. Der Landespräventionsrat Brandenburg (LPR) hat es sich zur Aufgabe gemacht, Verantwortungsträger in den Kommunen zu ermuntern, kommunale Präventionsgremien zu gründen, inaktive wieder zu beleben oder vorhandene zu stärken bzw. weiter aktiv zu nutzen.

Am 20. Februar 2020 rief der Beirat des LPR unter Vorsitz des Innenministers das „Vernetzungsgremium Kriminalprävention vor Ort“ formal ins Leben gerufen werden. Hiermit bietet der LPR allen bestehenden kommunalen Präventionsgremien und daran Interessierten ein auf Kontinuität ausgerichtetes Forum, um sich zu vernetzen und Projektideen auszutauschen.

Eine zentrale Aufgabe des Staates besteht darin, für ein ungefährdetes Zusammenleben der Bürgerinnen und Bürger zu sorgen. Nach klassischem Verständnis wird diese Aufgabe in erster Linie und originär durch Polizei und Justiz wahrgenommen.<sup>1</sup> Seit Anfang der 1990er Jahre jedoch hat sich ein Perspektivwechsel vollzogen, der auch viele andere „zivile“ Akteure in die Aufgabe einbezieht, die Sicherheit vor Ort, in den Städten und Gemeinden zu verbessern.

Zum einen hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass es sinnvoller erscheint, Kriminalität gar nicht erst entstehen zu lassen, als sie später bekämpfen zu müssen. Unter dem Schlagwort „Vorbeugen ist besser als heilen“ hat der Gedanke der Vorbeugung von Kriminalität einen deutlich höheren Stellenwert erhalten. Zudem rückte mit der Kommune ein örtlicher Bezugsrahmen in den Blick, in dem möglichst alle berührten Institutionen, Organisationen und Personen in einem „gesamtgesellschaftlichen“ Ansatz gemeinsam an der Vorbeugung von Kriminalität mitwirken sollen. Dies führte zur Entwicklung des Konzepts kommunaler Kriminalprävention, dessen wesentliche Idee darin besteht, in einer Gemeinde gemeinschaftlich für ein lebenswertes Umfeld zu sorgen und damit Kriminalität vorzubeugen.<sup>2</sup> Allgemeine Ziele der Kriminalprävention sind die Verhinderung von Kriminalität sowie eine Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung.

Neu am Konzept der kommunalen Kriminalprävention waren<sup>3</sup>,

- der Gedanke einer ressortüber-

- greifenden Zusammenarbeit eines möglichst breiten Spektrums von Akteuren und Institutionen in einer Gemeinde,
- die Zusammenarbeit in eigens dazu eingerichteten Gremien, deren
- Ziel unter anderem darin besteht, die Präventionsarbeit dauerhaft und systematisch zu betreiben,
- die Beteiligung der Bürger an der Vorbeugung und
- die Orientierung der Beteiligten an gemeinsam erarbeiteten Problembeschreibungen und Ursachenanalysen.

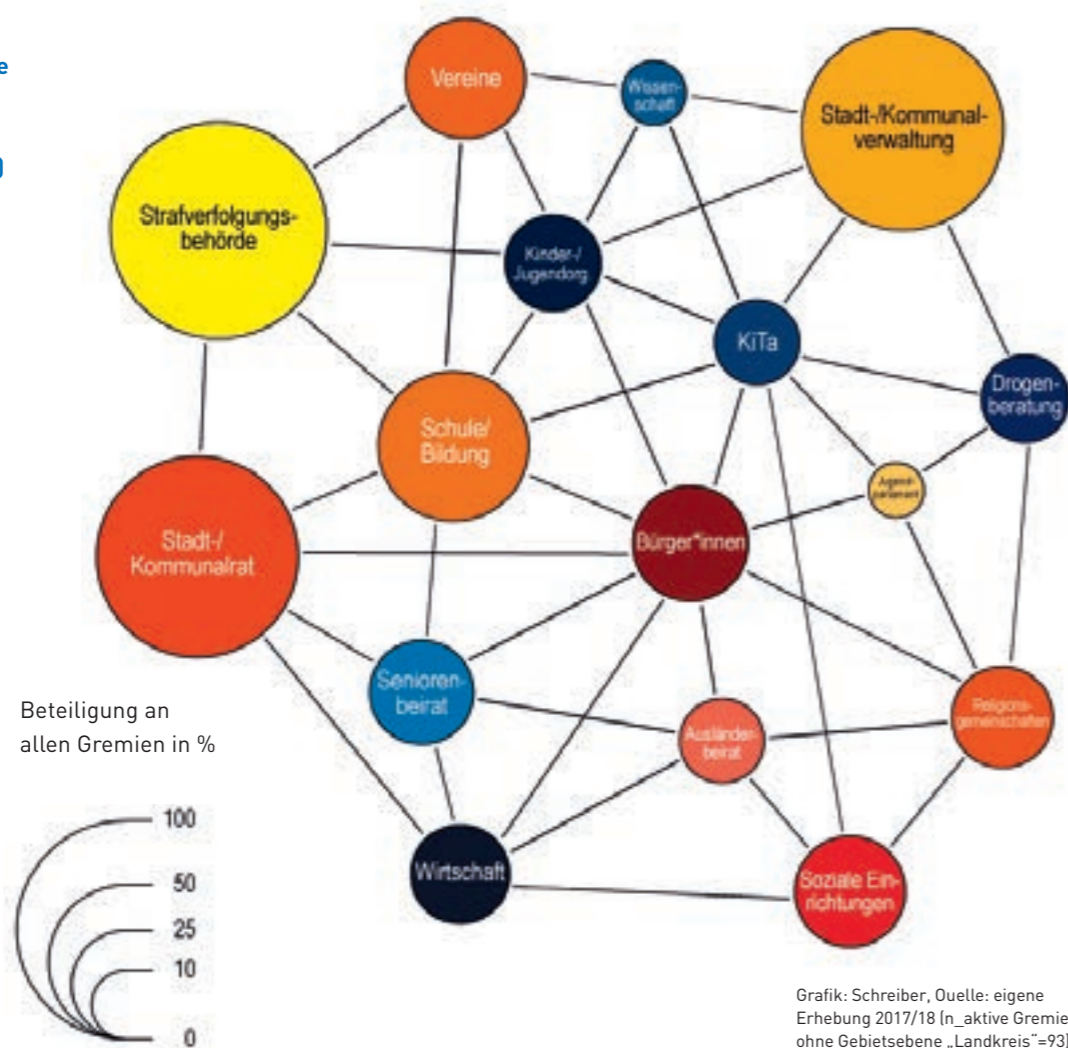
Was in einer Kommune als Problem angesehen wird – beispielsweise eine Einbruchserie, herumlungende Jugendliche, ein Korruptionsfall in der Stadtverwaltung, Angsträume in Parks und Tiefgaragen oder Mobbing an Schulen – hängt von der jeweiligen Perspektive ab. Die Ansichten über die drängendsten Probleme vor Ort sind zum Beispiel bei Mitarbeitern der Sucht- und Drogenberatungsstelle, des Ordnungsamtes, der Polizei, freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe, der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, bei den Bürgerinnen und Bürgern, in der Politik oder in der Wohnungslosenhilfe

Abb. 1  
Kriminalpräventive Gremien in Deutschland (Schreiber 2019)



Grafik: Schreiber 2018, Daten: Online-Umfrage zur Kommunalen Kriminalitätsprävention 2018, Pädagogische Hochschule Freiburg, Kartengrundlage: ESRI Data & Maps, 2001, BBSR, 2018

Abb. 2  
Zentrale Akteure  
lokaler Präventionsgremien  
[Schreiber 2019]



möglicherweise ganz unterschiedliche. Im Rahmen der kommunalen Prävention soll daher zunächst gemeinsam festgestellt werden, was zumindest von einer Mehrheit der Beteiligten als vorrangig verbesserungswürdig angesehen wird. Wenn eine gemeinsame Problemwahrnehmung hergestellt wird – so die Idee – können auch viele Beteiligte motiviert werden, im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Lösung der Probleme mitzuwirken.

Kommunale Kriminalprävention wurde und wird also von der Zielvorstellung getragen, dass die Einzelmaßnahmen eine größere Breitenwirkung erzielen, sich deren Effizienz und Effektivität erhöhen wenn sich die relevanten Akteure an einen Tisch setzen. Laufende und geplante Maßnahmen sollen koordiniert, akteursbezogenes Fachwissen ausgetauscht, Präventionsbedarfe erkannt und bedarfsorientierte Konzepte umgesetzt werden.

Seit das erste kommunale Präventionsgremium in Deutschland seine Arbeit aufnahm, sind nun mehr als 25 Jahre vergangen. Seither engagieren sich Fachleute aus Polizeibehörden und Kommunalverwaltungen, Verbänden und Vereinen sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger in solchen sehr unterschiedlich ausgestalteten und besetzten Gremien für eine kommunal verankerte, multiperspektivisch angelegte und nachhaltig wirkende Kriminalprävention.

Im Hinblick auf die Kommunale Kriminalprävention beschränken sich neu entstandene kooperative Strukturen im Wesentlichen auf zwei institutionelle Formen: Einerseits die Zusammenarbeit professioneller Sicherheitsakteure auf gesamtstädtischer Ebene bzw. bisweilen auch in einzelnen Stadtteilen, die sich gegebenenfalls anlass- und themenbezogen in spezialisierte Ein-

zelsarbeitskreise aufteilen. Andererseits entstanden Projektformen, die explizit auf eine Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in die Sicherheitsgewährleistung zielten, so zum Beispiel die so genannten Bürgerwachen sowie Sicherheitspartnerschaften in unterschiedlichen Bundesländern.<sup>4</sup> Als stabil erwiesen sich letztlich jedoch vor allem die stadtweiten Gremienstrukturen, über deren Verbreitungsgrad und Implementationsstand nur wenige aktuellen Studien verfügbar sind.

Zuletzt hat Schreiber 2019<sup>5</sup> eine bundesweite Bestandsaufnahme über die Zahl der aktiven Präventionsgremien, deren Arbeit und Zusammensetzung durchgeführt. Sie konnte knapp 600 kriminalpräventive Gremien in Deutschland ermitteln und kommt zu dem Ergebnis, dass deren Anzahl um 40% im Vergleich zu 2007 zurückgegangen sei (vgl. Abbildung 1). Ein Großteil der ermittelten Gremien ist in Kommu-

nen ab 10.000 Einwohner, in mittleren oder größeren Städten demnach, aktiv.

Neben der Anzahl und Verteilung dieser Gremien in Deutschland war ein weiterer Untersuchungsschwerpunkt auf deren Zusammensetzung gerichtet. Dabei zeigte sich, dass kommunale Präventionsgremien nach wie vor höchst unterschiedlich organisiert sind. Erwartungsgemäß sind Stadt- oder Kommunalräte, Strafverfolgungsbehörden sowie die Kommunalverwaltungen besonders häufig in diesen Gremien vertreten (vgl. Abbildung 2). Etwa ein Drittel der Zusammenschlüsse (zumeist in größeren Kommunen) verfügt über eine zweigliedrige Struktur, bestehend aus einem Lenkungsgremium und untergeordneten Arbeitskreisen oder Stadtteilgremien. Solche mehrstufig strukturierten Gremien weisen in der Regel einen höheren Professionalisierungsgrad auf. Ihnen steht mehr Personal für eine hauptamtliche Geschäftsführung zur Verfügung, sie können auf ein größeres Budget zurückgreifen und ihrer Arbeit liegt häufiger ein schriftliches Konzept zugrunde.

Kommunale Präventionsgremien konzentrieren sich zumeist auf Sicherheits-, Kriminalitäts- und Ordnungsphänomene im öffentlichen Raum sowie auf Zielgruppen, die für diese Phänomenbereiche als gefährlich oder gefährdet angesehen werden (vgl. Abbildung 3). Gewalt, Vandalismus, Störungen der öffentlichen Ordnung sowie Sucht/Drogen sind somit die vorherrschenden Themenfelder. Adressiert werden insbesondere Jugendliche, Suchtkranke, Obdachlose und – für das ebenfalls häufig thematisierte Feld der häuslichen Gewalt – Frauen. Eine dritte Perspektive zur Themenfindung richtet sich auf den Raum, also z. B. besondere Verkehrsbereiche (z. B. Bahnhof), Fußgängerzonen oder sogenannte Angsträume<sup>6</sup>. Als Gründe für ihre Auflösung nennen ehemalige Gremienmitglieder fehlende personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen, Umstrukturierungen (vor allem in Folge von Wahlen), die Überführung in ande-

re Organisationsformen sowie auch die Erledigung von Problemstellungen<sup>7</sup>. Auf Grundlage dieser Untersuchungsergebnisse lässt sich zusammenfassend ein ambivalentes Bild zeichnen. Auf der einen Seite scheint die Sturm- und Drangphase der bundesweiten Gremiengründungen in den späten 1990er Jahre beendet. Zugleich weisen viele der bestehenden Gremien – insbesondere in größeren Kommunen – einen hohen Professionalisierungsgrad auf. Sie haben sich in den letzten Jahren konsolidiert, arbeitsfähige Kooperationsstrukturen ausgebildet und verfügen über eine ausreichende Ressourcenausstattung.

Ergänzend zu diesen bundesweiten Befunden liegt für das Bundesland Brandenburg ebenfalls eine der wenigen Studien über die Verteilung und den Aktivitätsgrad kommunaler Präventionsgremien vor. Auch in Brandenburg wird seit 1992 mit dem Konzept der „Kommunale Kriminalitätsverhütung“ (KKV) gearbeitet, das unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit vorsieht. Als typische Organisationsmodelle haben sich neben Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften die sogenannten KKV-Kommissionen etabliert<sup>8</sup>. Innerhalb dieser Kommissionen befassen sich insbesondere Polizei und Akteure der Verwaltung mit wechselnden Problemstellungen, wobei die themenbezogene Mitarbeit von weiteren gesellschaftlichen wie auch staatlichen Akteuren vorgesehen ist. In ihrer Bestandsaufnahme kommt Dzierzon zu dem Ergebnis, dass von den 72 in 2015 dem Innenministerium gemeldeten Kommissionen knapp über die Hälfte der Gremien nicht mehr aktiv gewesen ist. Ein Großteil dieser „eingeschlafenen“ Gremien befand sich in Städten und Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern. Als Gründe für die Einstellung der Aktivitäten werden, ähnlich wie in der Untersuchung von Schreiber, u.a. kommunale Führungswechsel, das Ausscheiden zentraler Gremienmitglieder, Struktur- und Personalveränderungen bei der Polizei sowie der Wegfall ursprünglich bestehen-

der Problemlagen ermittelt. Bei den aktiven Gremien bestand zum Zeitpunkt der Erhebung auch kein einheitliches Modell der Ausgestaltung, doch dominierten in Brandenburg als Flächenland „schlanke“ Formen der Zusammenarbeit. Resümierend kommt die Autorin zu dem Schluss, Erfolg versprechende Kriminalprävention setze eine grundsätzliche Bereitschaft zur gemeinsamen Präventionsarbeit voraus, die an der Basis ansetze und die örtlichen Probleme einbeziehen müsse<sup>9</sup>.

Dieser Befund deckt sich mit Ergebnissen der qualitativen Forschung, solchen Untersuchungen also, die stärker in die Tiefe gehend, einzelne Gremien in den Blick genommen haben. Auf der Grundlage der bisherigen empirischen Befunde zu Kooperationsbeziehungen in kommunalen Präventionsgremien lassen sich empirisch und theoretisch belastbare Gelingensbedingungen und Gestaltungsfaktoren formulieren<sup>10</sup>.

Besondere Wirkung entfaltet die Kommunale Kriminalprävention dann, wenn die Identifizierung der Themen und Handlungsfelder auf der Grundlage von konkreten Daten, qualitativen Lagebildern und Situationsanalysen erfolgt, um gemeinsame Handlungsbedarfe zu klären. Diese Analysen finden jedoch häufig nicht oder nur unzureichend statt, was die Klärung der Präventionsziele und die Abstimmung des Präventionskonzepts, bei zusätzlich häufig voneinander abweichenden Präventionsverständnissen der in den Gremien beteiligten Professionen, erschwert. Kooperation kann, insbesondere nachhaltig, nur dann gelingen, wenn sich die beteiligten Partner untereinander über Problemdiagnosen verständigen und Lösungsansätze ins Auge fassen, die sich anschließend auf ihre jeweiligen Wirkungen hin untersuchen lassen<sup>11</sup>.

Durchaus bewährt hat sich in Städten einer bestimmten Größenordnung die Organisation mit einem Leitungs- oder Koordinationskreis, in dem höherrangige Verantwortliche zusammenkommen,

um Grundsatzentscheidungen zu fällen, Anweisungen in ihre Organisationen zu geben sowie Ressourcenentscheidungen zu treffen. Diesem zugeordnet sind dann mehrere Arbeitskreise, die interinstitutionell arbeitend und auch Anspruchs- und Leistungsvereinigungen einbeziehend, auf der operativen Fachebene Konzepte entwickeln und Handlungen abstimmen. Bedeutsam ist die strukturierte Kopplung beider Ebenen.

Stabilität und Nachhaltigkeit entfalten kommunale Präventionsgremien, in denen die Akteurszusammensetzung planvoll auf die zu behandelnde Thematik ausgerichtet wird. Die Auswahl erfolgt dann nicht auf der Grundlage persönlicher Netzwerke oder gar Sympathien von Organisationsrepräsentanten, sondern auf der systematischen Analyse der zu lösenden Probleme. Formelle Zuständigkeiten, direkte und mittelbare Betrof-

fenheiten, benötigtes Fachwissen, praktische Kompetenzen, Zielgruppenzugang und Ressourcenverantwortung sind wichtige Prüfpunkte für die Auswahl von Gremienpartnern.

Die Arbeitsbündnisse leben nicht zuletzt von der gegenseitigen fachlichen Anerkennung der teilnehmenden Expertinnen und Experten. Eine wesentliche Voraussetzung für die gegenseitige fachliche Wertschätzung der Akteure sind Kenntnisse über Handlungsgrundlagen der Partner, fachliche oder juristische Restriktionen sowie die Handlungslogiken der beteiligten Professionen mit ihren jeweiligen Wirkungen auf die gemeinsame Arbeit<sup>12</sup>.

Erfolgreich ist Kommunale Kriminalprävention, wenn es – aus Sicht der Beteiligten – gelingt, durch Kooperation und Zusammenarbeit einen Mehrwert zu schaffen, der Nutzen für alle Beteiligten ersichtlich wird, die Kooperation auf geklärten Präventionsverständnissen und

geteilten Zielsetzungen beruht sowie konkrete Problemstellungen vor Ort berücksichtigt.

In den letzten Jahren sind in mehreren Bundesländern Initiativen gestartet worden, um die kommunale Prävention unter Berücksichtigung dieser empirischen Erkenntnisse weiter zu entwickeln und zu fördern. Beispielhaft seien die Projekte KOMPASS (Kommunal Programm Sicherheitsiegel) des Landes Hessen sowie ASSKomm (Allianz Sichere Sächsische Kommunen) kurz porträtiert.

Ausgangspunkt des Projektes KOMASS (<https://innen.hessen.de/sicherheit/kompass>) ist eine in vielen Kommunen vorherrschende Diskrepanz zwischen einer sinkenden festgestellten Kriminalitätsbelastung und einem zugleich steigenden Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung. Durch eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Bevölkerung, Polizei und Kommune soll dem entgegengewirkt werden. Basis

für das konkrete Vorgehen bildet in allen beteiligten Kommunen eine Erhebung der spezifischen kommunalen Sicherheitsbedürfnisse unter Einbeziehung der Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger. Auf Grundlage dieser Bestandaufnahme sowie der Ermittlung vorhandener Präventionsmaßnahmen werden mit Unterstützung polizeilicher KOMPASS-Berater passgenaue Problemlösungsansätze zwischen den Beteiligten vor Ort entwickelt. Sofern bestimmte prozessorientierte (Problem- und Durchführungsanalyse, Durchführung von Sicherheitskonferenzen etc.) und inhaltliche (Existenz eines funktionierenden Präventionsrates oder eine aktive Beteiligung auf Kreisebene, mindestens drei Präventionsmaßnahmen in der Umsetzung oder bereits umgesetzt) Voraussetzungen erfüllt, kann den Kommunen ein Sicherheitsiegel durch den Hessischen Minister des Innern und für Sport verliehen werden.

Seit einem Jahr wird in Sachsen im Rahmen der Landesstrategie „Allianz Sichere Sächsische Kommunen“ (ASSKomm) (<https://www.asskomm.sachsen.de/index.html>) die strukturierte und systematische Etablierung kommunaler Präventionsgremien gefördert. Basierend auf wissenschaftlichen und praktischen Erkenntnissen werden Kommunen beim Aufbau eines wirksamen Präventionsnetzwerkes unterstützt. Bestandteile einer nachhaltigen Präventionsstrategie sind auch hier die Durchführung von Sicherheitsanalysen zur Ermittlung der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung sowie der gefühlten Sicherheit, die Beteiligung der Bevölkerung in Form von Quartiersbegehungen und -diskussionen, die Entwicklung einer abgestimmten Präventionsstrategie unter Berücksichtigung vorhandener Ressourcen und Rahmenbedingungen sowie die Überprüfung, ob avisierte Ziele erreicht wurden. Unterstüt-

zung durch den Landespräventionsrat Sachsen erfahren die Kommunen in Form von Fördermitteln, durch Angebote der themenbezogenen Aus- und Fortbildung, bei der Durchführung einer Sicherheitsanalyse sowie durch ein begleitendes Coaching beim Aufbau von Präventionsstrukturen.

Nach einer Sturm- und Drangphase in den 1990er Jahren und einer sich anschließenden Periode der Ernüchterung finden sich damit aktuell Anzeichen für eine Konsolidierung des Konzeptes der Kommunalen Kriminalprävention. Praktische Erfahrungen und wissenschaftliche Erkenntnisse werden nutzbar gemacht, um zielgerichtete, abgestimmte und nachhaltige Formen kommunaler Prävention zu etablieren.

1 Heinz, W. (2004): Kommunale Kriminalprävention aus wissenschaftlicher Sicht. In: Kerner, H.-J.; Marks, E. (Hrsg.): Internetdokumentation Deutscher Präventionstag. Hannover.  
 2 Vgl. Feltes, T. (2004): Gemeinschaftliche statt kommunale Kriminalprävention: Ein neuer Weg? In: Die Kriminalprävention 1/2004, S. 12.  
 3 Vgl. Schwind, H.-D. (2007): Kriminologie, Eine praxisorientierte Einführung mit Beispielen, 17., neubearbeitete und erweiterte Auflage, Heidelberg, S. 361.  
 4 Vgl. Wurtzbacher, J. (2004): Sicherheit durch Gemeinschaft? Bürgerschaftliches Engagement für öffentliche Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich sowie Wurtzbacher, J. (2008): Urbane Sicherheit und Partizipation. Stellenwert und Funktion bürgerschaftlicher Beteiligung an kommunaler Kriminalprävention. Wiesbaden.  
 5 Schreiber, V. (2019): Kommunale Kriminalprävention in Deutschland – Fortschreibung einer Bestandaufnahme 2017, Forschungsberichte des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention Nr. 1 2019, Bonn. Kober, M., Frevel, B., van den Brink, H. & Wurtzbacher, J. (2018): Evidenz in der Kommunalen Kriminalprävention. In: M. Walsh, B. Pniewski, M. Kober & A. Armbrorst (Hrsg.), Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis. Wiesbaden.  
 7 Schreiber, V. (2019). a.a.O. S. 33.  
 8 Dzierzon, M. (2016): Kommunale Kriminalprävention in Theorie und Praxis. Eine Bestandaufnahme am Beispiel des Landes Brandenburg. In: forum kriminalprävention 2016 (3). 9 Dies., S. 8.  
 10 Vgl. Frevel, B. (Hrsg.) (2007). Kooperative Sicherheitspolitik in Mittelstädten. Studien zu Ordnungspartnerschaften und Kriminalpräventiven Räten. Frankfurt am Main sowie Frevel, B. (Hrsg.) (2012). Handlungsfelder lokaler Sicherheitspolitik. Netzwerke, Politikgestaltung und Perspektiven. Frankfurt am Main.  
 11 Vgl. Fritze, A., & Uebelhart, B. (2015). Wirkungsorientierung in der Kooperation. In: U. Merten & U. Kaegi (Hrsg.) Kooperation kompakt – Professionelle Kooperation als Strukturmerkmal und Handlungsprinzip der Sozialen Arbeit. Opladen, S. 122.  
 12 Frevel, B. (2012). a.a.O. S. 339.

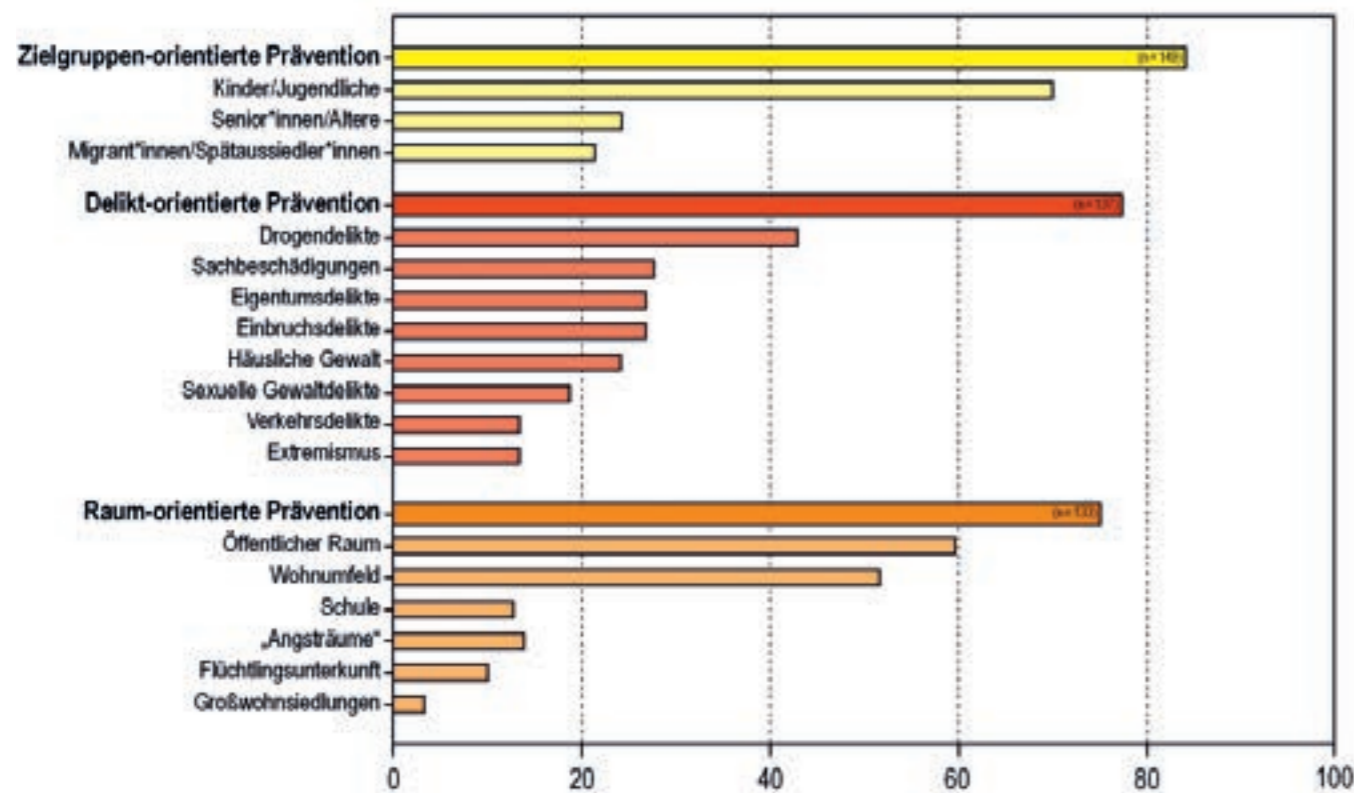


Abb. 3 Bereiche und Handlungsfelder lokaler Präventionsarbeit (Schreiber 2019)

Beteiligung an allen Gremien in %

Grafik: Schreiber, Quelle: eigene Erhebung 2017/18 (n=177)

## Marcus Kober

Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK)



Das Nationale Zentrum Kriminalprävention (NZK) ist ein wissenschaftlicher Fachdienst für Kriminalpolitik und Kriminalprävention. Es macht wissenschaftliche Befunde über die Wirksamkeit von kriminalpräventiven Maßnahmen für Politik & Praxis anschlussfähig. Das NZK wurde 2016 auf Empfehlung der unabhängigen Arbeitsgruppe „Kriminalität und Sicherheit im Expertendialog der Bundeskanzlerin gegründet und befindet sich derzeit in der Aufbauphase. Organisatorisch und räumlich ist die Einrichtung derzeit an die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) angegliedert. Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat fördert das NZK. Seinem interdisziplinären Team stehen ein Fachbeirat und eine Steuerungsgruppe mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Praxis zur Seite.



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages

Zugriffsübung bei Nacht



# DAS DREHBUCH SCHREIBT DIE ZIELPERSON

DAS MOBILE  
EINSATZKOMMANDO  
DER POLIZEI  
BRANDENBURG

# MEK

**S**chlichtes Warten empfinden viele Menschen als echte Belastung. Nur wie geht man damit um, wenn warten zum Berufsalltag gehört?

**Es ist 21:30 Uhr** und es regnet. Reifen quietschen, es folgen Schreie, verummte Personen stürmen auf die blaue Passat-Limousine zu: „Polizei – keine Bewegung.“ Die Verummten reißen kurz nach ihrer Ansage die Fahrertür auf. „Die Hände aufs Armaturenbrett, sofort“, schreit ein Beamter den Fahrer an. In diesem Moment knallt es. Ein Schuss wurde abgegeben. „Zweite Person hat eine Waffe und auf Kollegen gezielt“, gibt eine Polizistin ihren Kollegen durch und reißt die Beifahrertür auf. Fast synchron ziehen die Beamten Fahrer und Beifahrer aus der Limousine. Weitere Männer umstellen das Fahrzeug und sichern die Waffe. „Fahrer gefesselt“, meldet ein Beamter. „Beifahrer gefesselt“ ruft ein Anderer. Beide Insassen liegen nun mit den Händen auf den Rücken fixiert auf dem nassen Boden. „Break, break, break“ sagt ein groß gewachsener Mann und beendet die Übung. Dass es nur eine Übung war, konnte man auf den ersten Blick allenfalls an den Pistolen der Beamten sehen. Mit den sogenannten Blauwaffen können die Mitglieder des Mobil Einsatzkommandos (MEK) gefahrlos trainieren und auch Szenarien durchspielen, in denen sie gezwungen sind, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen. Wären die Blauwaffen nicht gewesen hätte es sich durchaus auch um einen realen Zugriff handeln können. „Wir versuchen, so realitätsnah wie möglich zu trainieren. Nur so sind wir

In der Lageeinweisung, Waffen sind noch nicht getauscht

bestmöglich auf den Ernstfall vorbereitet“, sagte Michael Mauer\*, der in dieser Übung schießen musste. Zum Schutz ihrer Identität arbeiten die Frauen und Männer des MEK in der Öffentlichkeit mit Aliasnamen. Auch Zugriffe erfolgen nur mit Sturmhaube oder wie es im offiziellen Sprachgebrauch heißt – Identenschutz.

## NICHT AUFFALLEN IST DAS ZIEL

**Szenenwechsel.** Ohne Identschutz stehen Jasmin Wagner und Maximilian Lenz mit ihrem weißen Dacia an einem Freitagabend auf einem Parkplatz in der brandenburgischen Provinz. Dieses Mal ist es keine Übung. Dieses Mal ist es die Observation eines Betäubungsmittelhändlers. Schon der Einsatz der Spezialisten zeigt, hier handelt es sich nicht um einen kleinen Dealer. Seit Monaten ist er schon im Visier der Ermittler der Kriminalpolizei und seit einiger Zeit auf der Beobachtungsliste des MEK. „Die Sachbearbeitung kam vor ein paar Wochen auf uns zu und bat uns um Unterstützung“, sagt Wagner. Mit Sachbearbeitung meint die junge Polizistin in diesem Verfahren die Kriminalpolizei der Polizeidirektion West. Im Kommissariat Strukturkriminalität werden u. a. große Betäubungsmitteldelikte bearbeitet und wenn ab einem gewissen Punkt die Ermittler weitere Erkenntnisse zu ihrem Tatverdächtigen benötigen, ist es keine Seltenheit, dass sie das MEK um Unterstützung bitten. „Wir arbeiten nicht zum Selbstzweck. Wir sehen uns als Dienstleis-



Koordinierung der Kräfte



ter für die Sachbearbeitung“, sagt Wagner, „und eine weitere Säule im Ermittlungsverfahren.“ Was Wagner damit meint zeigt sich, als sie über die Zielperson spricht: „Die ZP arbeitet extrem konspirativ und ist viel mit dem Auto unterwegs.“ Bei solchen Bewegungs- und Handlungsmustern kann selbst moderne Technik die Menschen nicht ersetzen. Ganz klassisch heißt es: beobachten und warten. Schließlich will man die Person nicht nur mit Kleinstmengen verhaften, sondern an das Lager und eventuelle Hintermänner ran. „Entscheidend ist, dass wir bei unserer Arbeit nicht erkannt werden. Das ist in diesem Verfahren und in jedem anderen so“, sagt Lenz. Auf die Frage wie viele Kollegen sich gerade noch im Einsatz befinden, drucksen beide ein wenig herum: „Der ZP angepasst haben wir die Kräfte vorgeplant und jetzt verschiedene Stellen verpostet.“

Eine Stunde später heißt es für Wagner und Lenz immer noch auf eine Übergabe warten. Die Zielperson, die nicht weiß, dass sie im Visier der Ermittler ist, geht ihrem normalen Alltag nach. Heute heißt das – ins Fitnessstudio gehen. „Ich glaube nicht, dass ZP heute noch irgendwas macht“, sagt Lenz zu Wagner. Sie nickt zustimmend: „Ja, ich glaube auch nicht.“ Außer zu joggen, hatte ihr „Beobachtungsobjekt“ an diesem Tag nicht viel unternommen. So ruhig wie es heute war, war es die letzten Wochenenden nicht. „Da ging es früh los und wir haben richtig Kilometer geschrubbt“, sagt Wagner, „allein letzten Samstag kamen wir auf gut 800 km. Wir kamen bei der Observation durch drei Bundesländer und übernachteten spontan auswärtig.“

## BEWÄHRTE TECHNIK MIT NEUEN MÖGLICHKEITEN

**Diese Art von Arbeit** ist im Grunde seit Jahren gleich. Verändert haben sich aber die technischen Möglichkeiten. Vor Jahren schlepten die Beamten dicke Atlanten und Akten mit in den Einsatz, damit sie unterwegs wichtige Details nachlesen oder die Unterlagen ergänzen konnten. Heutzutage haben sie neben ihren Smartphones noch Tablets und Laptops dabei. Jeder Kollege, der mit im Einsatz ist, hat sofort den gleichen Informationsstand. Das erleichtert nicht nur ihre Arbeit. Auch die Sachbearbeitung, die die Einsätze immer begleitet, kann die Daten gleich weiterverwenden. Dabei ist es egal, ob das MEK für die Kripo in den Direktionen, für das Brandenburger LKA oder Kripo-Dienststellen anderer Bundesländer unterwegs ist.

Zeit im Auto zu verbringen ist deshalb für das MEK nichts Ungewöhnliches. Gerade in der Betäubungsmittelkriminalität muss ein Händler für seine Abnehmer die Drogen in großer Menge beschaffen und transportieren. Dazu muss nicht nur der Händler, sondern auch die Polizei für die Beobachtung hoch mobil sein. Bei Observationen in der Organisierten Kriminalität blieb es in den letzten Jahren jedoch nicht. Immer mehr Gefährder mussten in den vergangenen Jahren beobachtet werden. Brandenburg hat im Vergleich zu anderen Bundesländern zwar einen sehr geringen Anteil, aber als Transitland spielen relevante Personen anderer Länder wenigstens bei

der Durchreise eine Rolle. Entweder übernehmen die Brandenburger eine Zielperson von anderen Spezialeinheiten komplett oder sie unterstützen sie bei der Durchreise. Dabei spielt der Grundsatz „Observation durch MEK, Zugriff durch SEK“ eine wichtige Rolle. Geplante Zugriffe werden fast immer vom Spezialeinsatzkommando durchgeführt. Allerdings trainieren die Beamten des MEK auch das in allen möglichen Varianten – denn nicht immer stehen die Kollegen des SEK zur Verfügung oder es kommt zu einem Notzugriff. Egal unter welchen Voraussetzungen oder wer die Zugriffe aus Fahrzeugen, in Wohnungen oder in der Öffentlichkeit durchführt, sie müssen schnell, präzise und bestmöglich ohne Verletzte ablaufen. Deshalb gehört körperliche und geistige Fitness zu den Grundanforderungen eines jeden MEK-Beamten. Das wird auch regelmäßig in Leistungstests überprüft.

Es ist nicht nur die sportliche Fitness die zählt. Soziale Kompetenz und Empathie sind entscheidende Kriterien im Auswahlverfahren. Die Eigenschaften sind für das Teamgefüge wichtig. Doch auch für ihre Legendierungen ist es wichtig, sich in verschiedene Rollen einleben und anpassen zu können. Bei der Bundeswehr nennt man diesen Grundsatz „Tarnen & Täuschen“. Das kann grundsätzlich eins zu eins für das MEK übernommen werden. Doch das Aufgabenfeld hat sich in den letzten Jahren stetig erweitert. Terroranschläge, politische Gefährder oder die waffentechnische Aufrüstung in der or-

Nachtfahrt im Havelland



## Zugriffsübung



ganisierten Kriminalität haben die Ausbildung stark beeinflusst. Zwar trainierten die Beamten des MEK früher auch schon intensiv im Zweikampf und Schießen. Nur reicht das heutzutage nicht mehr aus. Die Ausbildung in der taktischen Einsatzmedizin und das Vorgehen gegen bewaffnete Straftäter, ähnlich wie beim SEK, sind mittlerweile Standard. Daneben spezialisieren sich Beamte in den Gruppen, wie auch beim SEK, in Spezialthemen. Seien es die Ausbildung zum Rettungssanitäter, Fortbildung in technischen Bereichen oder zum hochspezialisierten Taktiktrainer, all das zeigt die Bandbreite in der die Frauen und Männer im MEK arbeiten. Obwohl es viele Überschneidungen zwischen dem SEK und dem MEK gibt, beide Spezialbereiche sind notwendig. Mit dem extrem hohen Ausbildungsstand und der Professiona-

lität mit der das SEK Gefahrenlagen bewältigt, kann das MEK nicht mithalten. Umgekehrt wird das SEK bei Observationen den Leistungsstandard nicht erreichen.

## NEUER TAG, NEUES GLÜCK?

**Der Samstagsdienst begann**, wie der Freitag aufhörte. Ruhig. Mehrere Teams haben die Wohnanschrift und weitere Kontaktadressen verpostet. „Wenn die ZP ihrem Muster treu bleibt, müsste heute eine Beschaffungsfahrt stattfinden“, sagt Lenz. Nur ob es wirklich so kommt, weiß weder er, Wagner oder die Sachbearbeitung. „Wir sind trotzdem auf alle Eventualitäten vorbereitet. Wenn es heute wirklich zu einer Beschaffungsfahrt mit Übergabe kommt, greifen wir zu“, ergänzt Ein-

satzleiter Lenz. Stunde um Stunde passierte nichts. Zwar haben sich die einzelnen Teams mit ihren Positionen abgewechselt oder neu aufgestellt, aber irgendwas ist an diesem Tag anders. Nach gut sieben Stunden warten verflieg die Ruhe als ein Team meldete: „ZP verlässt das Haus, schwarze Jacke, dunkle Hose, Tasche in der Hand, geht zum ZF.“ Wagner und Lenz hatten sich zuvor schon taktisch gut positioniert und beobachteten die Zielperson und die Kollegen, als diese an ihnen vorbeifahren. „Wir ebenfalls hinterher“, funkt Lenz seinen Kollegen durch. Die Vermutung, dass die Zielperson aufgrund der späten Uhrzeit nur zum Einkaufen fährt, bestätigt sich. Wenig später entscheidet der Polizeiführer, nachdem er sich mit dem Verbindungsbeamten des MEK beraten hatte, dass für heute Schluss sei. Die

Wahrscheinlichkeit einer Übergabe sank mit jeder Stunde, denn nach mehr als einem Jahr Ermittlungsarbeit der Sachbearbeitung waren gewisse Handlungsmuster bei der Zielperson erkennbar. Außerdem wäre es unverantwortlich, die Einsatzkräfte weiter im Dienst zu halten. Wohlwissend, dass am nächsten Morgen die gleichen Kräfte wieder im Dienst sein werden.

Dass so wenig an diesem Tag passieren würde traf nicht bei allen Beamten des MEK auf Gegenliebe. In ihrer Tagesabschlussbesprechung diskutieren sie über das weitere Vorgehen. Leidenschaftlich debattieren sie verschiedene Varianten zum morgigen Einsatz mit ihren Vor- und Nachteilen. Jeder Beamte hat die Möglichkeit, sich hier einzubringen. Zwar sind nicht alle immer der gleichen Meinung, doch jede Ansicht wird gehört und

besprochen. Lenz lässt die Diskussion zu, auch weil er die Ansicht vertritt, dass sich die Leute manchmal „auskotzen“ und austauschen müssen. So entstehen weniger Missverständnisse und es kommt zu weniger Spannungen im Team. „Es ist wie in einer großen Familie. Klar, es kommt auch mal zu Problemen. Aber weil wir miteinander reden, vertragen wir uns auch schnell wieder und halten zusammen“, meint Lenz.

## ZUGRIFF NUR DURCH DAS SEK

**Nach dem eher mäßigen Informationsgewinn** am Samstag sind die Ermittler der Kripo und die Observanten des MEK zuversichtlich, dass die Zielperson am Sonntag wieder eine Beschaffungsfahrt unterneh-

men wird. „Auch Straftäter mögen Routine“, sagt Lenz. In dieser Hoffnung starten alle Beteiligten in den Tag. Im Gegensatz zum Samstag, scheint sich die Zielperson tatsächlich wie erwartet zu verhalten. Mittlerweile in einem Nachbarbundesland angekommen, zog man das Brandenburger SEK für den eventuellen Zugriff hinzu. Die Hinweise, dass die Zielperson erhebliche Kampfsporterfahrung hat, nicht klar ist wie sie sich bei einem Zugriff verhalten würde und ob sie bewaffnet ist, machen diese Entscheidung folgerichtig. Taktisch günstig hält sich das SEK bereit, während das MEK weiter die Zielperson beschattet. Als sie dann in ihr Auto steigt und eine altbekannte Route fährt, setzen sich die Observanten zuversichtlich in Bewegung. Und obwohl alles darauf hindeutete, an diesem Einsatztag kam es zu keinem Zugriff. Die Zielperson unternahm keine Beschaffungsfahrt oder sonstige Dinge in Bezug auf das Ermittlungsverfahren. Ähnlich wie am Vortag wird dann am Ende der Schicht der Tag noch einmal detailliert ausgewertet. Die Frage ob der Tag ein Erfolg oder Misserfolg war, kommt jedoch nicht auf. Selbst wenn es zu keiner Festnahme kam, immerhin wurden im Umfeld der Zielperson neue Kontakte festgestellt, die der Sachbearbeitung vielleicht weiterhelfen. Ob der nächste Einsatz mit einer Festnahme endet ist wieder ungewiss, denn das Drehbuch schreibt die Zielperson. **Christoph Koppe**

\*Alle Namen im Text wurden aus Identitätsschutzgründen geändert.



Geschützt vom Fahrzeug

# TRAINING FÜR HIGH-END- SZENARIEN

DAS SPEZIAL-  
EINSATZKOMMANDO  
DER POLIZEI  
BRANDENBURG

# SEK

Nach den Anschlägen am OSZ München und in Halle/Saale bereitet sich das Spezialeinsatzkommando (SEK) Brandenburgs, wie alle Kommandos in den Ländern, auf eine noch größere Vielzahl von Anschlagsszenarien in der Öffentlichkeit vor. Detailliert und präzise werden verschiedene Einsatzlagen geübt – Abläufe eines Ausbildungstages.

Am Ende der 30-minütigen Auswertung waren klare Worte gesprochen. Obwohl es nur eine Übung war, mit sachlicher Kritik sparte keiner der beteiligten Beamten des SEK. Als Außenstehender stellt man sich die Frage worüber hier so lange diskutiert wird – der Täter wurde festgenommen und keiner der Beamten verletzt. Jedoch ist es den Verantwortlichen im Brandenburger SEK egal, was Außenstehende über ihre Ausbildungsansprüche denken. Im Mittelpunkt stehen immer zwei Fragen: „Was war gut?“ und „Was müssen wir beim nächsten Mal besser machen?“. So auch an diesem regnerischen Dienstag auf dem Gelände einer Übungsanlage der Polizei. Vom zu stark frequentierten Funk bis hin zu großen Laufwegen wurden alles angesprochen. Selbst das Verhalten der Täterdarsteller, eine Gruppe des Brandenburger MEK, kam auf den Prüfstand.

Doch was wurde eigentlich trainiert? In der Übungslage sollte es zu mehr oder weniger zeitgleichen Anschlägen an verschiedenen, aber nahe beieinanderliegenden Orten kommen. „Wenn wir kommen, dann sind alle anderen polizeilichen Maßnahmen nicht mehr zielführend“, sagt Dirk Meyer\*, Kommandoführer des SEK Brandenburg. „Entsprechend müssen wir alle möglichen

Szenarien durchspielen. Jeder Fehler von uns kann fatal enden.“ Meyer meint damit nicht nur seine eigenen Beamten, sondern auch das polizeiliche Gegenüber und ergänzt: „Es ist vollkommen gleich ob wir einen Terroristen oder eine bewaffnete psychisch kranke Person vor uns haben. So lange eine Gefahr für die Allgemeinheit oder für sich selbst von der Person ausgeht, versuchen wir die Lage zu lösen – bestmöglich ohne Verletzte.“

Doch zurück zum Anfang des Tages. Im ersten Teil des Trainingszenarios schossen Täter aus einem Hochhaus wahllos auf Menschen auf der Straße. Schon auf der Anfahrt, waren sie für das SEK auf dem Balkon im zweiten Stock zu sehen. Als mehrere blaue Farbpunkte auf der Windschutzscheibe des „Survivor“, einem vollgepanzerten Gruppenfahrzeug, einschlugen, wussten die Beamten im Inneren, sie nähern sich dem Haus unter direktem Beschuss. Die Täterdarsteller vom MEK und das trainierende SEK nutzen bei Übungen Farbmunition, um das Szenario so realistisch wie möglich zu halten. Eigene Treffer und eigene Getroffene werden unmittelbar sichtbar und zeigen in jedem Training, dass es im Ernstfall anders ausgegangen wäre. Für den Einsatzleiter war im Moment des Beschusses klar, so nah wie möglich an das Haus heranfahren, Absitzen lassen und parallel die Leiter des „Survivor“ zum Balkon ausfahren. Unter Feuerschutz kletterten vier Beamte die Leiter, die eher an eine Treppe erinnert, in Richtung Balkon und drangen in die Wohnung ein. Nach nicht einmal drei Minuten kamen sie mit den Tätern, lebend, aus dem Haus. Vom Eintreffen bis zur Lageklärung vergingen keine fünf Minuten. „Schnelligkeit und das Überraschungsmoment sind das A und O bei solchen Lagen“, sagt Weber, der verantwortliche Beamte für diesen Ausbildungstag. Weber weiß wovon er redet, schließlich ist er seit mehr als zwanzig Jahren beim SEK. Seinem kritischen Blick entgeht nichts, was sich später in der Auswertung zeigen sollte. Noch während die



Annäherung an das Hochhaus

Beamten die Täter aus dem Haus bringen kam der Auftrag, eine andere Gruppe am zweiten Tatort zu unterstützen. Dort versuchten Täter in ein Gotteshaus einzudringen. Die Hochhaustäter wurden noch am Tatort an Unterstützungskräfte übergeben und wenige Augenblicke später setzte sich der „Survivor“ wieder in Bewegung.

## ERFAHRUNG BRINGT ERFOLG

Das SEK Brandenburg ist seit fast 30 Jahren in Brandenburg und bei Bedarf in ganz Deutschland unterwegs. Dabei kam es unzählige Male zum Einsatz, wovon die Öffentlichkeit nicht immer erfuhr. Das hatte zumeist einsatztaktische Grün-

de. Auch geht die Brandenburger Polizei mit ihren Spezialeinheiten und ihrem Können nicht hausieren. Wenn in einer Pressemitteilung der einfache Satz steht: „Ein Spezialeinsatzkommando kam zum Einsatz“, verrät dies kaum, was sich abspielte. In den meisten Fällen konnten sie die Einsatzlagen ohne Verletzungen bei sich oder den Tätern lösen. Lage lösen kann aber auch heißen, dass es eben nicht ohne Verletzte geht. Darauf muss sich das SEK bei seiner Ausbildung vorbereiten. Wie bei allen Polizeibeamten ist der Schusswaffengebrauch das letzte Mittel. Bis es allerdings zur ultima ratio kommt, haben sie noch andere Einsatzmittel bspw. Distanz-Elektroimpulsgeräte, die sog. Taser. Egal ob Schusswaffen-, Taser-Gebrauch oder einfacher körperlicher Zwang, nach der Lagelösung führen die im Kommando zusätzlich zum Rettungssanitäter ausgebildeten Beamten bei allen Verletzten notwendige Erste-Hilfe-Maßnahmen durch.

Schon im Training bestmöglich auf den Ernstfall vorbereitet zu sein, ist das oberste Ziel. Sei es in der eigenen Ausbildung, im Verbund mit Spezialeinheiten anderer Bundesländer oder mit dem Brandenburger MEK. Gerade die Zusammenarbeit mit den Kollegen des MEK ist keine Seltenheit. Auch gemischte Einsätze gab es schon. Der Grundsatz, wonach das MEK oberserviert und das SEK den Zugriff macht, bleibt jedoch bestehen. Das liegt schon allein am Ausbildungsstand in den verschiedenen Disziplinen und der technischen Ausstattung. Während das MEK im besten Fall verdeckt

agiert, sind Bilder von vermummten, schwer bewaffneten SEK-Beamten nach Einsätzen in den Medien keine Seltenheit. In den meisten Fällen sind das Unterstützungseinsätze für die Schutz- oder Kriminalpolizei. Seien es Zugriffe in der organisierten Kriminalität oder bei einer Hausdurchsuchung eines Waffenträgers.

Aber Anschlagsszenarien, wie zuletzt in Halle/Saale, verändern auch das Vorgehen des SEK. In einer urbanen Umgebung gegen Terroristen vorzugehen ist keine Lage mehr, die nur in Kriegsgebieten vorkommen kann. Darum nutzt das SEK bewährte Taktiken des militärischen Häuserkampfes und passt sie den polizeilichen Bedingungen an. Ein Teil davon sind neue Einsatzmittel wie verbesserte Schutz-ausstattung oder der „Survivor“, in dem sich die Beamten selbst unter Beschuss gefahrlos zum Tatort vorarbeiten können. Das Land Brandenburg schaffte das Fahrzeug 2017 an, um die Beamten bestmöglich zu schützen. Dass es das Leben der Polizisten retten kann, bewies einer der ersten Einsätze im Jahr 2018 in Sachsen. Um schnell an das Haus eines bewaffneten Täters zu gelangen, nutzte man das Fahrzeug, wofür es gekauft wurde. Mehrere Schusstreffer zeugten davon, wie viel gefährlicher die Annäherung für die Beamten gewesen wäre, ohne einen solchen Schutz zu haben. Doch einfach nur ein gepanzertes Fahrzeug zu haben hilft wenig, wenn man es nicht taktisch klug einsetzt. Darum ist es bei fast allen Übungen des SEK mit im Einsatz, so wie an diesem Dienstag.

## SCHNELLIGKEIT RETTET LEBEN

Als die Beamten am zweiten Tatort eintreffen wird schnell klar, der Taser oder andere Einsatzmittel wären eindeutig falsch gewählt und untauglich. Die Beamten, die bereits vor Ort sind, näherten sich unter Beschuss in der Deckung der Häuser. Das dauerte schon deshalb länger, als mit einem gepanzerten Fahrzeug, weil es nicht allzu viel taugliche Deckungen gab. „Es nützt keinem etwas, wenn meine Leute schnell auf der Straße vordringen, aber keine Deckung haben und es dann wie beim Ton-Tauben-Schießen zugeht“, sagt Weber. Darum kommen die Kollegen genau richtig. Merkwürdigerweise rücken sie gemeinsam vor. Vorbei an den Opfern des Anschlags. Als die Beamten in das Gotteshaus eindringen fallen erneut Schüsse. Kurz danach wird gemeldet, die Lage sei beruhigt. Die gesamte Übung dauerte keine zehn Minuten.

Übungsleiter Weber ändert nach der 30-minütigen Auswertung der ersten Runde einige Sequenzen und lässt die Beamten erneut von vorne beginnen. Allein schon mit der geänderten Anfahrtsrichtung ergeben sich taktisch ganz andere Herausforderungen. So können nur kleine Fahrzeuge schnell unter der Brücke zum Anschlagort vorrücken und die schweren über eine wesentlich längere Strecke anfahren. Ewig warten geht auch nicht, da Menschenleben unmittelbar gefährdet werden. Wieder achtet Weber genau darauf, wie sich die Beamten bei der Lagelösung verhalten. Wieder hat er Punkte festgestellt, mit denen er nicht zufrieden ist. Auch wenn es Kritik auf hohem Niveau und die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass andere Lagen eintreten: „Die High-End-Szenarien, für die wir trainieren, sie sind lehrreiche Erfahrungen, die die Jungs in anderen Situationen genauso gut anwenden können“, sagte er wohlwissend, dass keiner sagen kann was kommt.

Christoph Koppe

\*Alle Namen im Text wurden aus Identitätsschutzgründen geändert.

Sicherung von oben



Mitarbeiter der Spezialeinheiten im Interview

# Zwischen **Observation** und **Zugriff**

Einen wirklich lebendigen Eindruck von der Arbeit in den Spezialeinheiten erhält man zuweilen, wenn die Kolleginnen und Kollegen vom Alltag ihrer Kommandos erzählen. Wir sprachen mit Kriminaloberkommissarin Jasmin Wagner. Sie arbeitet seit Jahren im MEK und ist inzwischen stellvertretende Gruppenführerin. Dagegen ist Kriminalkommissar Manuel Stopper noch recht neu im SEK. Aus Identitätsschutzgründen wurden die Namen der Beiden geändert.

**Wie wurde Euer Interesse für die Spezialeinheiten geweckt?**

**WAGNER** Ich war vorher in der 1. Einsatzhundertschaft. Andere Kollegen waren schon zum MEK gewechselt und ich konnte mir durch deren Erzählungen ein gutes Bild machen. Für mich klang ihr Alltag und das Einsatzgeschehen sehr abwechslungsreich und spannend. Erste Fahndungserfahrungen habe ich aber schon in meinem Kripo-Praktikum bei der OFG gesammelt. Die zivilen Einsätze haben mir schon damals viel Spaß gemacht und so war es für mich ein logischer Schritt. **STOPPER:** Bei mir lief das ein wenig anders. Während meiner Tätigkeit als Soldat auf Zeit bei der Bundeswehr, kam ich im Auslandseinsatz in Kontakt mit SEK-Beamten. Abends kamen wir dann ins Gespräch und mein Interesse war geweckt.

**Was hat dann zur Entscheidung einer Bewerbung geführt?**

**STOPPER** Nach der Ausbildung an der HPol wechselte ich erst in den WWD. Nach etwa einem Jahr befasste ich mich intensiver mit dem SEK und einem möglichen Wechsel. Viele Gespräche mit Kollegen steigerten mein Interesse weiter und sie ermutigten mich, den Schritt zum Auswahlverfahren einfach zu wagen.

**WAGNER** Na ja, die Trainingstage, die ich im Vorfeld gehabt habe und was die Kollegen so erzählten, waren für mich überzeugend. Jetzt kann ich sagen, sie hatten Recht. Man kann sich hier seine Nische suchen, erlebt jeden Tag andere Einsätze und muss selbstständig entscheiden. Das hat es damals für mich ausgemacht und so ist es bis heute.

**Wie habt Ihr Euch auf das Auswahlverfahren vorbereitet und wie waren die Anforderungen?**

**WAGNER** Im Intranet konnte ich schon mal alle Sportnormen finden und darauf hin trainieren. Aber bei den Schießnormen ging das natürlich nicht so leicht. Dafür habe ich die Trainingstage von SE genutzt. Auf den Jobfidence-Test an der HPol konnte ich mich nicht vorbereiten. Das ist zwar der gleiche Test wie beim Einstellungsverfahren, aber es werden ganz andere Punkte beleuchtet, die für das MEK relevant sind, wie z.B. Flexibilität, Teamverhalten, Aufgabenanalyse und -bearbeitung oder Konfliktfähigkeit. Auch zum Polizeiarztlichen Dienst mussten wir noch einmal. Es sollte geprüft werden, ob wir körperlich überhaupt die Anforderungen erfüllen. In Rollenspielen haben wir dann verschiedene Szenarien durchgespielt und gezeigt, wie

wir in Stresssituationen reagieren. Ganz am Ende gab es ein persönliches Abschlussgespräch, in dem sich jeder noch mal ungefiltert zeigen musste.

**STOPPER** Bei mir war es in erster Linie sehr viel Sport. Vom klassischen Joggen über Intervallläufe, Schwimmen bis hin zum Kampf- und Kraftsport. Aufgrund des Schichtsystems war das nicht immer leicht. Jedoch hatte „mein Polizeirevier“ einen Kraft- und Cardioraum. Den konnte ich direkt vor oder nach dem Dienst, ohne große Umwege, für meine Vorbereitung nutzen. Das Auswahlverfahren selbst war ähnlich wie bei Jasmin. Spannend fand ich die Übung, um unsere Höhentauglichkeit zu testen. Klar, denn später muss man auch unter solchen Bedingungen arbeiten können.

**Wie läuft der Grundlehrgang ab?**

**STOPPER** Bei uns dauert der Grundlehrgang mit sechs Monaten ungefähr zwei Monate länger als beim MEK. Einen sehr hohen Stellenwert nimmt die Schießausbildung ein. Die gestellten Anforderungen an einen SEK-Beamten im Bereich Schießen erscheinen zu Beginn als zu hoch. Doch das kontinuierliche Training funktioniert und die abschließenden Schießabnahmen sind dann machbar. Was wir im Auswahlverfahren an sportlichen Leistungen schaffen mussten, war für den Grundlehrgang nur der Ausgangspunkt. Jeder Ausbildungstag ist mit mindestens einer reinen Sporteinheit gespickt. Laufen, Kraftausdauer oder Zweikampf, alles war dabei. Was wir auch viel gemacht haben ist Taktiktraining. Das wird den Lehrgangsteilnehmern Schritt-für-Schritt nähergebracht. Von der Ge-

bäudeannäherung und Türaufstellung bis zum Eindringen in Gebäude oder Wohnungen. Handlungs- und Bewegungsabläufe werden immer wieder trainiert und sehr intensiv ausgewertet. Im Höhen-Intervention-Training lernten wir einfache Seil- und Knotenkunde, das Abseilen von höhergelegenen Objekten und Fast-Ropen aus dem Hubschrauber. Aber ich kann hier gar nicht alles aufzählen, was wir noch

so gemacht haben, sonst wäre ich morgen noch dabei. **WAGNER** Bei uns ist das ein wenig anders, denn wir haben ja eine andere Ausrichtung. Nach dem erfolgreichen Auswahlverfahren nimmt man an einem Grundlehrgang entweder in Brandenburg oder einem anderen SiKoop-Land (Anm. d. Red. Sicherheitskooperationsländern) teil. Eines der Länder richtet ihn jährlich aus und so kommt man mit

den Kandidaten der anderen Länder zusammen. Insgesamt dauert er ca. vier Monate und beinhaltet die Grundausbildung des MEKlers, also bspw. das kleine 1x1 der Observation zu Fuß, im KFZ oder ÖPNV. Außerdem gibt es ein sehr intensives Fahrsicherheits-, Zweikampf- und Schießtraining. Übungen in allen Varianten kommen auch nicht zu kurz. Die werden dann sukzessive immer größer und enden mit ei-

ner großen Abschlussübung. Wenn alles erfolgreich absolviert wurde, geht es für die neuen Kollegen in die Rotation in zwei Gruppen für je vier Monate.

#### Und wie war das?

**WAGNER** Alle Neuen werden von uns gut aufgenommen. Schließlich wollen wir ja gut zusammenarbeiten. Jeder bekommt in der Gruppe einen „Bärenführer“, der sich um das „Bärchen“ – also die neuen Kollegen – kümmert. Er ist auch verantwortlich für die Einarbeitung. Positiv dabei ist, man hat einen festen Ansprechpartner in jeder Gruppe und durch die Rotation lernt man die Kollegen schnell gut kennen. Das erleichtert die Eingewöhnung erheblich.

**STOPPER** Auch bei mir war die Aufnahme in das Kommando sehr kollegial. Nichtsdestotrotz wurden an uns „Frische“ hohe Ansprüche gestellt. Der Bärenführer ist dabei ein wichtiger Mentor, der gerade in den ersten Wochen bei der Einsatzbewältigung und Ausbildungsthematik hilft.

#### Wie gestaltet sich seither Euer Tagesablauf?

**WAGNER** An einem „Bürotag“ gibt es die Morgenrunde, in der der Gruppenführer von Einsätzen am Tag zu-

vor berichtet. Außerdem schauen wir, was ggf. an dem Tag oder in der Woche auf uns zu kommt. Wir nutzen die Tage hauptsächlich zur Vor- und Nachbereitung von Einsätzen oder erledigen den Schreibkram dazu. Ausbildungseinheiten wie z. B. Schießen, Zweikampf, Taktik und Observationsübungen gehören genauso dazu wie Dienstsport. Einsatztage sehen dagegen anders aus. Nach der Einweisung und das Auto abmarschbereit machen geht es in den Einsatzraum und dann kann alles passieren. Von rein statischen Observations bis hin zu dynamischen Lagen. Übernachtungen in Hotels aufgrund der Lage sind keine Seltenheit.

**STOPPER** Der Tag beginnt auch bei uns mit der „Morgenrunde“. Hier werden wir zur aktuellen Landes- und Bundeslage gebrieft. Im Anschluss steht täglich ein Ausbildungsschwerpunkt im Tagesprogramm. An zwei Tagen in der Woche bspw. wird auf der Raumschießanlage oder auf Schießplätzen trainiert. Wir haben auch noch einen Ausbildungstag in der Woche für das gesamte Kommando. Grundlegend gestaltet sich jeder Arbeitstag durch die verschiedenen Ausbildungsinhalte anders. An Einsatztagen hängt das dann vom Auftrag ab und ob es Plan- oder ad hoc-Lagen sind. Das kann man im Detail nicht so genau sagen.

#### Was haben MEK und SEK im realen Leben miteinander zu tun?

**WAGNER** Wir agieren oft gemeinsam in Einsätzen, z. B. wenn es sich um geplante Zugriffe mit vorheriger Observation handelt. Es gab auch schon Einsätze in denen wir als „Mischbesatzung“ unterwegs waren. Wir trainieren auch oft gemeinsam, einfach um zu wissen, wie der andere Bereich tickt und arbeitet.

#### Wie lässt sich die familiäre Situation mit Eurer Arbeit vereinbaren?

**WAGNER** Der Großteil der Kollegen sind in einer festen Partnerschaft mit Kind, Haus und Hof. MEK und Familie sind also miteinander vereinbar. Sicherlich erfordert das MEK aber eine gewisse Flexibilität. Es kommt auch zu spontanen Einsatzlagen, wo wir beispielsweise für drei Tage auswärts sind. Jedoch bekommt man es in den meisten Fällen in der Gruppe geregelt, wenn man z. B. dienstfrei benötigt, das Kind von der Kita abgeholt werden, Kita-Schließzeiten abgedeckt oder man früher Feierabend machen muss.

**STOPPER** Durch unserer festgelegtes Schichtmodell sind auch längere Planungsphasen möglich. Der Stellenwert der Familie ist im Kommando als hoch angesehen und es wird viel ermöglicht.

#### Wie laufen die Trainingstage für Interessenten und Bewerber ab?

**WAGNER** Die Interessenten haben grundsätzlich einmal im Monat die Chance, bei uns für das Auswahlverfahren zu trainieren und sich schon mal vorzustellen. Beim Schießtraining bspw. geben unsere Schießtrainer Tipps, wie man sich verbessern kann, sie können ihren Fitnesszustand auf die Sportnormen hin testen und machen eine Observationsübung mit. Jeder Trainingstag dauert ungefähr acht Stunden und hat jeweils andere Inhalte, damit Interessenten sich umfassend auf den Test vorbereiten können.

#### Was sind die Voraussetzungen für eine Bewerbung beim MEK/SEK?

**WAGNER** Die genauen Anforderungen findet man im Intranet und kann das alles auf den Seiten von SE nachlesen. Persönlich sollte man Teamfähigkeit, Kritikfähigkeit, hohes Verantwortungsbewusstsein und eine schnelle Auffassungsgabe mitbringen. Mittlerweile nehmen wir auch Kollegen direkt von der HPol, wenn sie geeignet sind. Aber es ist natürlich für die Arbeit bei uns nicht verkehrt, wenn man polizeiliche Erfahrungen gesammelt hat oder vielleicht sogar eine andere Berufsausbildung mitbringt. Ich glaube, das gilt für unsere beiden Bereiche.

#### Welche Spezialisierungen sind bei Euch im Haus möglich?

**WAGNER** Oh, da gibt es viele. Ich will mal beispielhaft den Rettungssanitäter, den Schießtrainer, den Zweikampftrainer oder andere technische Spezialfortbildungen anführen, die wir aber nicht öffentlich kommunizieren.

**STOPPER** Die Spezialisierungen ergeben sich u.a. aus möglichen Einsatzszenarien, wie z.B. im maritimen Bereich Brandenburgs mit seinen zahlreichen Wasserstraßen und Seen, Einsatzen im öffentlichen Personen- und Nahverkehr wie Bussen und Bahnen, in Flugzeugen oder auch dem Präzisions-schützenwesen.

#### Wie hat sich das Arbeitsfeld in den letzten Jahren verändert?

**STOPPER** Das kann ich in ein paar Jahren sagen, wenn ich länger dabei bin. Aber Jasmin, du hast bestimmt mehr zu berichten.

**WAGNER** Ja, stimmt. Ursprünglich wurde das MEK für BAO-Lagen gegründet. Irgendwann kamen Lagen der OK hinzu und geraden in den letzten Jahren waren es Amok-, Terror- und Gefährderlagen. Man kann es vor allem an der Entwicklung unserer FEM-Aufrüstung sehen. Viel schwerere Waffen und Schutzausrüstung.

#### Wo liegen die Unterschiede zwischen den „neuen“ und den „erfahrenen“ Kollegen, die sich bei Euch bewerben?

**STOPPER** Ich würde sagen vor allem in der Erfahrung. Dazu zählt besonders die Bewertung des Einsatzes. Ob das die Erfahrungswerte beim taktischen Arbeiten oder im Umgang mit dem polizeilichen Gegenüber sind. Erfahrungen, die uns „Neuen“ in den Ausbildungen weitergegeben werden.

**WAGNER** Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Kollegen direkt von der Schule noch keinen so langen Bezug zur Polizeiarbeit hatten und „unbelasteter“ sind. Bei den „älteren“ Kollegen ist es „schwerer“, weil sie andere Polizeiarbeit gewohnt sind, als es hier der Fall ist. Keine Uniform und andere Arbeitsinhalte sind nur ein Teil davon. Sie müssen den Drang ablegen, wie Streifenbeamte zu handeln. Was aber bei beiden immer gut ist, sie bringen frischen Wind mit hinein. Das tut einem System gut und es kann sich weiterentwickeln.

#### Wie lange könnt Ihr Euch vorstellen, bei SE zu arbeiten? Gerade jetzt, wo die Altersgrenze im MEK aufgehoben wurde?

**WAGNER** Für unsere älteren Kollegen ist die Aufhebung auf jeden Fall eine positive Entwicklung. Sie nimmt einige „Ängste“ und Sorgen der Kollegen, die bei uns weiterhin ihren Dienst versehen wollen und sich keine andere Arbeit in einer anderen Dienststelle vorstellen können. Die älteren Kollegen sind für uns Gold wert, einerseits wegen der Mischung aus jung und alt. Andererseits haben sie viele spezialisierte Ausbildungen und einen großen Erfahrungsschatz, von denen jeder Kollege profitieren kann.

**STOPPER** Vom jetzigen Standpunkt aus, solange ich physisch und psychisch dazu in der Lage bin.

#### Welche Perspektiven hat man, wenn man nach Jahren doch die Spezialeinheiten verlassen möchte?

**WAGNER** Also abhängig von freien Stellen und dem persönlichen Wunsch kann man versuchen, bei uns im Haus im „Rückwärtigen Dienst“ einen Dienstposten zu bekommen. Ansonsten versucht die Hausleitung, den Kollegen Praktika in anderen Dienststellen zu ermöglichen. Sie müssen schließlich nach Jahren selbst erst einmal schauen, was ihnen genau außerhalb der Spezialeinheiten liegt. Zum Schluss muss dann jeder für sich selbst entscheiden was er will. Die Unterstützung der Dienststelle ist ihnen aber gewiss.

#### Was würdet ihr den Interessenten/Bewerbern mit auf dem Weg geben?

**STOPPER** Wirklich interessierten Bewerbern kann ich nur die Trainingstage empfehlen. Hier erhält man erste Eindrücke zum Arbeitsfeld des SEK und bekommt in Gesprächen mit den Ausbildern weitere Informationen. Ansonsten muss klar sein, dass die geforderten Mindestvoraussetzungen im sportlichen Bereich wirklich nur die Mindestnorm sind. Das heißt, auch in der persönlichen Vorbereitung sollte darauf hingearbeitet werden, dass diese Normen auch ohne Probleme erreicht werden.

**WAGNER** Für alle Kollegen, die sich für das MEK interessieren, kann ich nur empfehlen, Kontakt mit uns aufzunehmen, z. B. über unsere Aus- und Fortbildungsstelle. Im Intranet findet man alle Erreichbarkeiten. Oder sie kommen zu unseren Präsentationstagen an der HPol, wo wir ausführlich von unserer Arbeit erzählen. Wenn sie dann immer noch Interesse haben, sollten sie bestmöglich die Trainingstage nutzen, um sich optimal auf das Auswahlverfahren vorzubereiten.

#### Vielen Dank für das Gespräch.

Zum Handeln bereit



# Gemeinsames deutsch-polnisches Polizeiteam in Guben/Gubin (GPT)

# Wspólny polsko-niemiecki zespół policyjny w Guben/Gubinie (WZP)



Gemeinsame Streifen, Joint-Investigation-Team, anlassbezogener Informationsaustausch, formelle Rechtshilfe, das Gemeinsame Zentrum in Swiezko. Diese Beispiele zeigen, wie sich die Zusammenarbeit der Brandenburger und der Polnischen Polizei intensiviert und professionalisiert hat. Für die an der Grenze von Oder und Neiße lebenden Menschen ist diese Zusammenarbeit bisher jedoch nicht oder nur selten erlebbar. Vieles spielt sich im Hintergrund ab, eine gemeinsame und sichtbare Präsenz in der Grenzregion war bisher nicht permanent möglich. In der Doppelstadt Guben und Gubin ändert sich das nun. Hier startete eine neue, bisher einmalige und beispiellose Form der Zusammenarbeit.

In einem festen Team gehen seit Anfang des Jahres drei deutsche und zwei polnische Polizeibeamte in Guben und Gubin auf Streife. Dabei sind Grenzübertreite in dem gemeinsamen Streifenbereich ohne Vorbedingungen möglich. Holger Welkisch, Jolita Cholewinska, Florian Kraft, Mariusz Podhorecki und Julia Balcerzak sorgen zukünftig wochentags und zu besonderen Anlässen auf beiden Seiten der Neiße für die Sicherheit der Menschen in der Doppelstadt. In unterschiedlichen Uniformen, aber in einem gemeinsamen Streifenwagen samt eigenem Logo sind die fünf ein wiederkehrender Anblick im Stadtbild. Sie sind damit die praktische Umsetzung einer modernen europäischen Sicherheitsarbeit.

Stadtbrücke oder die neue Fußgängerbrücke ohne Grenzkontrollen. Polen und Deutsche nutzen eine gemeinsame Infrastruktur in beiden Teilen der Europastadt. Auf deutscher Seite sind das beispielsweise der Bahnhof, das Krankenhaus oder der Wohnungsmarkt. Zur Zeit leben etwa 1.000 Polen in Gubener Wohnungen. Für Dienstleistungen, einen Einkaufsbummel oder einen Restaurantbesuch kommen die Menschen sehr gern auf die polnische Seite. Diese positive Entwicklung forcieren auch die Kommunalverwaltungen mit einem gemeinsamen abgestimmten Handeln, wie etwa in der Gemeinsamen Kommission der Europastadt, einem Forum von Stadtverordneten. Stadtfeste werden selbstverständlich in beiden Teilen der Doppelstadt durchgeführt und auch der Tourismus in der Region wird zusammen entwickelt. Dieser Dynamik konnten wir als Polizei bisher nicht folgen. Natürlich gab es hier auch gemeinsame Streifen und einen regelmäßigen Austausch zwischen dem Polizeirevier Guben und Kommissariat in Gubin. Davon mitbekommen haben die Bürgerinnen und Bürger meist jedoch wenig. Vor allem im Jahr 2015, als in einer Raubserie vor allem ältere Menschen teils schwer verletzt

wurden, litt das Sicherheitsgefühl der Menschen und das Vertrauen in die Polizei. Es wurde der Vorwurf erhoben, dass an der Grenze Schluss sei mit den Ermittlungen. Als der Täter, ein junger Pole, im Ergebnis gemeinsamer Ermittlungen der deutschen und der polnischen Polizei festgenommen wurde, kehrte jedoch keine Ruhe ein. Der Bürgermeister der Stadt Guben, Fred Mahro, forderte deutlich mehr polizeiliche Präsenz und auch die Bevölkerung mahnte weiterge-

Unterschrift  
Zuwendungs-  
vertrag



## Porträts / Persönliches

Die beiden Kleinstädte an der Neiße waren bis zum 2. Weltkrieg eine Stadt. Diese gemeinsame Vergangenheit lässt sich bei einem Spaziergang durch die Altstadt auch heute noch erleben. Die gut 35.000 Einwohner überqueren täglich die



Festakt zur Eröffnung des GPT



Symbolische Schlüsselübergabe

henden Maßnahmen für mehr Sicherheit in der Grenzregion an. Sogenannte Sicherheitsstreifen der Stadtverwaltung und der Einsatz der Bereitschaftspolizei folgten, eine überhöhte Berichterstattung in den Medien zeichnete das Bild einer unsicheren Stadt.

Genau in die Phase fiel auch die Novellierung des deutsch-polnischen Polizeivertrages. Mit viel Vertrauen in die gemeinsame zukünftige Polizeiarbeit gewährten sich die Bundesrepublik Deutschland und die Republik Polen deutlich mehr Kompetenzen. Unter anderem die Bildung ständiger gemeinsamer Organisationseinheiten, deren Mitarbeiter auf beiden Seiten der Grenze mit denselben Befugnissen ausgestattet sind. Auch Grenzübertreit-



**Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke** brachte in seinem Grußwort seine ganz besondere Beziehung zur Region zum Ausdruck: „Ich bin ein Kind der Region, wurde mit Neißewasser getauft und kenne das Leben an der deutsch-polnischen Grenze.“ Auch in seiner Funktion als Koordinator für deutsch-polnische Beziehungen der Bundesregierung und als Präsident des Bundesrates bekundete er seinen Stolz auf die Beziehungen beider Länder, in der die Normalität Einzug gehalten hat und man mit Nachbarn wie mit Freunden umgeht.



**Polizei- und Kommunalminister Michael Stübgen** befürwortet die Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit ausdrücklich. „Unbestritten ist, dass die Bürger/-innen in Guben und Gubin ganz selbstverständlich öffentliche Institutionen diesseits und jenseits der Neiße nutzen. In dieses Stadtbild fügt sich nun das gemeinsame Polizeiteam, als sichtbarer Ausdruck des europäischen Gedankens und der Europakompetenz der eingesetzten Staatsbediensteten, positiv ein. Sehr dankbar bin ich auch für die ausdrückliche Unterstützung der kommunalen und euroregionalen Beteiligten in Guben und Gubin, die mit diesem Vorhaben wahrhafte Partnerschaftlichkeit über Zuständigkeitsgrenzen hinweg demonstrieren, umsetzen sowie erlebbar machen.“



Das Team am Tag der Eröffnung, noch zu viert (li.)

te ohne Vorbedingungen und Genehmigung in Rahmen des Dienstes sind dadurch möglich. Diese Möglichkeit erkannten der Leiter der Polizeidirektion Sven Bogacz und Stabsmitarbeiter Torsten Roch, der selbst jahrelang in Guben gearbeitet und die Entwicklung der Stadt verfolgt hat. Ihnen war klar, Guben und Gubin besitzen die besten Voraussetzungen für ein deutsch-polnisches Polizeiteam. Was folgte waren viele Fragen zur Umsetzbarkeit und jede Menge Arbeit. Zunächst musste die polnische Seite von den Vorteilen einer solchen Zusammenarbeit überzeugt werden. Kein einfaches Unterfangen, da sich der Schwerpunkt der Polizeiarbeit in Polen im Westteil des Landes befindet. Gleichzeitig wird die Polizei im Nachbarland zentral geführt, weitreichende Entscheidungen werden durch die Zentralkommandantur in Warschau entschieden. Einen Einblick in die praktische Umsetzung täglicher Zusammenarbeit gewährten Kollegen aus Bad Bentheim (Niedersachsen). Hier besteht seit vielen Jahren eine ähnliche Zusammenarbeit in der deutsch-niederländischen Grenzregion. Ein wesentlicher Partner, das war Torsten Roch schnell klar, musste auch die Euroregion Spree-Neiße-Bober werden. Die Euroregion besitzt zum einen viel Erfahrung in der Begleitung und der Umsetzung deutsch-polnischer Projekte sowie deren Finanzierung. Gemeinsam mit der Euro-

region und Silvia Schirmmeister vom internationalen Zentrum an der Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg wurden die Antragsunterlagen für die Bewilligung eines Großprojekts im Rahmen des INTERREG VA-Programms erarbeitet. Ein Schwerpunkt in der aktuellen Förderperiode liegt in der Stärkung grenzübergreifender Fähigkeiten und Kompetenzen. Nach fast vier Jahren Arbeit, wurde das gemeinsame Projekt der Polizei des Landes Brandenburg und der Woiwodschaftskommandantur Gorzow Wlkp. mit einem Zuwendungsbescheid über rund 300.000 € bewilligt. Es konnte endlich losgehen.

Zeit zum Durchatmen blieb Torsten Roch trotzdem nicht. In Zusammenarbeit mit den Stabsbereichen in der Direktion folgten die Stellenausschreibungen. Gleichzeitig wurde in Kooperation mit dem Zentraldienst der Polizei ein Funkstreifenwagen beschafft, E-Bikes und Kommunikationsmittel folgten. Das Medienzentrum der Hochschule in Oranienburg unterstützte bei der grafischen Umsetzung eines Logos. Am 17.01.2020 gab der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Dr. Dietmar Woidke persönlich den offiziellen Start des Gemeinsamen deutsch-polnischen Polizeiteams bekannt. Der Saal der Stadtverordnetenversammlung Guben bot den Rahmen für einen kleinen Staatsakt. Musikalisch umrahmt durch das Brandenburger Polizeiorches-

ter betonten der Ministerpräsident, der Brandenburger Innenminister Michael Stübgen, der zu dieser Zeit amtierende Polizeipräsident Roger Höppner, die Vertreter der Polnischen Regierung sowie der Woiwodschaftskommandantur die große Bedeutung für die zukünftige Polizeizusammenarbeit und die Menschen in der Region. Den zunächst vier Kollegen des GPT war gleichwohl der Stolz und die Freude anzusehen, dass es nun endlich losgeht. Wie üblich in der polnischen Polizei wurden sie dann auch durch den stellvertretenden Kommandanten mit ihrem ersten Tagesbefehl auf Streife geschickt.

Das große mediale Interesse an diesem Tag demonstrierte ebenfalls die Bedeutung dieses Projekts, weit über die Landesgrenzen Brandenburgs hinaus. Seitdem ist der Umgang mit Journalisten für die Kollegen des GPT zur Routine geworden. Die Menschen in der Doppelstadt nehmen das Team bereits in dieser frühen Phase ebenfalls an und wenden sich mit vielen verschiedenen Fragen an die Polizisten. Auch im Gespräch mit den Journalisten zeigen sie sich meist überzeugt, dass die gefestigte Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Polizei der richtige Weg ist. Das Leben in einer zunehmend gemeinsamen Stadt benötigt eine gemeinsame Polizeiarbeit. Das freundliche und kommunikative Auftreten der Kollegen sowie die regelmäßigen Fußstreifen

im innerstädtischen Bereich stärken dieses Bewusstsein. Neben Streifen im gemeinsamen Revierbereich samt der Bearbeitung von Einsätzen gehören auch die Unterstützung der Kriminalpolizei, Präventionsmaßnahmen, Beratungen der Bevölkerung und besondere Einsatzmaßnahmen zur täglichen Arbeit. Die Fahrt über die Grenze ist dabei nicht nur zu Dienstbeginn und Dienstende, sondern mehrfach täglich Normalität.

Normalität soll auch der Umgang mit der jeweils fremden Sprache sein. Neben der polizeilichen Arbeit steht daher die Sprachausbildung, das Erlernen umfangreicher interkultureller Kompetenzen und die Rechtsausbildung im Mittelpunkt des dreijährigen Projekts. Ganz bewusst wurden keine Muttersprachler ins Projekt aufgenommen. Das gemeinsame Erlernen der Fremdsprache stellt ein zentrales verbindendes Element dar und unterstreicht die hohe Eigenmotivation der Kollegen. Die Verständigung im Team funktioniert trotz der Sprachbarriere problemlos, wie die Mitarbeiter berichten. „Wir sind alle Polizisten, haben die gleiche Ausbildung und das gleiche Verständnis von Polizeiarbeit. Da reichen oft auch Blicke, um zu verstehen, was der jeweils andere meint. Meistens verstehen wir uns blind.“, so Florian Kraft. Der erste dreiwöchige Teil der Sprachausbildung begann am 02. März 2020. Für die



Konzentriertes Lernen (oben)

Gemeinsames Foto in der Polnischen Botschaft

polnischen Kollegen hieß es an einem Sprachinstitut in Cottbus, den Funkstreifenwagen mit dem Klassenraum zu tauschen. Die drei deutschen Kollegen sind zeitgleich nach Zielona Góra gezogen. Ziel dieser Intensivsprachkurse ist das Erlernen der Sprache gemäß den europäischen Sprachrichtlinien. Im Zuge der aktuellen Corona-Pandemie mussten die Lehrgänge jedoch unterbrochen werden. In Eigeninitiative habe sich die Kollegen trotzdem ein Lernpensum auferlegt, um weiter Fortschritte zu machen. Die Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus lassen darüber hinaus derzeit keine gemeinsame Arbeit im GPT zu. Trotzdem sind die Kollegen auf beiden Seiten der Neiße natürlich im Dienst, stehen im regelmäßigen Austausch und unterstützen das Kommissariat Gubin sowie das Polizeirevier Guben auch weiterhin. Gleichzeitig bleiben sie ansprechbar für Fragen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Wie flexibel sie diese Zusam-



menarbeit praktisch umsetzen, zeigte sich nach Schließung des Grenzübergangs Guben/Gubin im März 2020. Viele der rund 1.000 polnischen in Deutschland angestellten Arbeitnehmer stellten ihre PKW in Guben ab, oftmals in Parkverbotsbereichen. Um auf das Problem hinzuweisen, entwickelten die Kollegen des GPT gemeinsam einen Flyer in polnischer Sprache und verteilten diesen an den Autos. Auch bei der Bewältigung der angespannten Verkehrslage nach der Öffnung des Grenzübergangs für Fahrzeuge bis 3,5 t (der Stau hatte zwischenzeitlich eine Länge von 4,5 km) unterstützte das GPT in enger Abstimmung mit dem Krisenstab der Stadt Guben die Maßnahmen praktisch und sprachlich.

Bereits zur Eröffnung zeigte sich der Bürgermeister der Stadt Guben Fred Mahro überaus zufrieden mit der Installation des Gemeinsamen Polizeiteams. Die Unterstützung der Stadtspitze ist seitdem immer wieder zu spüren. In der Bürgersprechstunde im Februar 2020 und in der Gemeinsamen Kommission der Europastadt, einem Gremium zur gemeinsamen Entwicklung der Doppelstadt, stellte Projektkoordinator Torsten Roch den interessierten Bürgern und Vertretern der Kommunalpolitik das Projekt vor. Auch hierbei betonte Fred Mahro, dass das GPT für ihn ein wichtiger Baustein für die weitere positive und sichere Entwicklung der Stadt ist. Gleichzeitig wurde

deutlich, dass die Vertreter der polnischen Kommunalpolitik ebenfalls große Hoffnungen in das GPT setzen. Nicht nur auf kommunaler und landespolitischer Ebene wird das GPT wahrgenommen. Auch die Botschaft der Republik Polen in Berlin lud die Mitarbeiter des GPT zu einem ersten Erfahrungsaustausch mit dem Polizeiattaché Wieslaw Gom ein.

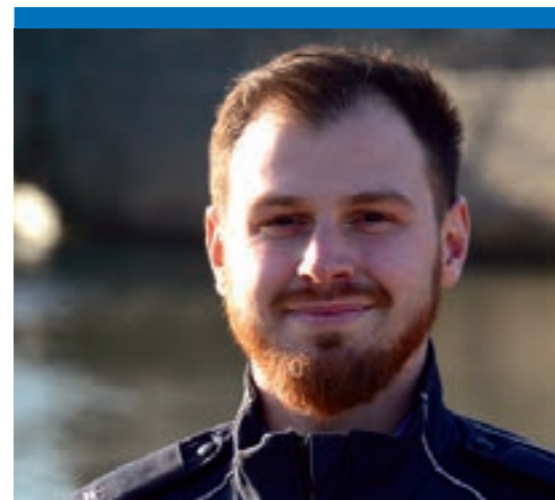
Das Gemeinsame deutsch-polnische Polizeiteam in Guben/Gubin (GPT) ist zunächst im Rahmen der europäischen Förderrichtlinie auf drei Jahre und einer festgeschriebenen Nachlaufzeit angelegt. Das bedeutet auch, dass die Ziele des Projekts und seine volle Wirkung schrittweise umgesetzt werden. Die ersten Monate haben trotzdem schon bewiesen, wie erfolgversprechend der Ansatz, einer auf operativer Ebene institutionalisierten Zusammenarbeit, ist. Das GPT wird innerhalb der Brandenburger und der Polnischen Polizei sowie durch die Menschen in der Europastadt angenommen und in die tägliche Arbeit eingebunden. Ein entscheidender Erfolgsfaktor ist dabei die Eigenmotivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Team. Durch ihr hohes Engagement hat sich das Projekt bereits weiter entwickelt, als es zum jetzigen Zeitpunkt zu erwarten war. Es zeigen sich bereits positive Effekte in der grenzüberschreitenden Polizeiarbeit und dem Sicherheitsgefühl der Menschen.



**POM Holger Welkisch** ist Jahrgang 1983 und stammt aus Guben. Seit 2007 war er in der 3. Einsatzhundertschaft und zuletzt im Wach- und Wechseldienst der PI Cottbus/Spree-Neiße. In den vergangenen Jahren hat Holger Welkisch regelmäßig an Tandemlehrgängen teilgenommen und sich auch neben dem Dienst mit dem Erlernen der polnischen Sprache befasst.



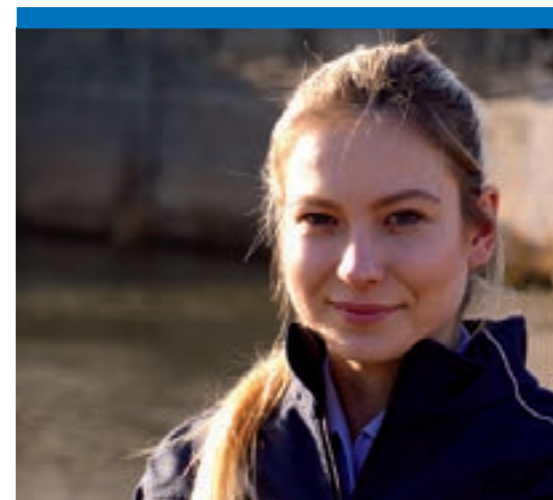
**Jolita Cholewinska** ist Jahrgang 1980. Seit rund 15 Jahren arbeitet sie im Kommissariat Gubin, zuletzt als Revierpolizistin. Durch ihre Tätigkeit kennt Jolita Cholewinska den Revierbereich Gubin und die polizeilich relevanten Szenen sehr gut. Sie hat in den letzten Jahren bereits regelmäßig an den gemeinsamen Streifen teilgenommen und ist auch wegen ihrer vorhandenen Deutschkenntnisse dadurch im Revier Guben keine Unbekannte.



**PK Florian Kraft** ist 25 Jahre alt und stammt ebenfalls aus Guben. Nach zwei Jahren in der 3. Einsatzhundertschaft arbeitet er seit Oktober 2017 in der PI Cottbus/Spree-Neiße und seit 2019 dauerhaft in Guben. Die polnische Sprache wird er durch die folgenden Lehrgänge und vor allem durch die regelmäßige gemeinsame Arbeit mit den beiden Kollegen aus Gubin erlernen.



**Mariusz Podhorecki** ist 35 Jahre alt und lebt mit seiner Frau und seinen zwei Kindern in Gubin. Er ist seit 2012 bei der polnischen Polizei, zunächst an der Polizeischule in Piła. Seit 2015 ist er im Kommissariat Gubin im Streifendienst. Auch seine Fremdsprachenkenntnisse sind derzeit noch wenig ausgeprägt. Wie Florian Kraft zeigt sich auch Mariusz Podhorecki optimistisch, durch die Sprachkurse und den täglichen direkten Austausch schnell Fortschritte zu machen.



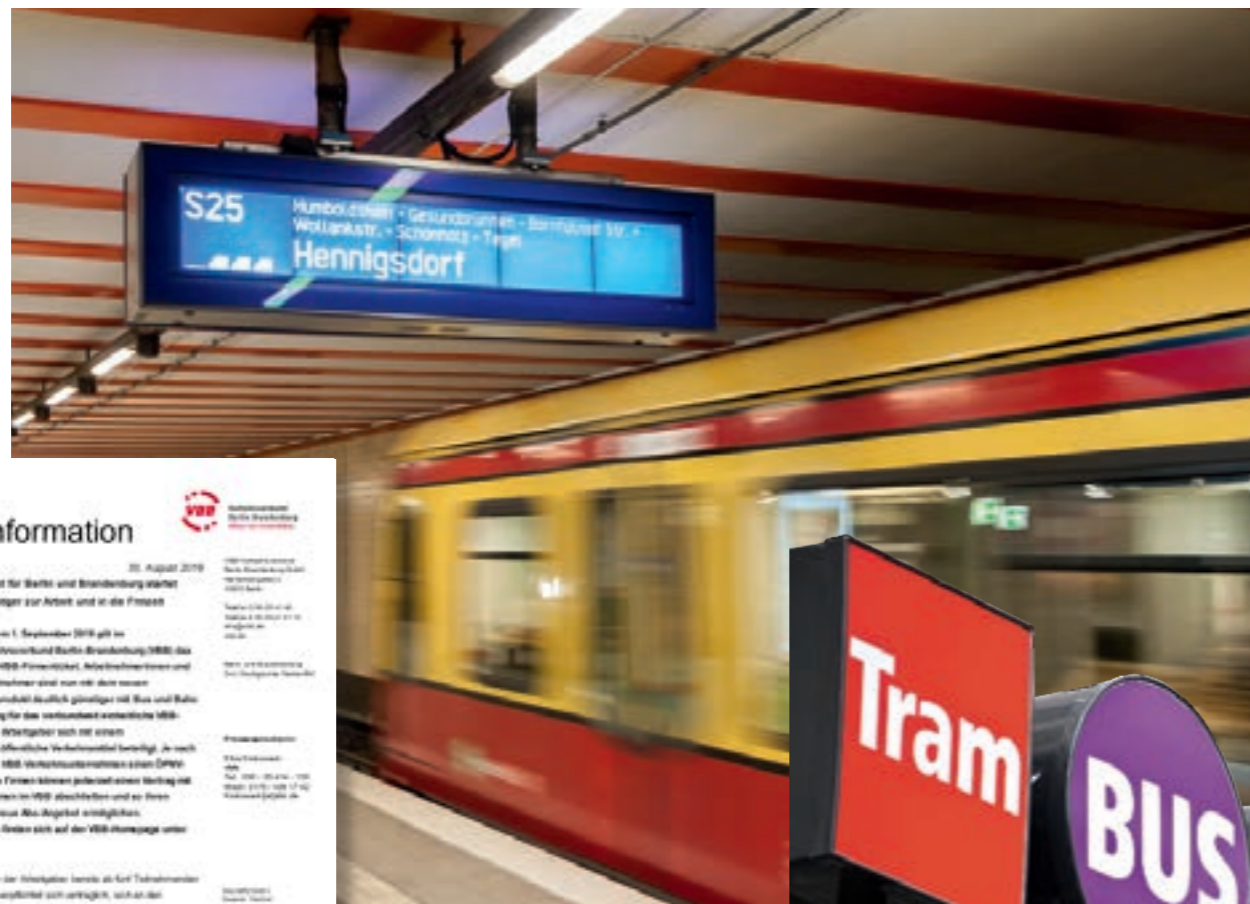
**PK'in Julia Balcerzak** ist 24 Jahre alt, in Niedersachsen aufgewachsen und Tochter polnisch-stämmiger Eltern. Nach ihrer Fachhochschulreife und einem einjährigen Praktikum beim Arbeitsgericht begann Julia Balcerzak 2016 ihr Studium an der Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg. Im Anschluss ging es für sie in die 3. Einsatzhundertschaft nach Cottbus. Deutsch-polnische Zusammenarbeit und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität sind genau die Themen, die sie bereits in der Bachelorarbeit skizzierte und die sie auch weiterhin in den Fokus ihres beruflichen Lebens setzen möchte.



**Gemeinsam auf Streife**

Zur Arbeit und in die Freizeit: Firmenticket auch für Angehörige der Polizei Brandenburg

# GÜNSTIGER MIT BUS UND BAHN



## Presseinformation

30. August 2019  
**Neues VBB-Firmenticket für Berlin und Brandenburg startet**  
 Mit Bus und Bahn günstiger zur Arbeit und in die Freizeit

Ab dem 1. September 2019 gilt im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) das neue VBB-Firmenticket. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind mit dem neuen Tarifprodukt deutlich günstiger mit Bus und Bahn unterwegs. Voraussetzung für das verkehrsverbundene VBB-Firmenticket ist, dass der Antragsteller sich mit einem Fahrtenbuchverfahren für öffentliche Verkehrsmittel berechtigt. Je nach Zusatznutzen geben die VBB-Verkehrsunternehmen einen ÖPNV-Rabatt dazu. Interessierte Firmen können jederzeit einen Antrag auf einen Verkehrsunternehmen im VBB abschließen und so ihren Mitarbeitern das neue Abo-Angebot ermöglichen. Detaillierte Informationen finden sich auf der VBB-Homepage unter [vbb.de/firmenticket](http://vbb.de/firmenticket).

Das VBB-Firmenticket kann der Arbeitgeber bereits ab fünf Teilnehmern bestellen. Der Arbeitgeber verpflichtet sich vertraglich, sich an den Firmennutzen zu beteiligen, der somit nicht die Kosten für die Mitarbeiterinnen. Jeder der Firma monatlich mindestens 10 Euro für jeden Beschäftigten. Jeder gibt die Verkehrsmittelkosten eines ÖPNV-Rabatt in Höhe von vier Euro monatlich dazu. Dieser Rabatt vermindert sich, wenn mindestens 10 Euro monatlich von dem Arbeitgeber beigesteuert werden. Pro Jahr können so 100 bis 270 Euro eingespart werden. Jeder Euro, den der Arbeitgeber nicht zahlt, verringert den Eigenanteil der Beschäftigten am VBB-Firmenticket. Möglich ist auch, dass die Firmen die kompletten Ticketkosten für ihre Arbeitnehmer übernehmen. Das neue VBB-Firmenticket und ein jährliches Tarifprodukt auf der VBB-Homepage eingesehen.

Die Bestellung des Firmentickets ist an einen Fahrtenbuchverfahren für Bus und Bahn (Arbeitsbuchverfahren) angeschlossen. Bitte beachten: Ab dem 1. Januar 2019 können diese Anforderungen geändert werden.

Bereits seit September 2019 gilt im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) das neue VBB-Firmenticket. Das Land Brandenburg als Arbeitgeber bietet seither allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit, den Weg von und zur Arbeit vergünstigt mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zurückzulegen. Beantragt werden kann das Firmenticket für jedes Tarifgebiet des gesamten Verkehrsverbundes. Das vergünstigte Firmenticket ist dabei auch in der Freizeit nutzbar.

Das Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) hat im August letzten Jahres mit den Verkehrsbetrieben in Potsdam (ViP) eine Ver-



einbarung über ein Firmenticket abgeschlossen. Dies gilt für alle Beschäftigten der nachgeordneten Bereiche des MIK und teilweise für Anwärtnerinnen und Anwärtler der Hochschule der Polizei Brandenburg. Es gilt im gesamten VBB – also im gesamten Land Brandenburg und Land Berlin.

Der reguläre Preis der Zeitkarten reduziert sich dadurch, dass zum einen das Firmenticket als Jahres-

K. Böhme

### Was ist das Firmenticket?

- eine persönliche Zeitkarte und somit nicht übertragbar
- ermöglicht die Nutzung des ÖPNV im jeweils erworbenen Tarifgebiet
- gilt für mindestens 12 aufeinander folgende Monate
- Bezahlung kann sowohl monatlich als auch einmal jährlich erfolgen
- montags bis freitags von 20.00 bis 03.00 Uhr des Folgetages sowie samstags, sonntags und an Feiertagen ganztägig wird es zur Familienkarte. Es ermöglicht in diesen Zeiten die kostenfreie Mitnahme eines Erwachsenen und bis zu drei Kindern (bis einschließlich 14 Jahren)

### Was ist zu beachten?

- Anspruch auf den Zuschuss haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab dem ersten vollen Monat ihres Arbeitsverhältnisses
- Der Arbeitgeberzuschuss zum VBB-Firmenticket beträgt 180,00 Euro pro Jahr, d. h. monatlich 15,00 Euro
- Das gewählte Tarifgebiet des Firmentickets muss mindestens den Fahrweg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte beinhalten, kann aber darüber hinausgehen

### Beantragung für Neueinsteiger in das VBB-Firmenticket

- Die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter bestellt spätestens zum 10. des Vormonates ein Firmenticket mittels Bestellschein. Erforderliche Formulare sind sowohl im Intranet der Polizei, als auch im hausinternen Netz des Innenministeriums, MIK-intern, eingestellt. Dazu in der allgemeinen Suchfunktion den Begriff \*Firmen-ticket\* eingeben.
- Es ist einmalig ein aktuelles Lichtbild abzugeben.

### Was passiert mit bereits abgeschlossenen Abonnements anderer Verkehrsunternehmen

- Wer bereits über eine VBB-Umweltkarte als Jahreskarte bzw. im Abonnement verfügt, kann beim bisher ausgebenden Verkehrsunternehmen mit Abgabe des Fahrausweises und dem Kündigungsgrund „VBB-Firmenticket mit Arbeitgeberzuschuss“ eine Fahrgeldrückerstattung erhalten. Es werden nur noch nicht begonnene, volle Kalendermonate erstattet.

### Abrechnung und Erstattung der Kosten

- Der entsprechend dem gewählten Tarifgebiet zu zahlende Betrag (unter Berücksichtigung des ÖPNV-Rabatt) wird vom im Antrag angegebenen privaten Konto der Mitarbeiterin bzw. des Mitarbeiters je nach gewählter Zahlweise abgebucht
- Der Zuschuss des Arbeitgebers wird mit dem Gehalt bzw. der Besoldung monatlich über die ZBB ausgezahlt und wird auf der Gehalts- bzw. Besoldungsbescheinigung sowie der Jahreslohnsteuerbescheinigung separat ausgewiesen
- Der Zuschuss des Arbeitgebers gilt als Sachzuwendung und ist derzeit in der Höhe lohnsteuer- und sozialversicherungsfrei.

### Beendigung des Firmentickets

- Die reguläre Kündigungsfrist für die Beendigung des Firmentickets beträgt sechs Wochen zum Monatsende. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Damit endet der Anspruch auf den monatlichen Arbeitgeberzuschuss.





Darf man über Terrorismus lachen? Darf man sich über Islamisten und Dihadisten lustig machen?

## FOUR LIONS



### FOUR LIONS

Regie:  
Chris Morris  
Großbritannien  
2010



**L**ondon. Vier Islamisten (ein Brite, drei Pakistani) planen einen Selbstmordanschlag, Ziel unbekannt. Und die Polizei hätte da gerne auch noch ein Wörtchen mitzureden.

Klingt doch schon mal nach einem netten Teaser für einen handfesten Thriller, oder?

Weit gefehlt.

Was die Vier an Engagement und Fanatismus zu viel haben, machen sie eindeutig durch einen eklatanten Mangel an Intelligenz wieder wett. Klar, dass sich die Dinge dann mehr als nur ein wenig anders entwickeln als geplant.

Klingt witzig, oder? Oh ja (auch wenn einem das Lachen des Öfteren im Halse stecken bleibt, doch niemand spielt die Karte des absurden Humors so gekonnt wie die Briten). Auch wenn einige der Witze so platt wie die Niederlande sind, egal. Die Mischung aus Zynismus, Slapstick und Klischee gepaart mit einer Prise Tragik und Entsetzen zündet in jedem Fall.

Aber klingt das auch politisch korrekt?

Ähm, nein.

Anders kann man es beim besten Willen nicht sagen. Nicht einmal ansatzweise....

Regisseur Chris Morris umschiffet weiträumig und sehr gekonnt eine jede Klippe der political correctness und wirft mit diesem Film eine simple doch kontroverse Frage auf:

Darf man über Terrorismus lachen? Darf man sich über Islamisten und Dihadisten lustig machen? Und wenn nicht, wo ist dann eigentlich die Grenzlinie zwischen Respekt und Angst?

Die Gebrüder Grimm sagten einmal in einem Märchen „Wo der Mensch lacht, hat der Teufel seine Macht verloren.“ Ein Satz, der wieder einmal zeigt, dass an Märchen doch immer etwas Wahres dran ist.

Wenn ich also vor die Wahl gestellt bin, mich zwischen einem möglichen Bekenntnis zum schlechten Geschmack oder der Furcht zu lachen entscheiden zu müssen, dann ist meine Wahl eindeutig: Her mit dem Popcorn und her mit der DVD!

Fun Fact für alle Fans von Sherlock und Dr. Strange:

In einer kleinen Nebenrolle taucht auch Benedict Cumberbatch als Verhandlungsführer auf....

**Susanne Sommer**  
ZDPol



Filmkritikerin  
Susanne Sommer

## »Allemaal besser als das Dschungel-Camp ...«

*Vielleicht haben Sie schon bemerkt, dass die hier abgedruckten Filmkritiken seit einigen Ausgaben von der gleichen Film-Liebhaberin verfasst werden.*

*Unsere Autorin mit der Vorliebe für Filme und Serien fernab des Mainstreams heißt SUSANNE SOMMER. Gewissermaßen hauptberuflich ist die 49-Jährige seit 2013 beim Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg für Vergabemanagement und Ausschreibungen zuständig. Wenn sie gerade nicht Vergabeunterlagen prüft oder Filme für die Leser der info110 auf Unterhaltungstauglichkeit testet, singt Susanne Sommer im Chor, schreibt gelegentlich Reiseführer oder übernimmt Lektorate. In Ihrer Freizeit macht sie ganz besonders gern Dinge, die so gar nichts mit ihrem Job*

*zu tun haben. Das ist dann nicht selten die Film(be)schau und hier haben es ihr ganz besonders die Streifen angetan, die man eher nicht im Fernsehen zu sehen bekommt. Seit 20 Jahren ist Susanne Sommer treue Besucherin des Fantasy-Film-Festivals, hier gibt es Animes, Krimis und Historisches zu sehen. Filme die aus dem Rahmen- der gängigen Abendunterhaltung- fallen. Das merkt man zuweilen auch an der Auswahl der hier vorgestellten Filme – eines verbindet diese dann aber doch. Es geht immer um Verbrechen, Gefahren und PolizistInnen in allen erdenklichen Lebenssituationen. Wer also Spaß an etwas anderer Filmunterhaltung hat und dabei dem polizeinahen Themenpotpourri treu bleiben möchte, dem seien fortlaufend die Empfehlungen unserer Filmkritikerin ans Herz gelegt.*



# FAKE NEWS

Die größten Falschmeldungen in Geschichte und Gegenwart

Frank Fabian  
**FAKE NEWS**  
Die größten Falschmeldungen in Geschichte und Gegenwart  
224 Seiten,  
erschienen im Bassermann-Verlag München



**J**a, ich gebe es zu: Ich bin genauso darauf hereingefallen, wie viele andere Käufer des Buches. Eine Layout-Kombination aus einem aktuellen Thema und der Abbildung eines Jesuiten-Kollegs ergibt einen reizvollen Kontrast. Die Erwartung einer historischen Herleitung lag nahe. Selbst eine ausgeprägte Skepsis konnte mich nicht davon abhalten, den „Zehner“ für dieses rund 200 Seiten starke Büchlein auszugeben. Trifft doch der Autor durchaus den Nerv der Zeit. Nicht nur in unserem Beruf stellt die erhöhte Geschwindigkeit, mit der Fehlinformationen beispielsweise durch soziale Netzwerke und elektronische Medien verbreitet werden, eine besondere Herausforderung dar.

Der studierte Historiker, Germanist und Philosoph Frank Fabian, der seinen Ruf als Fernsehjournalist für das ZDF begründete, führt uns über eine typische Propagandamethode der 1950er Jahren in die Materie ein. Sehr plakativ, aber gerade deswegen auch für den Stil aufschlussreich. Er selbst betont, dass umfassende Geschichtskennntnis-

se zwingend erforderlich sind, um die Tragweite dieser Methoden zu erfassen.

Da der Autor die Saite mit der Geschichte nun einmal angeschlagen hatte, setzte zumindest bei mir natürlich das gesamte Orchester ein. Ich interessiere mich seit vielen Jahren für Geschichtliches. Gerade in der Militärgeschichte läuft sofort das „Kopfkino“ an. Das schließt die sofortige Ernüchterung mit ein, da offenbar meine Erwartungen an den Umfang der Darstellung zu hoch waren. Festzustellen ist zunächst, dass insbesondere in der Militärliteratur das Thema Desinformation als nachrichtendienstliche Methode seit nunmehr fast 3.000 Jahren üblich, praktiziert und Bestandteil der „reinen Lehre“ ist. Man muss nicht zwingend Sun Tzu aus dem vierten Jahrhundert vor Christus gelesen haben, er wird ständig in allen Methodik-Abhandlungen bis hin zu Clausewitz und Gehlen zitiert. Spektakuläre gesellschaftliche Entwicklungen, Diktaturen und Kriege wurden durch Fake-News, also gezielten Fehlinformationen, begründet, geführt und gewonnen. Große Namen der internationalen Geschichte finden wir in den Urhebern solcher Methoden, von Riche-lieu über Macciavelli bis zum Haus Rothschild, die wiederum Vorbild für nachrichtendienstliche Methoden bis in die heutige Zeit waren.

Unabhängig davon, ob die Verbreitung durch Sgraffito im alten Rom, Moritatusänger im Mittelalter, Börsenkurse seit der Renaissance bis heute oder durch ein Smartphone erfolgte, alle folgen demselben Muster. Es wird durch ständige Präsenz und Wiederholung der Eindruck von Wahrhaftigkeit erweckt, der zu Fehlhandlungen

verleiten soll. Fabian spannt den (begrenzten) Bogen von der Nachkriegspropaganda über Religion und Aberglaube bis hin zu wirtschaftlichen und politischen Folgen. Augenscheinlich legte er dabei den Schwerpunkt auf die Phänomene der Weltwirtschaftskrise, die er als einzige Erscheinung gründlich analysiert hat. (So viel zu dem spannenden Untertitel des Buches „Die größten Falschmeldungen der Geschichte“) Um den Bogen zur Gegenwart wiederherzustellen, wurde schließlich nahezu übergangslos auf den Wahlkampf des Donald Trump umgeschwenkt.

Dem heutigen (Fach-)Publikum wäre es genug gewesen, sich mit dem Fazit ab Seite 200 zu beschäftigen. Das ist ungefähr der Textumfang einer „SPIEGEL“- oder „STERN“-Reportage. Die vom Autor geforderte Kenntnis historischer Vorgänge kann man eben nicht in einem Taschenbuch nahebringen, und genau das war mein „Kaufirrtum“. Sich selbst gegen solche Falschinformationen oder das Erwecken falscher Erwartungen zu immunisieren, ist eine aktuelle Aufgabe.

„Enkeltrick“, falsche Gewinnversprechen, falschen Polizisten... – die Palette ist groß. Das Spektrum reicht im täglichen Dienst bis zum angeblichen oder tatsächlichen Ansprechen von Kindern, welches eifrig per sozialer Netzwerke verbreitet wird. Die genaue Abwägung zwischen Glaubhaftigkeit und Misstrauen gehört zum Grundhandwerkszeug jedes Polizisten, das üblicherweise nicht an einer Schule, auch keiner Hochschule, vermittelt werden kann.

**Lutz Miersch**  
Polizeidirektion Süd

**Liebe Leserinnen, liebe Leser,**

hier sind Sie nun am Ende des Heftes und damit in unserer Knochecke angelangt. Zur Entspannung gibt es zum Schluss einige Aufgaben zu lösen. Konzentration bitte, wer richtig rätselt und seine Lösungsvorschläge an uns schickt, kann gewinnen.

Beim Sudoku müssen in jedem dick umrahmten Kästchen die Zahlen 1 bis 9 so verteilt werden, dass sie in jeder Zeile und Spalte jeweils nur einmal vorkommen. Gesucht ist die Ziffer in der Mitte des Zahlenquadrates.

Weiter geht es mit Bilderrechnen: Welche Zahl muss welchem Symbol zugeordnet werden, damit das angegebene Ergebnis stimmt? Gleiche Zahlen bedeuten gleiche Symbole.

Immer noch nicht genug? Dann wird noch gezählt, aber unter erschwerten Bedingungen. Wie viele Schildkröten sind insgesamt abgebildet?

Ihre Lösungsvorschläge (drei Rätsel) schicken Sie uns bitte per Brief oder E-Mail an die Redaktion:

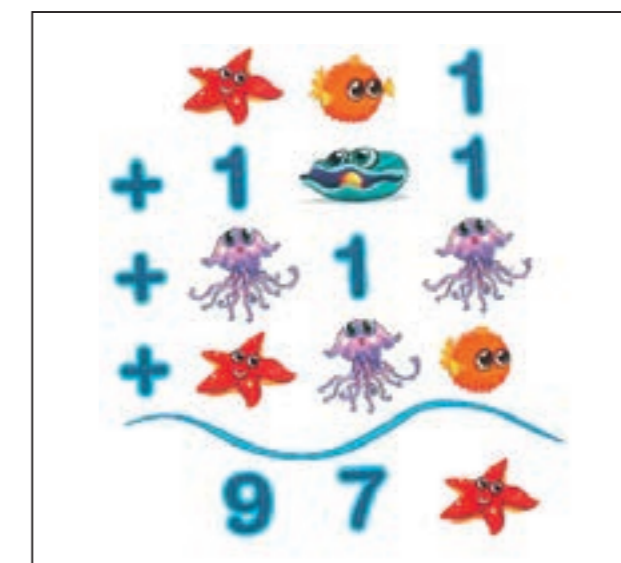
**Ministerium des Innern und für Kommunales**  
Redaktion info110  
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13  
14467 Potsdam  
info110@mik.brandenburg.de

Als Gewinn winken wieder drei Bücher, die der Redaktion als Rezensionsexemplare zur Verfügung gestellt wurden. Einsendeschluss ist der 2. August 2020. Das Los entscheidet.

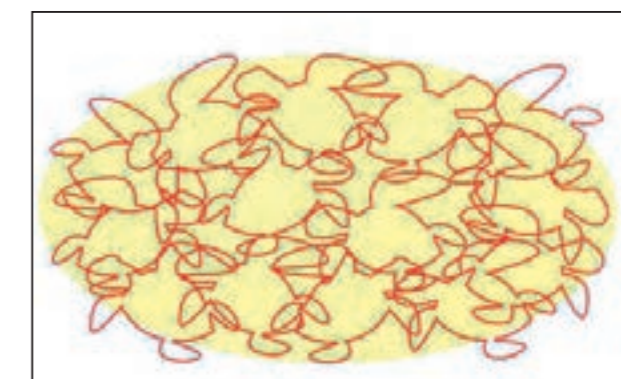
## Sudoku

	6					5	
			9	5	3		
2		9				8	1
		1	7	2	4	3	
		3				4	
		6	3	9	8	5	
1		4				2	5
			1	6	5		
	8						9

## Bilderrechnen



## Schildkröten zählen



# DEINE BERUFLICHE ZUKUNFT

Werde Teil unseres Teams!  
Starte deine Ausbildung/dein Studium bei uns!





**POLIZEI**  
Brandenburg



**Bewirb dich!**

[www.polizei-brandenburg-karriere.de](http://www.polizei-brandenburg-karriere.de)

 @polizeikarriere

 @polizeibrandenburg

 Polizei Brandenburg Karriere